

AKTUELL

| | |
|-----------------------------|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 7 |
| Globalisierung & Eine Welt | 9 |
| Klima & Energie | 12 |
| Konsum & Verbraucherschutz | 14 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 14 |
| Naturschutz & Biodiversität | 17 |
| Tierschutz & Ethik | 19 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 19 |
| Verkehr & Tourismus | 24 |
| Wasser & Meere | 25 |
| Wirtschaft & Ressourcen | 27 |

VERBÄNDE



| | |
|-------------------|----|
| Thema: Kampagnen | 29 |
| DNR intern | 30 |
| Aus den Verbänden | 31 |
| Ehrenamt | 31 |

SERVICE

| | |
|-------------|----|
| Rezensionen | 32 |
| Internet | 35 |
| Impressum | 35 |
| Termine | 36 |

ökopädNEWS

| | |
|---|----|
| ANU-Informationsdienst Umweltbildung | 37 |
| Woher kommen meine Lebensmittel? Schwerpunkt: Ernährung | |

THEMEN DES MONATS

Klimafinanzierung

Wer untergeht, bekommt kein Geld

Deutsche und internationale Klimagelder kommen dort, wo sie wirklich gebraucht werden, kaum an

Seite 2

Kreislaufwirtschaft

Urban Mining

Angesichts voraussehbarer Knappheiten ist eine integrale Rohstoffbewirtschaftung notwendig

Seite 4

Ressourcenrecht

Freiwillig gegen Landraub

Empfehlungen der Vereinten Nationen sollen den Raubbau an natürlichen Ressourcen eindämmen

Seite 5

Interview: Umweltpolitik

„Das Internet spart Ressourcen“

Die Piratenpartei fordert Transparenz und Partizipation auch für die Umwelt- und Energiepolitik

Seite 21

Energiewende

Erfolgreich gegen Kohlekraftwerke

Das Anti-Kohle-Büro hat schon mehr als ein Dutzend klimaschädlicher Kraftwerksneubauten verhindert

Seite 29

Klimafinanzierung

Wer untergeht, bekommt kein Geld

Deutsche und internationale Klimagelder kommen dort, wo sie wirklich gebraucht werden, kaum an

Gerechtigkeit ist ein Grundprinzip des Weltklimarates für die Verteilung von Geldern für Klimaschutz und -anpassung im globalen Süden. Doch in der Praxis werden ausgerechnet die Länder benachteiligt, die das Geld am nötigsten haben. Stattdessen werden öffentliche Mittel für Großprojekte in Schwellenländern ausgegeben. Die Geberländer und ihre Wirtschaft verdienen mit. ■ VON LIANE SCHALATEK, HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

■ Dass die Industrienationen Mittel für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern bereitstellen, ist mehr als altruistische Hilfsbereitschaft der reichen für die armen Länder: Sie ist eine international rechtsverbindliche Verpflichtung aus der Klimarahmenkonvention UNFCCC. Aufgrund der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung aller Unterzeichnerstaaten, zum globalen Klimaschutz beizutragen, müssen die Industrieländer als die historischen Verschmutzer den Löwenanteil der Gelder aufbringen, die die Entwicklungsländer für Emissionsminderung und Anpassung zusätzlich zu den normalen Entwicklungskosten brauchen. Nach dem Grundprinzip der Gerechtigkeit in der Klimarahmenkonvention sollten alle Entwicklungsländer in gleicher Weise von diesen Geldern profitieren – unabhängig davon, ob es um die

Verringerung von Emissionen (Mitigation) oder um Anpassungsmaßnahmen (Adaptation) geht, und ohne dass die Geberländer die Zahlungen an politische Bedingungen knüpfen.

Fairness? Fehlanzeige!

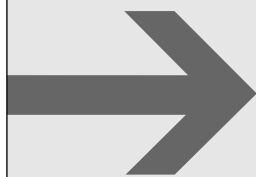
Leider hat die Realität mit diesen hehren Idealen nur wenig zu tun. Sowohl in der internationalen als auch der deutschen Klimafinanzierung werden die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Ländergruppen, die Geld vor allem für die Anpassung brauchen – nämlich Subsahara-Afrika, die kleinen Inselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder (LDC-Staaten) – massiv benachteiligt. Laut einer Studie des Forschungsnetzwerks Climate Policy Initiative werden nur rund fünf Prozent aller privaten und öffentlichen Mittel,

die international für den Klimaschutz zur Verfügung stehen, für Anpassung ausgegeben. Der Rest geht in Emissionsreduzierung – einschließlich Waldschutz und Wiederaufforstung als CO₂-Senken.

Ein erheblicher Anteil dieser Mittel konzentriert sich auf eine kleine Gruppe von Empfängerländern, darunter Brasilien, Südafrika, Mexiko und Indonesien. Das zeigt die Datenbank der geförderten Einzelprojekte auf der unabhängigen Website Climate Funds Update, die die Finanzflüsse von zwei Dutzend öffentlicher Klimafinanzierungsinstrumente dokumentiert. Auch die Statistik des Sekretariats der Klimarahmenkonvention über die Projekte nach dem Clean Development Mechanism macht deutlich, dass die Schwellenländer mit mittlerem Einkommensniveau die „Lieblingskinder“ der Geberstaaten sind. Der Großteil der ärmsten Entwicklungs-

Nachhaltigkeit

A-Z



G wie Gegenrezept

Finanzkrisen und Staatskrisen, Griechenlandrettung und EU-Hilfen: Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Wie aber kann es weitergehen, wie kann es besser werden? Durch die Abkehr von Maßlosigkeit und Konkurrenzprinzip. Und durch eine neue Form gesellschaftlichen Miteinanders, die soziale Gerechtigkeit mit ökologischem Denken verbindet.

G. Bergmann, J. Daub
Das menschliche Maß
 Entwurf einer Mitweltökonomie

304 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-305-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



länder wird dagegen bei der Klimafinanzierung eher stiefmütterlich behandelt. Laut Climate Funds Update floss über mehrere Jahre nur etwa ein Viertel aller Mittel aus diesen Fonds in Anpassungsmaßnahmen, davon ein gutes Drittel für Subsahara-Afrika.

Die Situation der kleinen Inselstaaten, denen wegen des ansteigenden Meeresspiegels bereits buchstäblich das Wasser bis zum Hals steht, ist sogar noch schlimmer. So haben 22 pazifische Inselstaaten zwischen 2004 und 2011 nur 35 Millionen US-Dollar aus designierten Klimafonds erhalten – die sie sich zudem mit den 15 ärmsten Ländern im asiatisch-pazifischen Raum teilen mussten.

Nicht viel besser sieht es laut der Webseite www.deutscheklimafinanzierung.de in Deutschland aus, wo Klimamittel über mehrere Finanzierungsinstrumente kanalisiert werden. Weltweit erhielten kleine Inselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder zusammen knapp 98 Millionen Euro aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI), die seit 2008 bereits insgesamt 1,13 Milliarden Euro verteilt hat; dagegen gingen rund 690 Millionen in Form von Krediten und Zuschüssen an Schwellenländer. Im Energie- und Klimafonds (EKF) erhielten die kleinen Inselstaaten und die LDC-Staaten 80 Millionen Euro aus den 2011 bereitgestellten 500 Millionen Euro. Die Länder Subsahara-Afrikas bekamen insgesamt um die 13 Prozent der Mittel aus jedem der beiden Fonds – weniger als die Region Osteuropa/Kaukasus/Naher Osten.

Der Privatsektor hält sich zurück

Die ungenügende Unterstützung für arme Länder durch öffentliche Klimagelder ist umso schlimmer, weil es unwahrscheinlich ist, dass der auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Privatsektor diese Finanzlücke füllen wird. Viele der notwendigen Anpassungsaufgaben sind auch nicht auf technologisch-wissenschaftliche Lösungen reduzierbar, sondern müssen komplexe soziale Kontexte berücksichtigen, zum Beispiel Geschlechterdifferenzen bei der Betroffenheit und beim Anpassungspro-

zess. Wohl auch deshalb beschränken sich hier die Aktivitäten des Privatsektors bislang auf wenige Bereiche wie etwa Versicherungen für Ernteausfälle.

Das steht im Gegensatz zur Bereitschaft privater Investoren zum Engagement im Energiesektor vornehmlich in Schwellenländern. Interessanterweise sind es genau diese Länder, die aus deutscher Hand wie auch international den größten Anteil der öffentlichen Klimafinanzierungsmittel erhalten. Zumeist geschieht das in Form von subventionierten Krediten, häufig für Großprojekte zur Emissionsreduzierung in einer Public Private Partnership. Öffentliche Gelder übernehmen dabei in der Regel die Risiko- und Profitsicherung der Privatinvestoren.

Laut der Seite Climate Funds Update finanzieren 60 Prozent (937 Millionen US-Dollar) der öffentlichen Gelder, die durch rund zwei Dutzend Klimafinanzierungsinstrumente fließen, die Emissionsminderung. Weitere 288 Millionen US-Dollar gehen in Waldschutz und Wiederaufforstung. In der IKI sind es 880 Millionen Euro oder 81 Prozent der Gesamtausgaben; im EKF mit rund 306 Millionen Euro oder 57 Prozent. Der Trend setzt sich bei den deutschen Zahlungen an multilaterale Fonds fort: Seit 2010 hat Deutschland rund 330 Millionen Euro in drei Fonds zur Emissionsverminderung eingezahlt. Dagegen gingen im gleichen Zeitraum nur 55 Millionen als Zuschüsse an vier internationale Fonds, die vor allem Anpassungsmaßnahmen finanzieren und auf die ärmsten Länder gerichtet sind.

Soziale Fragen spielen selten eine Rolle

Wichtig für die Fairness ist aber nicht nur, wie viel ausgegeben wird und in welche Bereiche die Mittel fließen, sondern auch, wer von den Klimageldern profitiert. Die Frage nach den Nutznießern stellt sich sowohl international als auch bei der Verteilung im Empfängerland. Nicht systematisch dokumentiert werden etwa die nicht unerheblichen Rückflüsse von Klimaschutz Zahlungen aus den Entwicklungsländern in die Geberländer in Form von Beraterverträgen, Gebühren für Programmimplemen-

tierung oder zweckgebundenen Mitteln zum Technologieeinkauf. Deutschland, das rund zwei Drittel seiner IKI-Mittel über die einheimischen Agenturen GIZ und KfW abwickelt, ist da keine Ausnahme.

Im Empfängerland selbst setzt vielfach die (häufig auch undemokratische) Regierung die Prioritäten bei der Verteilung der Investitionen. Nationale Klima- und Entwicklungspläne entstehen allzu oft ohne umfassende Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen, die häufig politisch marginalisiert oder besonders verwundbar sind, wie Frauen oder Indigene. Glamouröse, oft technologie- und kapitalintensive Großprojekte wie Staudämme, Kraftwerke mit „sauberer Kohle“ oder Biotreibstoffanlagen erhalten Vorrang gegenüber kleineren, lokal angepassten Projekten für erneuerbare Energien oder zur Anpassung.

Eine gerechtere Klimafinanzierung muss deshalb sowohl die Verteilung unter den Ländern und Sektoren fairer gestalten als auch gewährleisten, dass die am schlimmsten betroffenen Bevölkerungsgruppen im Empfängerland zu den Nutznießern gehören. Das ist nur möglich, wenn nicht allein die Emissionsreduzierung als technologisch-wissenschaftliche Zielsetzung, sondern auch der Mensch und sein soziales Umfeld im Mittelpunkt aller Klimaausgaben stehen.

Literatur:

- Buchner, B. u. a. (2011): The Landscape of Climate Finance. Climate Policy Initiative, Venedig. <http://climatepolicyinitiative.org/publication/the-landscape>
- Climate Funds Update: www.climatefundsupdate.org
- Lottje, C. (2012): Zwischenbilanz der deutschen Klimafinanzierung – wenig auf die ärmsten Länder ausgerichtet. www.deutscheklimafinanzierung.de/blog/2012/05/16/z

Die Journalistin Liane Schalatek ist stellvertretende Leiterin des Washingtoner Büros der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie arbeitet zu Klima-, Entwicklungs- und Genderfragen.

Kontakt:
Tel. +1 (0)202 / 4627514,
E-Mail:
liane.schalatek@us.boell.org,
www.us.boell.org,
www.climatequity.org



Kreislaufwirtschaft

Urban Mining

Angesichts voraussehbarer Knappheiten ist eine integrale Rohstoffbewirtschaftung notwendig

In der Informationsgesellschaft sind immer mehr wertvolle Ressourcen in Produkten gebunden. Urban Mining bedeutet, diese anthropogenen Lagerstätten zu erfassen, zu erschließen und zu bewirtschaften. Der Mensch ist hier nicht nur Verbraucher von Rohstoffen, sondern auch Produzent. ■ VON PETER KRÄMER UND SABINE FLAMME, FH MÜNSTER

Immer mehr Rohstoffe sind in kurz- und langlebigen Produkten gebunden, denn der weltweite Rohstoffverbrauch nimmt überproportional zum Bevölkerungswachstum zu. Gründe dafür gibt es viele. Der Wandel zur Informationsgesellschaft und die damit einhergehende Produktion von immer mehr Handys, Notebooks oder PCs gehören ebenso dazu wie das Wirtschaftswachstum in Staaten wie China und Indien, veränderte Konsummuster, neue Trends beim Produktdesign wie die Miniaturisierung sowie der demografische und gesellschaftliche Wandel und damit verbundene Bedürfnisveränderungen im Wohnungsbau oder bei der Mobilität.

Angesichts dieser wachsenden „anthropogenen Lagerstätten“ bei gleichzeitiger Abnahme von Primärressourcen wächst die Notwendigkeit zur effizienten Rückgewinnung von Wertstoffen. In der Diskussion darüber wird ergänzend zur klassischen Kreislaufwirtschaft neuerdings auch der Begriff „Urban Mining“ verwendet.

Urban Mining umfasst die Identifizierung anthropogener Lagerstätten, die Quantifizierung der darin enthaltenen Sekundärrohstoffe, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vor dem Hintergrund der zu Verfügung stehenden technischen Rückgewinnungsvarianten und der derzeitigen erzielbaren und zukünftig prognostizierten Erlöse, die wirtschaftliche Aufbereitung und Wiedergewinnung der identifizierten Wertstoffe sowie die integrale Bewirtschaftung anthropogener Lagerstätten.⁽¹⁾ Dabei wird der Mensch nicht nur als Verbraucher, sondern auch als Produzent wertvoller Ressourcen betrachtet.⁽²⁾ Die in diesem Kontext wissenschaftlich irreführende Verwendung des Begriffs Mine ist als Me-

tapher zu verstehen, die den Wertschöpfungsgedanken in den Vordergrund stellt.

Das Unterscheidungsmerkmal bei der Betrachtung urbaner Minen ist – im Sinne einer Lebenszyklusbetrachtung – der Zeitraum der Freisetzung der Ressourcen, also die Antwort auf die Frage, wie lange die in Konsum- und Produktionsgütern verwendeten Rohstoffe zeitlich gebunden sind.

Hierbei lassen sich grundsätzlich folgende „Lagerstätten“ unterscheiden:

- ▶ Produktion,
- ▶ Konsum,
- ▶ Entsorgung,
- ▶ Aufbereitung.

Jede dieser „Lagerstätten“ hat dabei einen Einfluss auf die integrale Rohstoffbewirtschaftung im Sinne des Urban Mining sowie auf die Freisetzung der Ressourcen. So können durch ein der Produktion vorausgehendes recyclingfreundliches Produktdesign, etwa nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip, und durch neue Konsumstrategien wie zum Beispiel Leasing Rohstoffe eingespart oder gesichert werden. Effiziente industrielle Rücknahmesysteme und angepasste Entsorgungssysteme sowie effiziente Aufbereitungsstrategien können eine qualitativ und quantitativ hochwertige Rohstoffrückgewinnung gewährleisten.

Je nach dem Bindungszeitraum der Ressourcen lassen sich die Minen einteilen in

- ▶ langfristige „urbane Minen“ wie Gebäude, Infrastruktureinrichtungen und Abfalldeponien;
- ▶ kurzfristige „urbane Minen“ wie Verpackungen, Elektroaltgeräte oder Gewerbeabfälle.

Darüber hinaus unterscheiden sich die „Minen“ nach der Wertstoffdichte, dem erforderlichen Aufwand zur Aufbereitung der Sekundärrohstoffe (werkstofflich, roh-

stofflich oder energetisch), dem Grad der Wertminderung durch die vorangegangene Nutzung sowie die jeweils erzielbaren Erlöse. Die Wertstoffdichte beschreibt dabei das Verhältnis von enthaltenen Wertstoffen zum Lagervolumen. So führt beispielsweise der Trend zur Miniaturisierung bei Elektro- und Elektronikgeräten in der Regel zu einer höheren Wertstoffdichte dieser Geräte.

„Kritische“ Rohstoffe für Deutschland und die EU

Die Motivation für Urban Mining besteht vor allem darin, wichtige Rohstoffe für die Industrie angesichts ihrer deutlichen Verknappung mittel- und langfristige zu sichern. Eine Studie über „kritische Rohstoffe für Deutschland“, die im Auftrag der KfW-Bankengruppe erarbeitet wurde, prognostiziert ein sehr hohes Versorgungsrisiko für die Rohstoffe Germanium, Rhenium und Antimon sowie ein hohes Risiko für Wolfram, Seltene Erden, Gallium, Palladium, Silber, Zinn, Niob, Chrom und Wismut. Die Studie berücksichtigt neben dem Versorgungsrisiko auch die Vulnerabilität.⁽³⁾

Der Bericht der Europäischen Kommission über „kritische Rohstoffe für die EU“ skizziert ein ähnliches Bild. In diesem Bericht werden bestimmte Rohstoffe nach ihrer ökonomischen Bedeutung und dem Versorgungsrisiko in drei Gruppen unterteilt. 14 der 41 analysierten Mineralien und Metalle sind danach als kritisch einzustufen, darunter Germanium, Antimon, die Platingruppenmetalle, Indium, Seltene Erden und Kobalt.⁽⁴⁾

Neben der ökonomischen Notwendigkeit spielen für die Rückgewinnung von

Rohstoffen auch ökologische Faktoren eine wichtige Rolle. Eine Studie des Öko-Instituts über Seltene Erden und ihr Recycling zeigt beispielsweise erhebliche Umweltrisiken bei der Gewinnung Seltener Erden. So könnten Schwermetalle und radioaktives Thorium ins Grundwasser oder durch Staubemissionen in die Luft gelangen. Darüber hinaus ist die Gewinnung von Seltenen Erden aus Erzen mit einem hohen Verbrauch anderer Ressourcen verbunden, vor allem Wasser, Boden und Chemikalien.⁽⁵⁾

Angesichts der skizzierten Risiken werden geeignete Verfahren gebraucht, um Sekundärrohstoffe in einer hohen Quantität und Qualität wiederzugewinnen. Da vor allem Elektronikgeräte einen hohen Anteil wichtiger Rohstoffe enthalten, entwickeln Forscher des LASU-Labors für Ab-

fallwirtschaft, Siedlungswasserwirtschaft und Umweltchemie an der Fachhochschule Münster gemeinsam mit Wissenschaftlern der TU Berlin derzeit Strategien für eine effizientere Aufbereitung und Verwertung dieser Geräte.⁽⁶⁾

Anmerkungen

- ▶ (1) Flamme, S.; Krämer, P.; Walter, G.: Über die Kreislaufwirtschaft zum Urban Mining. Von der Produktverantwortung zu einer integralen Rohstoffbewirtschaftung. In: Flamme, S. u. a. (Hrsg.): 12. Münsteraner Abfallwirtschaftstage, Münster 2011, S. 141–148.
- ▶ (2) www.urban-mining.com/?164
- ▶ (3) Erdmann, L.; Behrendt, S.; Feil, M.: Kritische Rohstoffe für Deutschland. Studie von Fraunhofer IZT und Adelphi im Auftrag der KfW. Berlin 2011
- ▶ (4) Europäische Kommission (2010): Critical Raw Materials for the EU. Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials. Version vom 30. Juli 2010. Brüssel
- ▶ (5) Schüler, D. u. a. (2011): Study on Rare Earth and their

Recycling. Final Report for the Greens/EFA Group in the European Parliament. Öko-Institut, Darmstadt 2011

- ▶ (6) Vgl.: www.fh-muenster.de/forschung/forschungskatalog/projekt.php?pr_id=657

Die Bauingenieure Peter Krämer und Dr. Sabine Flamme forschen am Fachbereich Bauingenieurwesen der Fachhochschule Münster. Sabine Flamme ist dort Professorin für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Infrastruktur-, Ressourcen- und Stoffstrommanagement.



Kontakt:
Tel. +49 (0)251 / 8365-918,
E-Mail: peterkraemer@fh-muenster.de,
www.fh-muenster.de/lasu

Ressourcenrecht

Freiwillig gegen Landraub

Empfehlungen der Vereinten Nationen sollen den Raubbau an natürlichen Ressourcen eindämmen

Der UN-Ausschuss für Welternährungssicherung hat Leitlinien für die Verwaltung von Zugangsrechten zu natürlichen Ressourcen beschlossen. Auch Nichtregierungsorganisationen waren an der Erarbeitung beteiligt. Für sie ist das Dokument ein wichtiger Schritt vorwärts. Dennoch gibt es entscheidende Schwachpunkte. ■ VON PHILIP SEUFERT, FIAN

Im Mai hat der Ausschuss für Welternährungssicherung der Vereinten Nationen einstimmig die „Freiwilligen Leitlinien für die Verantwortliche Verwaltung von Land- und Bodennutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“⁽¹⁾ angenommen. Angesichts der fortschreitenden Privatisierung von Land und anderen natürlichen Ressourcen sind die Leitlinien ein wichtiges Instrument zum Schutz der Rechte von Bauern, Fischern, Hirtenvölkern, indigenen Gemeinden und anderen benachteiligten Gruppen.

Die Leitlinien enthalten Empfehlungen für Regierungen, wie sie den Zugang zu natürlichen Ressourcen gestalten sollten, um Ernährungssicherheit für benachteiligte Gruppen zu erreichen und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen. Das Dokument hat sieben Teile mit den Schwerpunkten

allgemeine Prinzipien verantwortlicher Verwaltung von Zugangsrechten, Rechte und rechtliche Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen, Transfer von Rechten, Verwaltung von Nutzungs- und Zugangsrechten, Antworten auf Klimawandel und Konflikte, Umsetzung sowie Monitoring.

Langer Verhandlungsprozess

Die Leitlinien sind das Ergebnis eines dreijährigen Prozesses unter Federführung der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO. Neben Regierungen waren Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors an einem partizipativen Prozess beteiligt, der regionale Konsultationen auf allen Kontinenten und insgesamt vier Verhandlungsrunden von Juni 2011 bis März

2012 umfasste. Vertreten waren Organisationen von Bauern, Fischern, Nomaden, indigenen Gemeinden und anderen benachteiligten Gruppen. Die Delegierten nahmen über den gesamten Zeitraum an den Diskussionen teil und sorgten dafür, dass ihre Lebenswirklichkeit und ihre Probleme in die Verhandlungen Eingang fanden.

Für die Zivilgesellschaft war die Erarbeitung der Leitlinien auch die Fortführung eines 20-jährigen Kampfes für einen sicheren und diskriminierungsfreien Zugang zu natürlichen Ressourcen. Der Prozess knüpfte dabei vor allem an die Internationale Konferenz für Agrarreform und Ländliche Entwicklung 2006 im brasilianischen Porto Alegre an und baute auf den Erfahrungen der Freiwilligen Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung auf. ▶

„Sehr unverbindlich“

Gegen Land Grabbing sind Gesetze in den Ländern selbst notwendig, sagt der Agrarexperte Uwe Hoering.

Was sind die wichtigsten strukturellen Ursachen, die den Trend von ausländischen Direktinvestitionen in Agrar- und Weideland vorangetrieben haben?

Uwe Hoering: Zu den kurzfristigen Ursachen gehört die Wirtschafts- und Finanzkrise, die dazu geführt hat, dass die Finanzspekulationen im Bereich Rohstoffe und Nahrungsmittel ausgeweitet wurden. Das hat Preissteigerungen ausgelöst, die wiederum die ausländischen Direktinvestitionen in Land und Landwirtschaft kurzfristig interessant und aktuell gemacht haben. Langfristige Faktoren sind zum Beispiel die Entwicklung der industriellen Landwirtschaft weltweit, die eine gewisse Stagnation erreicht hat. Ein weiterer langfristiger Trend ist die Verknappung von Land- und Wasserressourcen.

Was halten Sie von den freiwilligen Richtlinien der Weltbank und der FAO, um die Prozesse „gerecht“ zu steuern?

Wenig. Die Richtlinien und Leitlinien sind eine Augenwischerei, die davon ablenkt, dass die Konzerne durch Gesetze und Institutionen in den Ländern selbst reguliert werden sollten. Aber grundsätzlich geht es um die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, ausländische Investitionen zuzulassen, solange diese Gesetze und Institutionen nicht existieren, und sich anschließend Gedanken zu machen, wie man die Investoren nun durch solche sehr allgemeinen und sehr unverbindlichen Richtlinien dazu bringen kann, zum Wohl des Landes und der Bevölkerungen zu agieren.

[Interview: Nele Heiland]

Uwe Hoering ist unabhängiger Experte für internationale Agrarpolitik in Bonn. Die Fragen und Antworten sind Auszüge aus einem Interview, das Nele Heiland vom Geographischen Institut der Humboldt-Universität Berlin führte: www.globe-spotting.de/heiland-interview-052012.html

Es liegt in der Natur eines solchen Prozesses, dass das Ergebnis ein Kompromiss ist. Die Leitlinien sind Ausdruck einer Dynamik der Verhandlungen, bei denen die Zivilgesellschaft vieles erreichen konnte, während jedoch auch manches im Vagen blieb. So greifen die Leitlinien an etlichen Stellen zu kurz. Der Zugang zu Wasser wurde aus den Verhandlungen ebenso ausgeklammert wie die Frage der Ressourcennutzung. Ein weiterer entscheidender Schwachpunkt ist, dass die Leitlinien kein Verbot von großflächigen Landtransaktionen – sprich Land Grabbing – enthalten.

Mehr Rechte für die Betroffenen

Dennoch sind die Leitlinien ein wichtiger Schritt, um die Rechte von kleinen Nahrungsmittelproduzenten an ihren Ressourcen zu sichern. Trotz des fehlenden Verbots von Land Grabbing sieht das Dokument eine ganze Anzahl von Schutzmaßnahmen für die Rechte der lokalen Bevölkerung vor. Darüber hinaus werden die Regierungen angehalten, sich für Alternativen zu entscheiden, die nicht einen massiven Transfer von Zugangs- und Nutzungsrechten nach sich ziehen, sowie kleinbäuerliche Landwirtschaft und Kleinfischerei zu fördern.

Zwar konnte das Prinzip der freien vorherigen informierten Zustimmung, auch bekannt unter der englischen Abkürzung FPIC, nicht über indigene Gemeinden hinaus auf weitere Gruppen ausgeweitet werden. Doch setzen die Leitlinien einen internationalen Standard dafür, wie Betroffene durch Konsultationen und Partizipation in Entscheidungen eingebunden werden müssen. Zudem stärken die Leitlinien die Zugangs- und Nutzungsrechte von Frauen und erkennen gewohnheitsmäßige und informelle Rechte an. Sie betonen die Verpflichtung privater Investoren, die Menschenrechte der lokalen Bevölkerung zu achten, ebenso wie die extraterritorialen Pflichten von Staaten. Gerade wenn es um Land Grabbing geht, ist das wichtig: Hier werden nicht nur die Regierungen der Zielländer von Investitionsprojekten für die Achtung der Menschenrechte verantwortlich gemacht, sondern auch die Länder, in denen die Investoren ihren Sitz haben.

Auf die Umsetzung kommt es an

In einer gemeinsamen Stellungnahme unterstreichen die Organisationen der Zivilgesellschaft, die am gesamten Prozess beteiligt waren, dass die nun angenommenen Leitlinien trotz mancher Schwachpunkte ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem besseren Schutz der Rechte der Nahrungsmittelproduzenten seien. Die wichtigste Herausforderung sei es nun, die Dinge vor Ort nachhaltig zum Besseren zu verändern.

Verletzungen des Rechts auf Nahrung und anderer Menschenrechte durch den Verlust des Zugangs zu natürlichen Ressourcen nehmen in vielen Ländern dramatisch zu. Damit die Leitlinien hier ein starkes Instrument sein können, ist mehr Druck und bessere Koordination aufseiten der Zivilgesellschaft notwendig. Dafür sollten sich noch mehr Organisationen mit den Leitlinien vertraut machen, sich in Bezug auf natürliche Ressourcen für eine progressive Interpretation gemäß den anerkannten menschenrechtlichen Standards einsetzen und eine konsequente Umsetzung der Leitlinien durch die Staaten einfordern – damit Regierungen in Nord und Süd, Investoren sowie nationale und internationale Geberinstitutionen sich in Zukunft an den Leitlinien messen lassen müssen.

Ein Kongress des Forums Umwelt und Entwicklung hat im Juni über die Leitlinien und ihre Bedeutung informiert. Die TeilnehmerInnen berieten über erste Schritte der Zivilgesellschaft, damit die Leitlinien Wirkung entfalten können.⁽²⁾

Anmerkungen

- (1) www.fao.org/nr/tenure/voluntary-guidelines/en
- (2) Eine Publikation des Forums Umwelt und Entwicklung informiert über die Leitlinien und ihre Umsetzung. Download: www.forumue.de/publikationen

Der Historiker und Entwicklungssoziologe Philip Seufert arbeitet bei FIAN International zum Thema Zugang zu natürlichen Ressourcen.

Kontakt: Tel. +49 / (0)6221 / 65300-41, E-Mail: seufert@fian.org, www.fian.org



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallverbrennung I**Schärfere Regeln für die Mitverbrennung?**

■ Mitte Mai hat der Deutsche Bundestag über die Bedingungen für Abfallverbrennung in dafür vorgesehenen Anlagen und Abfallmitverbrennung als Brennstoffersatz in anderen Anlagen debattiert. Ein von der SPD eingebrachter und von Grünen und Linker unterstützter Antrag auf gleiche Bedingungen für beide Verfahren, um die Schadstoffbelastung zu senken, wurde in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Damit die Anforderungen an die Behandlung der Abfälle bei beiden Verfahren gleich sind, müsste die Bundesimmissionschutzverordnung angepasst werden. [jg]

► <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17178.pdf> (S. 200 ff.)

Abfallverbrennung II**Nanomüll für die Ewigkeit**

■ Ein Forschungsteam der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich hat untersucht, was mit Nanopartikeln bei der Abfallverbrennung passiert. Zwar hielten die Filter der untersuchten Anlage die Ceriumoxid-Nanopartikel zurück, allerdings tauchten sie nach dem Verbrennungsprozess unverändert in der Schlacke und im System der Anlage auf. Die Forscher forderten abbaubare Nanopartikel und eine Sicherstellung, dass Nanopartikel aus der deponierten Schlacke nicht in den Wasser- und Nahrungskreislauf gelangen oder durch weitere Aufbereitungsmaßnahmen in die Atmosphäre freigesetzt werden. Bei Wartungsarbeiten müssten die Durchführenden außerdem vor dem Einatmen der verbliebenen Nanopartikel geschützt werden. [jg]

► www.kurzlink.de/eth-nano-mva

Chemikaliestestmethoden**Industrie und Ministerium kooperieren**

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) und der Chemieindustrieverband VCI haben Analysemethoden für bestimmte Weichmacher erarbeitet, die nun von der Deutschen Forschungsgemeinschaft überprüft werden. BMU und VCI wollen mit ihrer Kooperation zum Human-Biomonitoring potenziell gesundheitsschädliche Stoffe überprüfen, denen die Bevölkerung vermehrt ausgesetzt ist und für die es zurzeit noch keine allgemeingültigen Messmethoden gibt. Bis 2020 sollen für rund 50 von BMU und VCI gemeinsam ausgewählte Stoffe oder Stoffgruppen Analysemethoden entwickelt werden. Die 2010 gestartete Kooperation wird zunächst in einer Pilotphase erprobt, die im Frühjahr 2013 endet. [jg]

► www.bmu.de/48791.php

Gefährliche Chemikalien**Dünger bleibt uranhaltig**

■ Grenz- oder Schwellenwerte zur Kennzeichnung von Uran in mineralischen Phosphatdüngemitteln sind nicht in Sicht. Das ergab eine kleine Anfrage der Grünen an die Bundesregierung. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat zur Belastung von Boden und Wasser durch uranhaltige Düngemittel verschiedene Forschungsaufträge erteilt, deren Ergebnisse noch abgewartet werden sollen. [jg]

► www.kurzlink.de/drs-17/9831.pdf

Umweltstrafrecht**Envio-Opfer bekommt Rente**

■ Polychlorierte Biphenyle (PCB) haben Hunderte Mitarbeiter des Dortmunder Recyclingbetriebs Envio und Betroffene aus Nachbarfirmen im Blut, weil sie jah-

relang unzureichend geschützt Transformatoren zerlegten. Hautveränderungen, Haarausfall, Konzentrationsstörungen und Krebserkrankungen sind die Folge. Der Umweltskandal wird zurzeit vor Gericht verhandelt. Mitte Mai bekam nach Informationen der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) das erste Opfer eine Rente zugesprochen. [jg]

► WAZ: www.kurzlink.de/derwesten-envio

► Hintergrund: www.taz.de/!93079

Chemikaliencocktails**EU-Bewertungskonzept enttäuscht Umweltverbände**

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni ein Konzept zur Risikobewertung von chemischen Mischungen vorgelegt. Zunächst sollen sämtliche zuständigen Dienststellen der EU-Kommission und alle beteiligten Agenturen (Umwelt, Lebensmittel, Chemikalien, Arzneimittel) potenziell problematische Chemikaliencocktails bestimmen. Sobald so eine „prioritäre Mischung“ bestimmt wurde, sollte die Kommission für eine koordinierte und integrierte Bewertung sorgen.

Bis 2014 will die EU-Kommission technische Leitlinien ausarbeiten, um bewährte Verfahren für die Bewertung prioritärer Mischungen festzuschreiben. Auch Datenlücken sollen geschlossen werden. Neben dem Sammeln von Daten soll eine Plattform zum Chemikalienmonitoring eingerichtet werden. 2015 will die Kommission einen Fortschrittsbericht erstellen.

Empört reagierten Verbraucherschutz-, Gesundheits- und Umweltorganisationen. Obwohl die bisherige EU-Gesetzgebung die Risikobewertung von Chemikalienmischungen bisher gar nicht regelt, würden keine Gesetzesänderungen vorgeschlagen. So könnten Umwelt und Gesundheit nicht ausreichend geschützt werden. [jg]

► EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Referenz: IP/12/541 und MEMO/12/392)

► Reaktion: www.kurzlink.de/eeb-pm-31052012

REACH

Umsetzung schleppt sich hin

■ Fünf Jahre nach ihrem Inkrafttreten hat die EU-Chemikalienverordnung REACH noch nicht zum Verbot einer einzigen Chemikalie geführt, obwohl die Gefährlichkeit vieler Substanzen hinreichend bekannt ist. Das kritisiert der BUND. Die Blockadehaltung der Industrie und die viel zu langsame Umsetzung durch die EU-Behörden bremse die Wirkung von REACH, so der Umweltverband Ende Mai in einer vorläufigen Bilanz. In Tausenden Alltagsprodukten wie Handys, Regenjacken, Schuhen oder Spielzeug seien nach wie vor giftige Chemikalien enthalten. Der BUND forderte die EU-Kommission auf, besonders risikoreiche Substanzen schneller aus dem Verkehr zu ziehen und sicherzustellen, dass die Unternehmen künftig alle erforderlichen Informationen über Chemikalien liefern, die sie verwenden.

Die REACH-Verordnung regelt seit 2007 die Registrierung, Bewertung und Zulassung oder Beschränkung gefährlicher Chemikalien in der EU. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/bund-reach2012
- ▶ www.bund.net/gift-stoppen

Chemikalien international I

Recht auf Leben ohne Gift

■ Eine globale Koalition aus Umwelt-, Gesundheits- und Frauenorganisationen sowie Gewerkschaften und Indigenenbewegungen fordert das Recht auf ein giftfreies Leben für alle. Die Regierungen der Staaten sollten sich für eine sichere, vorsorgende und nachhaltige Chemikalienpolitik einzusetzen. Auch der Deutsche Naturschutzring unterstützt die Forderungen. Die vom chemikalienkritischen Netzwerk IPEN (International POPs Elimination Network) initiierte Erklärung sucht noch weitere Unterstützerorganisationen. Konkrete Forderungen sind unter anderem ein Verbot giftiger Chemikalien. [jg]

- ▶ www.ipen.org/toxics-free-2012

Chemikalien international II

Globale Strategien gegen Quecksilber und Chemikalien

■ Die EU-UmweltministerInnen haben Mitte Juni EU-Positionen für ein Meeting zu Quecksilber im Juli in Uruguay und für die Internationale Konferenz über Chemikalienmanagement (SAICM) im September in Kenia beschlossen.

Bis Anfang 2013 sollen die Verhandlungen für eine globale Quecksilberkonvention abgeschlossen sein. Die EU betont, dass das neue Rechtsinstrument für Quecksilber und die SAICM-Verhandlungen mit den bereits existierenden Konventionen von Basel, Stockholm und Rotterdam abgeglichen werden sollten, um Widersprüche und Doppelungen zu vermeiden.

Für die SAICM-Konferenz im September in Nairobi erhofft sich die EU unter anderem eine stärkere Einbindung des Gesundheitssektors, eine Einbeziehung von Umwelthormonen und Nanomaterialien sowie die Entwicklung von Überwachungsindikatoren. [jg]

- ▶ EU-Position: www.kurzlink.de/rat-10765/12

Seveso-III-Richtlinie

Industrieanlagen werden nur ein bisschen sicherer

■ Eine „verpasste Gelegenheit“ für mehr Gesundheits- und Verbraucherschutz – das ist das Fazit des Europäischen Umweltbüros (EEB) zur neuen Seveso-III-Richtlinie. Der Dachverband ist unzufrieden mit der Annahme der Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen durch das EU-Parlament Mitte Juni. Die Zustimmung des EU-Ministerrats gilt als wahrscheinlich.

Betriebe mit hoher Risikostufe sollen danach zumindest einmal im Jahr, als weniger riskant eingestufte Betriebe alle drei Jahre kontrolliert werden. Bei Betriebserweiterungen und der Erstellung von Notfallplänen sollen BürgerInnen ein Mit-

spracherecht haben. Informationen über die Anlagen sollen in Zukunft auch online verfügbar sein.

Einige gute Verbesserungsideen und konkrete Anforderungen für die Verhütung schwerer Unfälle seien bei den Verhandlungen unter den Tisch gefallen, kritisierte das EEB. EU-Mitgliedstaaten und Betreibern bleibe es auch in der Neufassung größtenteils selbst überlassen, wie und wann Kontrollen zum Gefahrenpotenzial von Industrieanlagen stattfinden. Auch eine Senkung von Schwellenwerten bestimmter Stoffe einschließlich Nanomaterialien wurde wegverhandelt. Die Mitgliedstaaten hätten außerdem die Forderung nach einer verpflichtenden Orientierung an der besten verfügbaren Technik abgelehnt – und das bei den risikoreichsten Anlagen in ganz Europa. Obwohl alle Staatshaushalte knapp bei Kasse sind, lehnten die Mitgliedstaaten auch eine direkte Haftung mit obligatorischer Versicherungspflicht für die Betreiber ab. Das verstoße gegen das in der EU geltende Verursacherprinzip, so das EEB.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) forderte die EU-Kommission auf, Ausnahmeregelungen sorgfältig zu prüfen und der betroffenen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/eeb-pm-14062012

Fluglärm

Europaweit gegen Nachtflüge

■ „Gesundheit vor Profit: Kein Nachtflug“ – unter diesem Motto fordern Umweltverbände die Bevölkerung zum Protest gegen die von der EU-Kommission geplanten Verschlechterungen beim Fluglärmenschutz auf. Der BUND, die Bundesvereinigung gegen Fluglärm und die europäische Organisation der Fluglärmgegner UECNA kritisieren besonders den Verordnungsentwurf, der lärmbedingte Betriebsbeschränkungen regeln soll. Letztlich ermöglicht dieser den Luftfahrtunternehmen, bei der EU-Kommission Beschwerde gegen lokale Nachtflugverbote einzulegen. Die EU-Kommis-

sion könnte diese dann außer Kraft setzen und überprüfen. Die Verbände befürchten, dass dabei wirtschaftliche Erwägungen mehr zählen als Umwelt und Gesundheit. Die Initiatoren haben ein Protestschreiben an EU-Verkehrskommissar Siim Kallas im Internet veröffentlicht, das von Interessierten unterstützt werden kann.

Die EU-Verkehrs- und Energieminister haben in ihrer Sitzung Anfang Juni den Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt, wonach diese lärmbedingte Betriebsbeschränkungen von Mitgliedstaaten verbieten darf. Die deutsche Delegation kritisierte außerdem, dass der Gesetzesvorschlag als Verordnung verfasst wurde und nicht als Richtlinie. Verordnungen sind nach Inkrafttreten sofort EU-weit für alle Mitgliedstaaten verbindlich.

Das EU-Parlament muss sich zu dem Kommissionsvorschlag noch äußern. [jg]

- ▶ www.kein-nachtflug.eu
- ▶ EU-Ministerratsentscheidung: www.eu-koordination.de (EU-News – 08.06.2012)

Schwefelemissionen

Neue EU-Regeln für Schiffe

■ VertreterInnen von EU-Kommission, Ministerrat und Parlament haben sich im Mai im Trilogverfahren auf Grenzwerte für Schwefel in Schiffstreibstoffen geeinigt. Dabei ging es auch darum, Vereinbarungen der internationalen Marpol-Konvention umzusetzen. Vereinbart wurde, dass der Schwefelgehalt von Schiffstreibstoffen in Ärmelkanal, Ost- und Nordsee (SECA-Gebiete) bis Ende 2014 noch bei einem Prozent liegen darf, ab 2015 gilt ein Grenzwert von 0,1 Prozent.

Außerhalb der EU-SECA-Zonen gilt auf allen EU-Gewässern ab 2020 ein Grenzwert von 0,5 Prozent – auch für Fahrgastschiffe. Generell sind im EU-Territorium Treibstoffe mit mehr als 3,5 Prozent Schwefelgehalt verboten, es sei denn, es gibt geschlossene Abgasreinigungssysteme an Bord.

Bis Dezember 2013 soll die Kommission einen Bericht zur Umsetzung der

Richtlinie vorlegen und dabei die mögliche Reduzierung der Luftverschmutzung durch Schiffe einbeziehen. Das soll auch in die für 2013 geplante Überarbeitung der EU-Luftreinhaltspolitik einfließen.

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) und Transport & Environment hatten eine 0,1-Prozent-Grenze gefordert. Dennoch begrüßten die Organisationen die Einigung. Sie mahnten aber bessere Kontrollen an, weil schon die Durchsetzung der heutigen Kraftstoffqualitätsstandards zu wünschen übrig lasse. [jg]

- ▶ Rat: www.kurzlink.de/schwefelschiffe-2012
- ▶ EEB: www.kurzlink.de/eeb-pm-22052012

Industrieemissionen

Regelungspaket im Kabinett

■ Für rund 9.000 Industrieanlagen in Deutschland sollen künftig neue Genehmigungsbedingungen gelten. Ende Mai hat das Bundeskabinett ein Gesetzes- und Verordnungspaket zur nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie über Industrieemissionen beschlossen. Sofern der Bundesrat zustimmt, werden damit das Bundesimmissionsschutzgesetz, das Wasserhaushaltsgesetz und das Kreislaufwirtschaftsgesetz geändert. Neu erlassen werden sollen die Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen, die Verordnung über das Genehmigungsverfahren sowie die Depo-nieverordnung. Außerdem wird eine neue Verordnung zur Regelung des Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen geschaffen.

Die EU-Richtlinie sieht strengere Vorgaben für die Kontrolle von Genehmigungsaufgaben und die allgemeine Überwachung von Anlagen vor. Auch Fristen für behördliche Inspektion vor Ort sind darin geregelt. Eingeführt werden soll die Pflicht, bei der Stilllegung von Anlagen Boden und Grundwasser in den Ausgangszustand zurückzuführen. Außerdem sollen die aktuellen Technikstandards bei der Festlegung von Emissionsgrenzwerten EU-weit verbindlich gelten.

Deutschland will die EU-Vorgaben nur eins zu eins umsetzen. Laut Umweltbundesamt (UBA) sollte es aber wenigstens strengere Grenzwerte für Lösemittel geben, da diese überholt seien. Auch Quecksilberemissionen von Kohlekraftwerken könnten schärfer begrenzt werden, sagte Michael Angrick vom UBA den VDI-Nachrichten. Einer drohenden Klage der EU wegen zu seltener Kontrollen von Industrieanlagen könne Deutschland durch mehr Kontrollpersonal begegnen. [jg]

- ▶ Gesetzentwürfe: www.bmu.de/48734.php
- ▶ Interview: www.kurzlink.de/vdi-05-2012

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

UN-Gipfel Rio+20

„Komplett realitätsfern“

■ Als „ein beschämendes Versagen“ hat der Vizepräsident des DNR, Hardy Vogtmann, das Ergebnis des Rio+20-Gipfels bezeichnet. Bereits vor der offiziellen Eröffnung der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung Ende Juni im brasilianischen Rio de Janeiro war die Abschlusserklärung „Die Zukunft, die wir wollen“ vorgelegt worden, deren Inhalt sehr vage bleibt.

Fortschritte erreichten die Verhandlungsführer nur beim UN-Umweltprogramm UNEP, das in Zukunft von allen Staaten getragen werden soll. Die EU konnte sich aber nicht mit der Forderung nach einer Weltumweltorganisation durchsetzen. Die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) wird in ein politisches Expertengremium umgewandelt, das die Fortschritte beim Wohlstand nicht mehr nur an der Wirtschaftsleistung messen soll. Die Ausarbeitung der „Ziele für die nachhaltige Entwicklung“, potenzielle Nachfolger der Millenniumentwicklungsziele, wurde auf 2015 verschoben.

Zwar halten die Staaten an bisherigen Umweltzielen wie der Zwei-Grad-Grenze bis 2100 und dem Schutz der Biodiversität fest, neue Ziele gibt es aber nicht. Vogt-

Mickriges Ergebnis beim Show-Gipfel in Rio

Der UN-Nachhaltigkeitsgipfel Rio+20 brachte kaum ein greifbares Resultat. Für Brasiliens Präsidentin Rousseff und die meisten anderen Staatsführungen waren Inhalte nebensächlich, sagt Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Der größte Gipfel aller Zeiten sollte es werden, das war das erklärte Ziel von Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff. Lange fragte man sich, was denn die Gastgeber sonst noch für Ziele mit dem Rio+20-Gipfel verbinden würden, welche Inhalte gar – jetzt wissen wir es: gar keine. Inhalte waren für die brasilianische Präsidentschaft und auch für die große Mehrheit der anderen Regierungen völlig sekundär. Entsprechend mickrig ist das Ergebnis. Eine Aufwertung des UN-Umweltprogramms UNEP unterhalb des Status einer vollwertigen UN-Sonderorganisation sowie der Startschuss für Verhandlungsprozesse zu „Sustainable Development Goals“ und zu einem neuen „High Level Forum on Sustainable Development“ anstelle der bisherigen Commission on Sustainable Development (CSD) – das war's. Das alles hätte man genauso gut in einer normalen UN-Generalversammlung durchwinken können, dafür müssen nicht 12.000 Regierungsdelegierte aus aller Welt nach Brasilien fliegen.

Tatsächlich war der Gipfel eigentlich schon vorüber, bevor er überhaupt anfing. Brasilien setzte alles daran, dass das Abschlussdokument vor Ankunft der Chefs fertig verhandelt wird. Die Europäer widersetzten sich diesem eher unüblichen Ansinnen am längsten und wurden schließlich mit ziemlich rabiater Erpressungspolitik weichgekocht. Brasiliens Außenminister erklärte, wer blockiere, lasse den Gipfel platzen – es werde auf keinen Fall weiterverhandelt. Machtpolitisch spielte sicher auch die Tatsache eine Rolle, dass nur wenige europäische Regierungschefs überhaupt auftauchten. Die Arroganz der brasilianischen Präsidentschaft, mit der jedes Verhandeln um Inhalte als Störfaktor in die Ecke gestellt wurde, ist ziemlich beispieldes und im Grunde ein Votum dafür, UN-Konferenzen künftig ohne Regierungschefs und Minister abzuhalten, damit wieder Inhalte im Vordergrund stehen und nicht sinnentleerte Rituale.

Das Abschlussdokument enthält ansonsten jede Menge „agreed language“, das heißt recycelte Bekräftigungen von allerlei Willensbekundungen der vergangenen 20 Jahre. Teilweise konnte noch

nicht einmal das beschlossen werden – etwa, als das Ölförderland Venezuela verhinderte, dass der Wille zum Abbau fossiler Energiesubventionen bekräftigt wird. Geradezu karikaturenhafte polterte die mit teurem Gold- und Perlenschmuck behengene venezolanische Ministerin mit Verve, dass Benzinsubventionen ein Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung seien, weil sie den Armen zugutekämen, und wer das ablehne, sei ein elender Imperialist. Venezuela hat 29 Millionen Einwohner und 5,6 Millionen Autos und man kann sich locker ausrechnen, wer der Hauptprofiteur der Benzinsubventionen ist.

Karikaturenhafte Auftritte gab es noch jede Menge. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad las aus dem Koran vor, Kubas Raúl Castro schwärmte von den guten alten Zeiten von 1992, als es noch „wahre Líderes“ wie natürlich vor allem Fidel Castro gab. Angesichts von derart geballter Inkompetenz in vielen Präsidialämtern der Welt muss man sich über das Ergebnis eigentlich nicht mehr wundern.

Dennoch ging die Dilma-Show nicht ganz so reibungslos über die Bühne wie geplant. Die Proteste gegen die Charade waren dann doch zu deutlich. Exemplarisch war die Titelseite von Brasiliens größter Tageszeitung O Globo am ersten Tag des Gipfels: Über dem großen Foto von Dilma Rousseff und Ban Ki-moon vor den versammelten Staatschefs der Welt prangte die Überschrift „NGOs lehnen das Gipfeldokument ab – UN-Gipfel beginnt“. Während der Stromkonzern Eletronorte sich als großer Gipfelsponsor und Champion sauberer Energie in Szene setzte, wurde die Baustelle seines wichtigsten Projekts, des Staudamms Belo Monte, besetzt.

Vielleicht war es wirklich einer der größten Gipfel aller Zeiten, sicher aber einer der inhaltsärmsten.

Jürgen Maier koordiniert das Forum Umwelt und Entwicklung, einen bundesweiten Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177593, E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de

mann nannte die Erklärung deshalb „noch enttäuschender als ohnehin erwartet“.

Wael Hmaidan vom Climate Action Network, der als Vertreter der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu den Staats- und Regierungschefs sprach, führte das Scheitern der Konferenz darauf zurück, dass die Regierungen „nur ihre eigenen, eng gefassten Interessen“ vertreten hätten (siehe auch nebenstehenden Kommentar). Die Erklärung sei „komplett realitätsfern“.

Von einem „Gipfel der Verantwortungslosigkeit“ sprach der Vorsitzende der NaturFreunde Michael Müller. Versagt habe auch die EU. Nachdem die Industrieländer in den letzten 20 Jahren ihre Chancen leichtfertig vertan hätten, brächten sie nun nichts mehr zustande. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger sagte, die Abschlussklärung bedeute die uneingeschränkte Ausbeutung der Ressourcen, die Fortsetzung der Naturzerstörung und extreme soziale Ungleichheit. [cs, mb]

- ▶ UN-Abschlussdokument: www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html
- ▶ NGOs: www.kurzlink.de/rio-20-ngo-statement
- ▶ DNR/Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177593, E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de/projekte/rio-20

UN-Bericht zur Lebenszufriedenheit

Freiheit und Gleichheit statt Wachstum und Reichtum

Die Vereinten Nationen haben im April den ersten Bericht zur Lebenszufriedenheit vorgelegt. Drei Wissenschaftler werteten dafür alle vorliegenden internationalen Studien aus und kamen zu dem Ergebnis, dass die glücklichsten Menschen im egalitären Skandinavien und den Niederlanden leben, die unglücklichsten in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Deutschland liegt demnach auf dem 30. von 156 Plätzen.

Laut der Studie sind politische Freiheit, gute soziale Netzwerke und die Abwesenheit von Korruption die wichtigsten Faktoren für die Lebenszufriedenheit der

Menschen, aber auch Wohlstand spiele eine Rolle. Auf der individuellen Ebene sei mentale und körperliche Gesundheit genauso wichtig wie stabile Familienverhältnisse und Arbeitsplatzsicherheit. Konsumismus mache dagegen langfristig unglücklich. Wirtschaftswachstum steigere die Lebenszufriedenheit nur bei denen, die zuvor arm waren. [cs]

► www.kurzlink.de/weltgluecksbericht (engl.)

Ökosysteme

Wissenschaftler warnen vor globalem Zusammenbruch

■ Zahlreiche schlechte und nur wenige gute Nachrichten und ein möglicher Kollaps von Ökosystemen – diese Schlüsse zieht der Bericht „Geo-5“ des UN-Umweltprogramms UNEP, der Anfang Juni vorgestellt wurde. Für diese Bestandsaufnahme hatten Experten 90 der wichtigsten international vereinbarten Ziele zum Schutz der Umwelt analysiert. In nur vier Bereichen konnten die Wissenschaftler deutliche Verbesserungen feststellen, darunter der Schutz der Ozonschicht und der Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die Forscher fanden acht Bereiche, die sich in den letzten 20 Jahren verschlechtert haben und alle mit Wasser in Verbindung stehen. Dazu zählt, dass der Wasserverbrauch durch den Menschen zu einer Verknappung des Wassers für die Natur führt. Dies bedrohe besonders Moore und Sümpfe, aber auch viele andere Gebiete. Laut dem Bericht wird auch das Ökosystem der Meere empfindlich gestört. Durch Übersäuerung entstehen tote Zonen, von denen der Bericht weltweit 169 zählt, 415 weitere Gebiete seien gefährdet. Diese Meeresgebiete, zu denen die gesamten deutschen Küstengewässer zählen, sind infolge eingeschwemmter Düngemittelrückstände aus der industriellen Landwirtschaft mit Nährstoffen übersorgt, sodass Algen schnell wachsen und anderen Lebewesen den Sauerstoff nehmen. Nur 13 Gebiete erholen sich. Auch eine nachhaltige Frischwasser-

versorgung sei derzeit nicht gewährleistet, so der Bericht. Obwohl die Situation sich langsam bessere, lebten noch 80 Prozent der Menschen in Regionen, in denen die Wassersicherheit nicht garantiert sei.

Während es bei 24 Zielen keine oder nur sehr geringe Fortschritte gab, stellt der Geo-5-Report in 40 Bereichen „gewisse Verbesserungen“ fest.

Ebenfalls Anfang Juni veröffentlichte eine Gruppe von WissenschaftlerInnen in der Zeitschrift Nature einen Bericht über mögliche Veränderungen der Biosphäre. Sie fanden heraus, dass nicht nur lokale, sondern auch das globale Ökosystem plötzlich zusammenbrechen kann. Dieser Punkt könne sehr bald erreicht sein, da bereits 2025 mehr als die Hälfte der eisfreien Fläche für Landwirtschaft und Wohnen genutzt werde. Ein Zusammenbruch des globalen Ökosystems sei unumkehrbar und habe weitreichende Folgen für die Menschheit. [cs]

- Geo-5: www.unep.org/geo
- Nature: www.kurzlink.de/shift-in-biosphere
- Medienbericht: www.kurzlink.de/artikel-tt

Freihandel EU – Lateinamerika

Kritik von allen Seiten

■ Das Ende Mai vom EU-Ministerrat ratifizierte Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru ist auf heftige Kritik gestoßen. Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGO) monierten, dass das Abkommen kommerzielle Interessen von Großkonzernen bevorzuge, die etwa durch Patentrechte und Marktöffnungen begünstigt würden. Das mache die beiden Länder zu reinen Rohstoffexporteuren.

Auch das Europäische Parlament, das dem Abkommen noch zustimmen muss, dringt laut einer Entschließung auf Verbesserungen bei Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie dem Umweltschutz.

Vor allem in Peru eskalieren seit einigen Monaten Umwelt- und Sozialkonflikte in Verbindung mit Investitionsprojekten. Die Auseinandersetzungen vor allem in Bergbauregionen forderten im Mai mehrere

Todesopfer. Trotz der Kritik bewerteten der peruanische Präsident Ollanta Humala und Bundeskanzlerin Angela Merkel das Freihandelsabkommen bei Humalas Besuch in Berlin Mitte Juni positiv. [cs]

- www.kurzlink.de/ep-entschliessung
- NGO-kritik: www.power-shift.de/?p=973

Brasilien

Teilveto gegen Waldgesetz

■ Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hat gegen Teile des neuen Waldgesetzes ihr Veto eingelegt. Sie will vor allem eine Amnestie für das illegale Roden verhindern.

Das Waldgesetz hatte im vergangenen Dezember den Senat und im April das Abgeordnetenhaus passiert und muss nur noch von Rousseff unterschrieben werden. Um das Teilveto zu kippen, muss es von beiden Kammern mit jeweils einfacher Mehrheit überstimmt werden.

Naturschutzverbände hatten sich nach mehrwöchigen Kampagnen ein komplettes Veto und das Bekenntnis der Präsidentin für einen wirksamen Waldschutz erhofft. Der mit dem Teilveto vorliegende Kompromiss, so monierten die Verbände, rette Rousseff über den Rio+20-Gipfel und werde letztlich der Agrarlobby nützen.

Umweltschützer und Betroffene beklagten sich außerdem über das Vorgehen der Regierung beim Bau des Staudamms Belo Monte. Dort soll ein neues Wasserkraftwerk Strom vor allem für die Aluminiumproduktion liefern. Viele soziale und ökologische Auflagen würden einfach ignoriert, so die Kritiker. Widerstand dagegen regt sich auch in Deutschland und Österreich. Dort prangern Nichtregierungsorganisationen die Beteiligung von Unternehmen wie Siemens, Voith und Andritz an dem Kraftwerksprojekt an. Die Organisation Gegenströmung will erreichen, dass alte Wasserturbinen erneuert werden und dadurch der Bau neuer Staudämme überflüssig wird. [cs]

- Waldgesetz: www.taz.de/!94172
- www.gegenstroemung.org (Belo Monte)

KLIMA & ENERGIE

Treibhausgasemissionen**CO₂-Ausstoß steigt und steigt**

■ Ende Mai hat die Internationale Energieagentur (IEA) Daten zum globalen CO₂-Ausstoß für 2011 veröffentlicht. Danach erreichte dieser ein Rekordhoch von 31,6 Gigatonnen, eine Gigatonne mehr als im Vorjahr. Während der Ausstoß der OECD-Staaten nur um 0,6 Prozent sank, wurden in Staaten außerhalb der OECD 6,1 Prozent mehr CO₂ als 2010 ausgestoßen.

Zeitgleich hat die Europäische Umweltagentur (EEA) neue Daten für die Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Raum für 2010 veröffentlicht. Danach stiegen die Emissionen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent. Gründe dafür seien vor allem die Erholung der Wirtschaft nach der Krise 2009 und der kalte Winter 2010. In Deutschland wurden 2010 2,7 Prozent mehr Treibhausgase ausgestoßen. [ej]

- ▶ IEA-Studie: www.kurzlink.de/ieaco22011
- ▶ EEA-Studie: www.kurzlink.de/eeaghgem2010

EU-Emissionshandel I**CO₂-Preis sinkt und sinkt**

■ Wegen stark gesunkener CO₂-Preise droht der europäische Emissionshandel zusammenzubrechen. Die Europäische Kommission will daher im Juli Vorschläge für eine Revision vorlegen.

Im Mai regte Klimakommissarin Connie Hedegaard an, die Versteigerung der Emissionsrechte zu verzögern. Aber auch die Herausnahme von Emissionszertifikaten aus dem Markt sei eine gute Maßnahme zur Stabilisierung des Preises. Derzeit gibt es einen Überschuss von rund 900 Millionen Emissionszertifikaten, das sind rund doppelt so viele wie 2010. Laut einer Studie von Greenpeace und dem WWF könnte der Überschuss bis 2020 auf zwei Milliarden ansteigen.

Einen neuen Rückschlag gab es bei der Ausweitung des Emissionshandels auf den Flugverkehr. Acht chinesische und zwei indische Airlines hielten die Frist zur Einreichung ihrer Emissionswerte von 2011 nicht ein. Indien und China hatten ihre Airlines angewiesen, die Anforderungen des Emissionshandels nicht zu befolgen. [dh]

- ▶ Pressebriefing der Klimakommissarin: www.kurzlink.de/video-con12
- ▶ Studie WWF und Greenpeace: www.kurzlink.de/gp2012ets

EU-Emissionshandel II**Staatliche Beihilfen für stromintensive Industrie**

■ Ende Mai hat die EU-Kommission staatliche Beihilfen für energieintensive Industriebetriebe für die dritte Phase des europäischen Emissionshandels ab 2013 genehmigt. Das solle Abwanderungen verhindern, hieß es bei der Kommission.

Die EU-Vorschriften erlauben Beihilfen in Höhe von bis zu 85 Prozent der Kostensteigerung bei den effizientesten Unternehmen im jeweiligen Wirtschaftszweig. Der Wert wird bis 2020 schrittweise auf 75 Prozent gesenkt. In Betracht kommen Hersteller von Aluminium, Kupfer, Düngemitteln, Stahl, Papier, Baumwolle, Chemikalien und einigen Kunststoffen. Auch der Bau neuer „hocheffizienter“ Kraftwerke mit CO₂-Abscheidung kann mit bis zu 15 Prozent der Investitionskosten unterstützt werden.

Umweltverbände lehnen die Beihilfen ab. Nach Ansicht des BUND schwächen sie die ökologische Lenkungswirkung des Emissionshandels und verzögern den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft.

Energieintensive Unternehmen erhalten im Emissionshandel bereits andere Vergünstigungen. Sie müssen die CO₂-Zertifikate größtenteils nicht ersteigern, sondern erhalten sie kostenlos. Dies hatte bisher oft zu Zusatzgewinnen, sogenannten „windfall profits“ geführt. [UWD, sl]

- ▶ BUND-Position: www.kurzlink.de/bund-jan12

EU-Energieeffizienzrichtlinie**Deutschland gibt Blockade auf**

■ Mitte Juni haben die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament einen Kompromiss zur EU-Energieeffizienzrichtlinie erreicht. Auch die Bundesregierung beendete in letzter Minute ihre Blockade, nachdem sie eine Reihe von Schlupflöchern durchsetzen konnte.

Kernpunkt der Richtlinie ist, dass jedes EU-Land in jedem Jahr für Energiesparmaßnahmen in Höhe von 1,5 Prozent des Energieabsatzes im Vorjahr sorgen muss. Mitgliedstaaten setzten jedoch Ausnahmen durch, mit denen sie die Einsparungen auf 1,1 Prozent reduzieren können. Zuvor hatte Deutschland versucht, die Richtlinie durch die Anrechnung von Einsparungen aus der Vergangenheit zu schwächen, und damit die dänische EU-Ratspräsidentschaft zu weiteren Zugeständnissen gezwungen.

Die Einigung sieht langfristige Sanierungsfahrpläne, Energieaudits für große Unternehmen und etwas höhere Effizienzanforderungen für die öffentliche Beschaffung vor. Der Vorschlag der EU-Kommission, jährlich drei Prozent der öffentlichen Gebäude zu sanieren, wurde von den Mitgliedstaaten stark beschnitten. Eine Sanierung soll nur bei Gebäuden von Zentralregierungen, nicht aber bei Ländern und Kommunen erfolgen.

Nach Angaben von Claude Turmes, Verhandlungsleiter für das EU-Parlament, ist die Einigung vor allem der französischen Regierung zu verdanken. „Doch die Blockadehaltung einiger EU-Regierungen, allen voran Deutschland und Großbritannien, hat leider ehrgeizigere Maßnahmen verhindert“, so der Grünen-Abgeordnete.

Umweltverbände kritisieren, dass die Richtlinie zu schwach sei, um das EU-Energiesparziel von 20 Prozent bis 2020 zu erreichen. Möglich seien jetzt nur noch 15 Prozent. „Das Zögern und die Blockaden der Bundesregierung in den letzten Wochen haben die Energieeffizienzrichtlinie stark beschädigt. Die Bundeskanzlerin hat eine wichtige Chance verpasst, ihre Klimaziele zu verteidigen“, sagte Stefanie Langkamp, Energieeffizienzexpertin vom Deutschen Naturschutzring (DNR).

Energieeffizienz gilt als das wirksamste Mittel, um Europas Abhängigkeit von endlichen Ressourcen zu verringern und die negativen Folgen der Energieproduktion zu begrenzen. Die EU importiert 84 Prozent ihres Erdöls und etwa zwei Drittel des Erdgases. Der hohe Energieverbrauch ist ein wesentliches Hindernis beim Klimaschutz und führt dazu, dass Verbraucher und Industrie von Preisschwankungen stark betroffen sind. [sl]

- ▶ DNR, Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.eu-koordination.de
- ▶ Richtlinie (engl., Kurzfassung dt.): www.ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_en.htm

Erneuerbare Energien I

EU-Strategie für mehr Zusammenarbeit

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni ihre lang erwartete Mitteilung zu erneuerbaren Energien veröffentlicht. Darin lieferte sie noch keinen Politikrahmen für die Zeit nach 2020, kündigt aber nächste Schritte an.

Die Kommission will die nationalen Förderregelungen Erneuerbare stärker abstimmen und plant, dazu Leitlinien vorzulegen. Ferner soll die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten enger werden, um internationale Projekte und den Handel voranzubringen. Auch die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen steht auf dem Prüfstand. Subventionen für fossile Energien und Marktverzerrungen will die Kommission abbauen. Ihrer Ansicht nach könnten erneuerbare Energien mit den entsprechenden Investitionen bis 2030 drei Millionen neue Jobs schaffen.

Die Kommission müsse nun bald bindende Ziele vorlegen, forderten Umweltverbände und Unternehmensvertreter. Eine Konsultation hatte große Unterstützung für Zielvorgaben gezeigt. Energiekommissar Günther Oettinger gab sich offen gegenüber einer solchen Idee und kündigte an, dass eine weitere Konsultation

dazu 2013 beginnen solle. Die europäische Vertretung der Erneuerbaren-Branche EREC empfiehlt, dass der Anteil im Jahr 2030 bei 45 Prozent liegen solle. [sl]

- ▶ www.ec.europa.eu/energy/renewables

Erneuerbare Energien II

Solarstrom bricht Rekorde

■ Am sommerlichen Pfingstwochenende haben die Solaranlagen in Deutschland so viel Solarstrom ins Netz eingespeist wie noch nie. Zeitweise erzeugten die 1,1 Millionen Anlagen über 20 Gigawatt und deckten so mehr als 40 Prozent des Stromverbrauchs. Kein anderes Land der Welt hatte jemals so viel Solarstrom im Netz.

Zugleich kostete der Mittagsstrom aufgrund des starken Solarangebots nur noch ein Drittel des Abend- und Nachtstroms. Mit einer solchen Umkehr des Preisgefüges aus billigem Nacht- und teurem Tagstrom wird für die Zukunft öfter gerechnet. So geht die Bundesnetzagentur trotz der Kürzungen der Einspeisevergütung von steigenden Anlagenzahlen bei der Fotovoltaik aus. Für 2012 wird mit einem Solaranteil von vier Prozent gerechnet, 2011 lag er noch bei drei Prozent.

Auch EU-weit ist Solarstrom auf dem Vormarsch. Nach Meldungen des Erneuerbare-Energien-Barometers EurObserver konnte die Fotovoltaik 2011 im Vergleich zum Vorjahr mit zusätzlich installierten 22 Gigawatt aufwarten, Tendenz weiter steigend. 2020 könnte die Fotovoltaik in der EU 120 Gigawatt erreichen und so das Ziel von rund 85 Gigawatt deutlich übertreffen.

Europäische und deutsche Hersteller profitieren davon allerdings nur bedingt. Vielmehr sind es asiatische Firmen, die die Solarmodule immer kostengünstiger herstellen und so zunehmend den Weltmarkt beherrschen. Dem Preiskampf sind bereits viele Pioniere der Branche zum Opfer gefallen, darunter das 2.200 Mitarbeiter beschäftigende Unternehmen Q-Cells aus Bitterfeld. [jgl]

- ▶ www.eurobserv-er.org

Kohlekraftwerke

Gericht gegen Eon

■ Mitte Juni ist im Ruhrgebiet ein weiteres Kohlekraftwerk gescheitert. Das Oberverwaltungsgericht Münster gab einer Klage des BUND statt und entzog dem Investor Eon den immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid für den Bau eines neuen Kraftwerksblocks in Datteln.

„Das Urteil bestätigt unsere Rechtsauffassung von der grundsätzlichen Rechtswidrigkeit des Vorhabens“, sagte BUND-Rechtsanwalt Dirk Tefßmer. Der Weiterbau müsse nun unverzüglich gestoppt werden.

Unterdessen prüfen Energiekonzerne die Möglichkeit, künftig auch Holz in Kohlekraftwerken zu verbrennen, da sie dafür keine Emissionszertifikate erwerben müssen. In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten Umwelt- und Holzwirtschaftsverbände diese Pläne scharf. „Wir können es uns nicht leisten, Holz in Großkraftwerken mit Wirkungsgraden von höchstens 45 Prozent zu verbrennen, statt es dezentral und effizient für die stoffliche Nutzung und – in geringem Umfang – auch für die Raumheizung und in Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen“, sagte Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung. [sl] (Hintergrund: siehe S. 29)

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Waldexperte László Maráz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-89, E-Mail: maraz@forumue.de, www.forumue.de
- ▶ www.dnr.de/presse (12.06.2012)

Atomausstieg

Vattenfall gegen Deutschland

■ Das Internationale Gericht zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten ICSID hat Ende Mai ein Schiedsgerichtsverfahren zwischen dem schwedischen Stromkonzern Vattenfall und der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Das Unternehmen hatte das Verfahren angestrengt, da es durch den von Deutschland beschlossenen Atomausstieg Erlöse aus bereits getätigten Investitionen an den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel in Gefahr sieht. ▶

Umweltverbände merken jedoch an, dass die beiden einzigen Vattenfall gehörenden AKWs schon seit 2007 nur unregelmäßig am Netz waren. Eine rentable Nutzung sei so nicht zu erwarten gewesen. Die Verbände bemängeln auch, dass Vattenfall mit dem Schritt vor den ICSID deutsches und europäisches Recht umgehen wolle.

Das Bündnis „Atomausstieg selber machen“ (ASM) rief die Vattenfall-Kunden zum Wechsel zu einem unabhängigen Ökostromanbieter auf. [cs]

- ▶ Atomausstieg selber machen, Melanie Ball, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-87, www.atomausstieg-selber-machen.de
- ▶ ASM zum ICSID-Fall: www.kurzlink.de/icsid

AKW-Finanzierung

Fukushima ohne Folgen

Die Umweltorganisation Urgewald hat zur diesjährigen Hauptversammlung der Deutschen Bank im Juni in Frankfurt am Main eine Untersuchung zu den Finanzdienstleistungen der Bank für die Atombranche nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima veröffentlicht. Danach hatte der GAU in Japan keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Geldinstituts. Urgewald hatte 46 Unternehmen geprüft, die Atomkraftwerke bauen oder betreiben oder mit dem Abbau und der Anreicherung von Uran ihr Geld verdienen. Die Recherche ergab, dass die Deutsche Bank seit März 2011 Kredite und Anleihen in Höhe von 878 Millionen Euro ausgegeben hatte. Auch weiterhin bietet die Bank zudem zahlreiche Anlagemöglichkeiten im Atomsektor an. Urgewald-Atomexpertin Regine Richter sagte bei der Vorstellung der Recherche: „Mit dem Ende der Ära Ackermann sollte die Deutsche Bank sich einen Neuanfang gönnen und ihr Engagement im Atombereich überprüfen und beenden.“ [mb]

- ▶ Urgewald, Regine Richter, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482271, E-Mail: regine@urgewald.de, www.urgewald.org
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/deutschebank-atom

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

Brüssel beschränkt Gesundheitswerbung

222 Gesundheitsangaben dürfen ab Dezember noch auf Lebensmitteletiketten stehen, um den Verkauf anzukurbeln. Eine entsprechende Liste wurde am 25. Mai im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

Kalzium für stabile Knochen, Joghurt oder Vitamin C zur Stärkung der Abwehrkräfte: Seit 2008 ließ die EU-Kommission Tausende gesundheitsbezogene Angaben aus den Mitgliedstaaten wissenschaftlich überprüfen. Nun sollen irreführende Angaben auf Lebensmittelverpackungen und in der Werbung verboten werden. Mehr als 1.600 Anträge wurden nicht zugelassen, etwa zur probiotischen Wirkung von Joghurt. Noch nicht geprüft sind Angaben zu pflanzlichen Substanzen wie Kräutern.

Die Lebensmittelhersteller haben sechs Monate Zeit, die Neuregelung umzusetzen. Für die Durchsetzung der Regeln sind die Mitgliedstaaten zuständig. [mbu]

- ▶ Liste: www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:136:0001:0040:DE:PDF
- ▶ EU-Seite: www.ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/claims
- ▶ EU-Register: www.ec.europa.eu/nuhclaims

Pestizidbelastung

Umwelthormone im Gemüse

Bis zu 30 unterschiedliche endokrin wirksame Substanzen hat das europäische Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Europe) in Nahrungsmitteln entdeckt. Die Kontrolleure beziehen sich dabei auf Daten der europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA).

Endokrine Disruptoren können den Hormonhaushalt von Menschen und Tieren stören. Rückstände dieser „Umwelthormone“ gelten als gesundheitsschädlich. Die

meisten Spuren wurden in Salat, Tomaten, Gurken, Äpfeln und Lauch nachgewiesen. Paprika enthielt häufig eine Mischung aus zahlreichen Substanzen, was als besonders gesundheitsgefährdend gilt.

PAN Europe kritisiert eine Gesetzeslücke in der aktuellen Pestizidverordnung der EU. So fehlten spezifische Kriterien für eine verbindliche Definition von endokrinen Disruptoren. Das Netzwerk informiert auf einer Webseite über schädliche Produkte und empfiehlt Alternativen. [mbu]

- ▶ www.disruptingfood.info

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform I

Vorschläge zur Ökologisierung drohen zu versanden

Beim Ratstreffen der EU-Agrarminister am 18. Juni hat die dänische EU-Ratspräsidentschaft einen Fortschrittsbericht zur Reform der EU-Agrarpolitik veröffentlicht. Gleichzeitig diskutierte der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments den Bericht von Luis Manuel Capoulas Santos (Sozialdemokraten). Die Grünen im EU-Parlament sowie Umwelt- und Ökoanbauverbände kritisierten den Verhandlungsstand (siehe auch nebenstehenden Kommentar).

Die Vorschläge der EU-Kommission vom vergangenen Herbst fänden breite Unterstützung, heißt es im Fortschrittsbericht der dänischen Präsidentschaft. Bei der Vereinfachung der Reform und beim Bürokratieabbau müsse jedoch noch nachgebessert werden. Strittig bleibt, wie viel Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) für Umweltprogramme verwendet werden sollen. Die Kommission hatte mindestens 25 Prozent vorgeschlagen, das Parlament möchte 30 Prozent, die Agrarminister sind sich nicht einig.

Außerdem wird weiter um die von der EU-Kommission geforderten Umweltauf-

lagen gerungen, die Voraussetzung für den Erhalt von Subventionen sind. Vor allem die Schaffung von sieben Prozent ökologischer Fläche auf Äckern und Feldern lehnen einige EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, ab. Eine Einigung ist derzeit offenbar nicht in Sicht. Ökologische Vorrangflächen sind zum Beispiel Ackerraine, die zur Artenvielfalt beitragen.

Auch die Abgeordneten im Agrarausschuss setzten sich mit den Reformplänen auseinander. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Martin Häusling nannte die Vorschläge von Capoulas Santos ambitionslos und schwach. Sollten diese vom Parlament angenommen werden, gäbe es kaum Aussichten auf eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik, sagte Häusling.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) befürchtet, dass die neue Agrarpolitik weiter die Landwirte subventionieren wird, die am umweltschädlichsten wirtschaften. Ministerrat und Parlament hätten sich in ihren Vorschlägen zum sogenannten Greening gegenseitig unterboten.

In Deutschland fordern auch die Imkerverbände eine Bindung der Direktzahlungen für Landwirte an Umweltmaßnahmen. Sie verlangen sogar zehn Prozent ökologische Vorrangflächen sowie schärfere Regeln gegen Monokulturen, die den Bienen die Nahrungssuche erschweren. Die EU-Kommission hatte 70 Prozent Höchstanteil für den Anbau einer einzigen Frucht vorgeschlagen, die Imker fordern 50 Prozent.

Wenn Rat, Parlament und Kommission nicht bald einen gemeinsamen Nenner für die Finanzplanung der kommenden Haushaltsperiode 2014 bis 2020 fänden, müssten die europäischen Bauern mit Zahlungsausfällen rechnen, sagte EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș. [mbu]

- ▶ Fortschrittsbericht: www.register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st08/st08949.en12.pdf
- ▶ Berichtsentwurf Capoulas Santos Direktzahlungen: www.kurzlink.de/ep-agr-direktzahlung
- ▶ Berichtsentwurf Capoulas Santos ELER: www.kurzlink.de/ep-agrarreform-eler
- ▶ Imker: www.kurzlink.de/gapreform-imker.pdf
- ▶ DNR-Steckbrief zur EU-Agrarreform: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-gap.pdf

„Gesellschaftliches Geld nur für gesellschaftliche Leistung“

Die zaghaften Ansätze der EU-Kommission zur Ökologisierung der europäischen Agrarpolitik werden immer weiter verwässert. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird aus dem „Greening“ ein „Greenwashing“, sagt Jochen Dettmer vom BUND.

Die dänische EU-Ratspräsidentschaft hat in ihrem Fortschrittsbericht zur Gemeinsamen Agrarpolitik (siehe nebenstehenden Beitrag) die bisher vielfältige Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wiedergegeben. Auch wenn eine klare Positionierung des Agrarministers zu den Legislativvorschlägen der EU-Kommission fehlt, weist der Text auf eine Aufweichung der Kommissionsvorschläge hin. So ist von einer höheren Flexibilisierung und Reduzierung der Umweltmaßnahmen die Rede. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Rat offen gegen die Kommissionsvorschläge stellt oder kompromissbereit wird.

Die Änderungsvorschläge des Berichtstatters des EU-Parlaments zur Direktzahlungsverordnung sind da schon konkreter und würden eine Änderung der Reformarchitektur bedeuten. Der portugiesische Abgeordnete Luis Capoulas Santos von den Sozialdemokraten hat 110 Änderungsanträge formuliert. Er will unter anderem das Prinzip, dass die Auszahlung der Basisprämie zwingend an die Einhaltung der Ökocomponenten gebunden wird, auflösen und die Ökocomponente somit freiwillig stellen. Die Nichtteilnahme an diesem System oder die Nichteinhaltung der Ökocomponenten sollen keine Sanktionen und somit keine Abzüge bei der Basisprämie nach sich ziehen. Sollten sich nicht genug Bauern finden, die die abgeschwächten Ökocomponenten wählen, sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, dieses Geld in den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu verlagern. Damit wäre die Agrarreform ausgehebelt.

Aber es ginge auch anders. Die Vorschläge der Verbändeplattform, in der fast alle deutschen Umweltverbände vertreten sind, zeigen, dass die Agrarreform mit einer klaren Kopplung der Direktzahlungen an gesellschaftliche Leistungen möglich ist. Es muss bei einem „Greening“ bleiben, bei dem auf mindestens sieben Prozent der Acker- und Grünlandflächen biodiversitätsbezogene Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Dadurch soll beispielsweise Lebensraum für Honig- und

Wildbienen geschaffen werden. Dafür kann man Blühstreifen oder Blühflächen anlegen. Diese ökologischen Vorrangflächen sind kein Luxusgut, sondern eine notwendige Voraussetzung, um die ökologische Funktionsfähigkeit unserer Agrarlandschaften zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Erbringung von Umweltleistungen wie die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen, die Einhaltung von Fruchtfolgen und die Erhaltung von Grünland muss Voraussetzung für die Gewährung der Direktzahlungen in der ersten Säule sein. Ein notwendiger Mehraufwand zum Beispiel für die Anlage von Blühstreifen kann aus der ersten Säule extra vergütet werden. Aber auch der ELER muss finanziell ausreichend ausgestattet sein. Dies hängt von der finanziellen Haushaltsplanung der EU ab. Schon jetzt gibt es viele Mitgliedstaaten, die den Agrarhaushalt reduzieren wollen. Die Kürzungsforderungen werden umso lauter, je unklarer die gesellschaftliche Begründung für die immerhin 400 Milliarden Euro ist, die von 2014 bis 2020 ausgegeben werden sollen.

Ohne ausreichende finanzielle Mittel kann es keine ökologisch orientierte Agrarpolitik geben. Die Zivilgesellschaft sollte die Chance nutzen, auf die Agrarreform Einfluss zu nehmen. Im Herbst soll das Europäische Parlament nach Anhörung in den Ausschüssen dazu einen Beschluss fassen, um danach mit dem Rat und der Kommission zu verhandeln. Die Kommission muss ermutigt werden, standhaft zu bleiben und das Parlament und den Rat zu Reformen zu bewegen. Die Devise muss bleiben: „Gesellschaftliches Geld nur für gesellschaftliche Leistung“, für ein Mehr an Biodiversität im ländlichen Raum. Damit schaffen wir auch Wachstum und Beschäftigung.

Jochen Dettmer ist agrarpolitischer Sprecher des BUND. Er ist Neuland- und Ökobauer im sachsen-anhaltischen Landkreis Börde.

**Kontakt: Tel. +49 (0)39055 / 413,
E-Mail: neuland-dettmer@t-online.de,
www.bund.net/agrar**

Was heißt hier nachhaltig?

Soll ich mit der Bahn oder dem Auto fahren? Kaufe ich Bio oder besser fair gehandelt? Täglich muss jeder Einzelne »nachhaltige« Entscheidungen treffen. Das ist nicht immer leicht, die Themen sind komplex. Durchblick schafft hier der Grundkurs Nachhaltigkeit: Er vermittelt Grundlagenwissen und hilft ökologische Zusammenhänge zu erfassen. Mit Fragebögen zur Lernkontrolle ist dieses Lehrbuch auch zum Selbststudium bestens geeignet – das neue Standardwerk.

C.-P. Hutter, K. Blessing, R. Köthe
Grundkurs Nachhaltigkeit
 Handbuch für Einsteiger und Fortgeschrittene

400 Seiten, Hardcover, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-301-5



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



EU-Agrarreform II

Bergbauern unter Druck

■ Umwelt- und Landwirtschaftsverbände haben Ende Mai die EU-Kommission und die EU-Staaten aufgefordert, Bergbauern besser zu unterstützen. Für ihren hohen Arbeitsaufwand in schwer zu bewirtschaftenden Hanglagen und ihren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt müssten sie auch honoriert werden.

Nach Ansicht der Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen benachteiligt die bisherige Verteilung der EU-Agrarsubventionen die Bergbauern. Denn in den meisten Mitgliedstaaten gebe es für Grünlandflächen weniger Direktzahlungen als für Ackerflächen. Die Beihilfen hängen von der Betriebsfläche ab, daher erhalten große Betriebe auch die höchsten Förderbeträge. Damit nicht noch mehr Landwirte in den Bergen ihren Hof aufgeben, fordert das Bündnis ein differenziertes Fördersystem. Außerdem müssten die EU-Agrarzuschüsse konsequent an Naturschutzziele gebunden werden, heißt es in einem Positionspapier der Allianz. Anderenfalls gerate auch die biologische Vielfalt in den Alpen in Gefahr. [mbu]

► www.kurzlink.de/vielfalt-alpin.pdf

EU-Agrarexporte

Fleischausfuhr in der Kritik

■ Entwicklungs-, Umwelt- und Bauernverbände haben die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) für weniger Fleischexporte und eine umwelt- und artgerechte Tierproduktion einzusetzen. Die industrielle Tierhaltung und die weiterverarbeitende Industrie profitierten seit Jahren massiv von der europäischen Agrarpolitik, kritisiert das Bündnis unter Federführung des Forums Umwelt und Entwicklung in einem Positionspapier.

Gleichzeitig trügen die Massentierhaltung und die Fleischexporte aus der EU-Landwirtschaft am stärksten zu Problemen bei Welternährung und Armutsbekämpfung bei.

Die Exporte der EU brächten die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die mittelständische lokale Fleischverarbeitung in Entwicklungsländern unter Druck, monieren die Verbände. Die Kleinbauern könnten dadurch ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Die hohe Fleisch- und Milchproduktion in der EU ist laut dem Bündnis nur durch hohe Importe von Futtermitteln möglich, vor allem von Sojaschrot als Eiweißträger. In den Anbauländern würden dadurch aber Flächen für die direkte Nahrungsmittelerzeugung blockiert. Hunger und Landvertreibung seien die Folge.

Auch in Deutschland seien die Folgen der Überschussproduktion negativ. Der entstehende Preisdruck begünstige die industrielle Tierhaltung und verdränge bäuerliche Betriebe. Umwelt-, Tier- und Klimaschutz blieben auf der Strecke. [mbu]

► Positionspapier der Verbände:
www.kurzlink.de/forum-tierexport

Ökolandbau

Biobranche wächst langsam

■ Etwas mehr als sechs Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden nach Angaben der Bundesregierung derzeit von Biobauern bewirtschaftet. Im Juni registrierte die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) über 65.000 staatlich zertifizierte Bioprodukte. Der anhaltende Boom geht auf die Leistung von mehr als 22.500 Biobetrieben in Deutschland zurück. Die Tendenz ist steigend.

Laut einer Umfrage des Deutschen Bauernverbandes (DBV) können sich zehn Prozent der Landwirte vorstellen, in den kommenden Jahren auf eine ökologische Bewirtschaftung umzustellen. Die Befragten versprechen sich davon eine sicherere Abnahme der Produkte und höhere Preise. Trotzdem würde damit das Angebot an Bioprodukten in Deutschland langsamer steigen als die Nachfrage. [mbu]

► www.ble.de
 ► www.dbv.de

Gentechnikzeichnung

Bioprodukte sind sauber, Futtermittel nicht

■ Die Kontrolle des Gentechnikverbots bei der Herstellung von Bioprodukten stellt aus Sicht der Europäischen Kommission kein Problem dar. Dies geht aus einem Bericht der Kommission hervor, der dem EU-Parlament und dem Ministerrat übergeben wurde. Zuvor hatten die EU-Mitgliedstaaten Fragebögen beantwortet.

Bei Futtermitteln sieht die Situation anders aus. Hier gilt das Risiko zufälliger Verunreinigungen mit Gentechnik laut Kommission als „besonders groß“. Futtermittel für die Fleischproduktion, die oft aus den USA oder Südamerika importiert werden, sind häufig aus gentechnisch verändertem Soja oder Mais hergestellt. [mbu]

► EU-Bericht: www.kurzlink.de/oeko-ohne-gen.pdf

Genfood

EU-Kommission will Reinheitsgebot aufweichen

■ EU-Verbraucherkommissar John Dalli möchte die Regelung für Gentechnikverunreinigungen in Lebensmitteln lockern. Der bisherige Grundsatz der Nulltoleranz schreibt vor, dass in Lebensmitteln nicht die geringste Spur genmanipulierter Pflanzen, die auf dem EU-Markt nicht genehmigt sind, vorkommen darf. Die EU-Kommission will nun die weniger strenge Regelung für Futtermittel auch auf Lebensmittel übertragen. Das bestätigte der zuständige Kommissar Dalli bereits im Mai vor dem Agrarausschuss des Europaparlaments. Das könnte bedeuten, dass für genmodifizierte Bestandteile in Nahrungsmitteln künftig ein sogenannter Schwellenwert von 0,1 Prozent gilt.

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) will dies verhindern. Sie sehe die Transparenz und Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher in Gefahr, sagte die Ministerin. Der Europaabgeord-

nete Martin Häusling (Grüne/EFA) lobte die Haltung der Ministerin und versprach die Unterstützung seiner Fraktion für den Fall, dass Aigner im Ministerrat in Brüssel die Aufhebung der Nulltoleranz blockieren wolle.

Dafür ist eine Sperrminorität notwendig. Das heißt, der Plan von Verbraucherkommissar Dalli könnte durch mehr als 45 Prozent der Staaten beziehungsweise durch mindestens vier Staaten, die mehr als 35 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, verhindert werden. [mbu]

- EU-Verbraucherkommissar Dalli: www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/dalli
- Bundesverbraucherministerium: www.bmelv.de
- www.martin-haeusling.eu

Genpflanzenzulassung

Grünes Licht für sechs neue Genmaissorten?

■ Möglicherweise wird die Europäische Kommission Anfang Juli mehrere gentechnisch veränderte Maissorten für den Anbau in der EU genehmigen. Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA erklärte die Sorten für unbedenklich. Im Juni scheiterte im EU-Umweltministerrat erneut ein Antrag für das Recht auf nationale Anbauverbote. Gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien und Belgien blockierte Deutschland den Vorschlag, der voraussichtlich im Herbst wieder auf die Tagesordnung kommt. Nach der Ablehnung im Rat geht das Zulassungsverfahren erst einmal weiter wie bisher: Können sich die Mitgliedstaaten nach der EFSA-Empfehlung nicht einigen, ob sie den Anbau einer Genpflanze genehmigen oder nicht, entscheidet die EU-Kommission.

Derzeit geht es unter anderem um die Wiederzulassung von MON810, weitere Anträge liegen für die Genmaissorten BT11, 1507, NK603, GA21 und MON88017 vor. Besonders umstritten sind Maissorten, die gleichzeitig gegen Insekten und gegen Herbizide wie Glyphosat resistent sind. Der agrarpolitische Sprecher der

Grünen im EU-Parlament Martin Häusling bezeichnete die geplanten Zulassungen als „ein nicht kalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt“. Studien hätten gezeigt, dass etwa im Fall von NK603 die von Monsanto vorgelegten Tests an Ratten fehlerhaft waren. Im Fall von MON88017 habe sogar die EFSA selbst davon gesprochen, dass diese Maissorte zu einer Verarmung der Biodiversität auf den Feldern führe. Häusling findet es daher unverständlich, dass die Kommission die Einführung dieses Maistyps in Europa erwägt. [mbu]

- www.greens-efa.org
- www.martin-haeusling.eu
- Umweltrat: www.kurzlink.de/envi-06-12.pdf

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biologische Vielfalt

20 Jahre EU-Naturschutz sind nicht genug

■ Das europäische Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 ist im Mai 20 Jahre alt geworden. Seit 1992 tragen die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) und das EU-Umweltfinanzierungsprogramm LIFE dazu bei, die Artenvielfalt zu erhalten. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik lobte das bestehende Schutzgebietsnetz, Umweltverbände kritisierten Geld- und Personalmangel bei der Umsetzung.

Nach offiziellen Angaben gehören derzeit fast 18 Prozent der Landfläche der Europäischen Union zum Natura-2000-Netz, in Deutschland sind es knapp 14 Prozent. Das Netzwerk geschützter Gebiete wurde mit der FFH-Richtlinie geschaffen, damit Arten und Biotope sich erholen können.

Für eine wirksame Sicherung der biologischen Vielfalt ist es aus Sicht des BUND jedoch notwendig, dass zwischen dem „losen Stückwerk kleinerer und mittlerer Schutzgebiete“ Verbundsysteme entstehen, die sich zu einem Biotopnetz erweitern. Erst dann könne von einem Erfolg

für Eisvogel und Wolf, für Hochmoore und Buchenwälder die Rede sein, hieß es bei dem Umweltverband. In Deutschland sei nicht der rechtliche Rahmen das Problem, um Natur- und Artenschutz glaubhaft umzusetzen, sondern Personalmangel in den Naturschutzbehörden.

Der Naturschutzbund (NABU) forderte die Bundesregierung auf, sich bei den EU-Haushaltsverhandlungen für eine ausreichende Finanzierung von Natura 2000 einzusetzen. Mit kleinen Umschichtungen aus den EU-Agrar- und Strukturfonds sowie einer Aufstockung des LIFE-Förderprogramms könne ein großer Effekt erzielt werden. [mbu]

- ▶ EU: www.ec.europa.eu/environment/nature
- ▶ BUND: www.bund.net/?716
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/nabu-natura-2000

Artenvielfalt

Europa halbiert Vogelwelt

■ Rund 600 Millionen Vögel gab es 1980 in Europa, 30 Jahre später hat sich ihre Zahl halbiert. Das berichtete die britische Tageszeitung The Guardian im Juni. Das Blatt berief sich auf neue Zahlen des European Bird Census Council (EBCC). Schuld an dem dramatischen Rückgang ist laut den

WissenschaftlerInnen die EU-Agrarpolitik, die Intensivlandwirtschaft und Monokulturen fördere. Die Lebensräume der Tiere seien dadurch vernichtet worden. [UWD, mb]

- ▶ Guardian: www.gu.com/p/37q3e
- ▶ www.ebcc.info

Weltweite Rote Liste

1.300 Vogelarten gefährdet

■ Jede siebte der über 10.000 Vogelarten weltweit ist bedroht oder bereits ausgestorben. Vor allem in tropischen Wäldern sind schon mehr Arten verschwunden als bislang vermutet. Aber auch in Nordeuropa sei die Entwicklung besorgniserregend, warnten die Naturschutzorganisation BirdLife International und ihr deutscher Zweig NABU bei der Veröffentlichung der neuen Roten Liste der Weltnaturschutzunion IUCN im Juni.

Demnach ist allein im Amazonasgebiet das Risiko für fast 100 Vogelarten erheblich gestiegen, schon bald auszusterben. Auch in den Wäldern Madagaskars oder Südostasiens sind besonders viele Vogelarten bedroht. Als Grund nannte NABU-Präsident Olaf Tschimpke die Waldrodung für Sojaanbau oder Rinderzucht. Das raube den Vögeln ihren Lebensraum.

In Deutschland geht es laut NABU vor allem den Wiesenvogelarten schlecht. Wo Grünland zu intensiv genutztem Acker werde, schrumpfe der Lebensraum für Kiebitz, Bekassine und Großen Brachvogel. Deshalb fordert der NABU mehr naturgerechte Landwirtschaft und gezielte Artenschutzmaßnahmen. Der Seeadler gibt solchen Maßnahmen recht: Sein Bestand hat sich in Deutschland so gut erholt, dass er nicht mehr auf der Roten Liste steht. [mbu]

- ▶ Rote Liste: www.kurzlink.de/redlist2012-birdlife

Zugvögel

Rastplatz wird Schutzgebiet

■ Das Ministerium für Tourismus und nachhaltige Entwicklung in Montenegro hat die Saline Ulcinj fast komplett unter Naturschutz gestellt. Das 1.500 Hektar große Feuchtgebiet nutzen zahlreiche Zugvögel auf ihrem bis zu 5.000 Kilometer langen Flug von Eurasien nach Afrika, um zu rasten.

Anfang des Jahres gab es Pläne, die Saline Ulcinj als Bauland für ein Tourismusresort zu verkaufen. Nach internationalen Protesten, die vom montenegrinischen Zentrum für Vogelschutz und -forschung

LUST AUF NATUR & Wildnis?

**PROBEABO
jetzt anfordern!**
Zwei Ausgaben für nur
9 Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

**LESEPROBEN
für alle, die gleich
mehr über Wildnis,
Nationalparks und
Großschutzgebiete
lesen möchten:**
www.oekom.de/nationalpark

oekom
verlag



Nationalpark
Wo Mensch und Wildnis sich begegnen
Nr. 149 (3/2012) • 6,90 EUR • 82234F

NEU
im oekom
verlag

HERAUSGEBER: Verein der Nationalpark-Freunde e.V.

CZIP organisiert wurden, beschloss die Regierung in Podgorica im Frühjahr, die Saline nicht als Tourismusgebiet auszuweisen (umwelt aktuell 06.2012, S. 21). CZIP ist Projektpartner von EuroNatur. Die Naturschutzstiftung hatte im Januar eine Petition an den montenegrinischen Premierminister Igor Lukšić geschickt – offenbar mit Erfolg. [mbu]

► www.euronatur.org/Saline-Ulcinj.1161.0.html

Flächenverbrauch

Der „30-Hektar-Tag“ ist dieses Jahr schon vorbei

■ 87 Hektar Landschaft werden laut dem Statistischen Bundesamt täglich für den Bau von Häusern, Gewerbegebieten oder Straßen verbraucht. Das entspricht etwa 100 Fußballfeldern und ist dreimal mehr, als die Bundesregierung sich als Ziel gesetzt hat: Sie will bis 2020 den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag reduzieren. „Das wäre ein Meilenstein. Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen ist aber jeder Hektar neu verbaute Landschaft ein Hektar zu viel“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke anlässlich des 30-Hektar-Tages Anfang Juni. Der „30-Hektar-Tag“ markiert den Tag im Kalender, an dem das Jahresbudget 2020 für neu verbaute Flächen aufgebraucht ist.

Besonders in der Kritik steht die für den Straßenverkehr verbaute Fläche. Mit bundesweit fast 18.000 Quadratkilometern ist diese etwa so groß wie Sachsen oder Thüringen. Nach Angaben der Allianz pro Schiene sind die ostdeutschen Flächenländer Spitzenreiter bei der Neuversiegelung mit Asphalt, allen voran Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Dort werde „für immer weniger Menschen immer mehr Asphalt verbaut“, so die Allianz pro Schiene. Das Bündnis verlangte, stattdessen den flächensparenden öffentlichen Verkehr stärker zu fördern. [mbu]

► NABU: www.kurzlink.de/30-hektar-tag.pdf
 ► www.allianz-pro-schiene.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierschutzgesetz

Novelle bringt leichte Verbesserungen

■ Die Bundesregierung hat Ende Mai einer Änderung des Tierschutzgesetzes zugestimmt. Die Überarbeitung war notwendig, weil die EU-Tierversuchsrichtlinie bis Ende des Jahres in einzelstaatliches Recht umgesetzt werden muss.

Das neue Gesetz verbietet unter anderem fast vollständig die Nutzung von Menschenaffen als Versuchstiere. Dem Deutschen Tierschutzbund geht diese Neuregelung nicht weit genug. Aus seiner Sicht hätte es bei der Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie noch genügend Spielraum für ein schärferes Gesetz gegeben. Der Tierschutzbund kritisiert vor allem, dass eine Vorrangzielbestimmung zur Förderung alternativer, tierversuchsfreier Verfahren fehlt, obwohl dies auf Basis der EU-Richtlinie möglich gewesen sei.

Das Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden und der Ferkelkastration ohne Betäubung lobte der Tierschutzbund. Allerdings kritisierte er die lange Übergangsfrist bei der Kastration bis 2017. Insgesamt sei die zuständige Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner weit hinter den tierschützerischen Notwendigkeiten zurückgeblieben, hieß es bei dem Verband. Die Grünen bemängelten, dass das seit 2002 im Grundgesetz festgeschriebene Staatsziel Tierschutz nicht genügend umgesetzt sei. Sie fordern in ihrem Entwurf zur Neuregelung des Tierschutzgesetzes, Tiere als empfindsame und leidensfähige Lebewesen zu achten.

Der Kabinettsentwurf geht nun an Bundestag und Bundesrat. Im Herbst soll das Gesetz in Kraft treten. [mbu]

- Entwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes: www.kurzlink.de/bmelv-tierschutzg-12
- Deutscher Tierschutzbund: www.kurzlink.de/tierschutzbund-tiery
- Grüne: www.dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/097/1709783.pdf

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Ratspräsidentschaft

Zypern nimmt sich Finanzen und Meerespolitik vor

■ Die zypriotische EU-Ratspräsidentschaft hat zum Amtsantritt Anfang Juni ihre Umweltschwerpunkte für den Vorsitz des EU-Ministerrats in der zweiten Jahreshälfte vorgestellt. Sie will sich vor allem mit den Finanzplänen und der Meerespolitik der EU auseinandersetzen.

Zyperns Präsidentschaft beginnt mit einem informellen Treffen der europäischen Umwelt- und Klimaminister am 7. und 8. Juli in Nikosia, um die kommende „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ zu diskutieren. Außerdem plant Zypern eine Konferenz zur Wasserstrategie der EU am 26. und 27. November.

Der Umweltministerrat tagt am 25. Oktober und 19. Dezember. Auf der Agenda stehen unter anderem die Überwachung und Auswertung von Treibhausgasemissionen bei der Landnutzungsänderung sowie Änderungen zur Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Die unter der dänischen Ratspräsidentschaft behandelten Fragen zu Inhaltsstoffen in Batterien und einem Nachfolger für den LIFE-Umweltfonds sollen weiter behandelt werden, falls die Beratungen nicht bis Ende Juni (nach Redaktionsschluss) zum Abschluss gebracht wurden.

Die Naturschutzorganisation BirdLife Europe hat Forderungen an die zypriotische Ratspräsidentschaft gestellt. Zypern soll demnach das Budget des EU-Umweltfinanzierungsinstruments LIFE erhöhen. Wenigstens eine Milliarde Euro soll davon für Natur- und Biodiversitätsprojekte bereitgestellt werden. Bei der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU fordert BirdLife, eine Erholung des Fischbestands bis 2015 zuzulassen, die über den sogenannten Höchstmöglichen Dauerertrag hinausgeht.

Die Nachhaltigkeitskriterien für Biotreibstoffe sollen nach dem Willen von BirdLife die Treibhausgasemissionen aus

der indirekten Landnutzungsänderung mit einrechnen. Die Ratspräsidentschaft soll sich für strenge Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse einsetzen. Dabei müsse vor allem mit dem „Mythos der Klimaneutralität“ aufgeräumt werden, forderte BirdLife.

Da dies die erste EU-Ratspräsidentschaft Zyperns ist, hat der Inselstaat Dänemark und Griechenland um Unterstützung gebeten. [cs]

- ▶ Umweltziele der zypriotischen Präsidentschaft:
www.kurzlink.de/envi-goals-cypr-2012
- ▶ BirdLife-Forderungen:
www.kurzlink.de/birdlife-cyprus-2012

Steuerentwicklung in der EU

Politik meidet Ökosteuern

■ Das Statistische Amt der Europäischen Union Eurostat hat Angaben über die Entwicklung der Steuern in den einzelnen Mitgliedstaaten veröffentlicht. Danach sind vor allem die Mehrwertsteuersätze in diesem Jahr stark angestiegen.

Die 2006 erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Schritte zur Verlagerung von Steuern auf Arbeit hin zu Steuern auf Ressourcen- und Energiekonsum und Verschmutzung zu unternehmen.

Eine von der Organisation Green Budget Europe im Mai veröffentlichte Studie zur ökologischen Steuerreform in Europa zeigt die Vorteile von CO₂- und Energiesteuern gegenüber direkten sowie indirekten Steuern. Im vergangenen Jahr betrug in Deutschland der Anteil der Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit 62,5 Prozent des gesamten Steuer- und Abgabenaufkommens. Laut dem diesjährigen Taxation Trends Report von Eurostat lag der Anteil der Umweltsteuern in Deutschland 2010 bei 2,2 Prozent. Ein Jahr zuvor waren es noch 2,3 Prozent gewesen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: STAT/12/77)
- ▶ Studie zur CO₂- und Energiesteuerreform:
www.kurzlink.de/study-co2-energy-tax
- ▶ Taxation Trends Report 2012:
www.kurzlink.de/taxtrends-report2012

Ökologische Finanzreform

Grünen-Abgeordnete für Ressourcensteuer

■ Drei Bundestagsabgeordnete der Grünen haben ein Arbeitspapier für eine ökologische Finanzreform und neue Ökosteuern vorgelegt. Das Konzept weitet die bisherige Steuer auf alle endlichen Ressourcen aus. Ziel sei es, so Mitautorin Lisa Paus, dass Preise die „ökologische Wahrheit sagen“.

Das Konzept sieht unter anderem vor, auch Diesel mit der Ökosteuern zu besteuern und dadurch eine BahnCard 100 für Kinder zu finanzieren.

Heizstoffe sollen laut dem Papier mit einer Effizienzumlage belegt werden, um die Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung aufzustocken. Dies belastet die Bürger nur geringfügig, bringe den Förderprogrammen aber ungefähr 1,7 Milliarden Euro jährlich ein.

Außerdem sollen Pestizide und Dünger besteuert werden. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigten, so Paus, dass sich der Einsatz von Dünger dadurch erheblich verringern lasse. Mit den Mehreinnahmen sollen Bauern beim Umstieg von industrieller auf ökologische Landwirtschaft unterstützt werden.

Inwieweit die Vorschläge Eingang ins kommende Wahlprogramm der Grünen finden, ist noch nicht klar. Parteiintern gibt es Widerstand gegen höhere Ökosteuern. Hintergrund ist der „Fünf-Mark-Benzinpreis-Beschluss“ von 1998, nach dem die Grünen in der Wählergunst abgestürzt waren. [cs]

- ▶ Lisa Paus MdB, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22772050, E-Mail: lisa.paus@bundestag.de, www.lisa-paus.de/oekologische_finanzreform (29.05.2012)

Budgetüberwachung

Empfehlungen für EU-Länder

■ Die EU-Kommission hat Ende Mai länderspezifische Empfehlungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und der Wirtschaftspolitik sowie Empfehlungen

für das Euro-Währungsgebiet vorgelegt. Diese sollen den Mitgliedstaaten helfen, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verbessern und Fortschritte bei Wachstum, Arbeitsplätzen und öffentlichen Finanzen zu erreichen. Mit den empfohlenen zielgerichteten Maßnahmen soll sich jedes Land in den nächsten zwölf bis 18 Monaten auf strategisch wichtige Hebel konzentrieren.

Für Deutschland werden im Kapitel Energie und Umwelt lediglich Konsequenzen der Energiewende behandelt, nicht aber der Abbau umweltschädlicher Subventionen oder die Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit zu Energie und Ressourcen sowie Umweltbelastungen, wie im Fahrplan Ressourcenschonendes Europa vorgesehen.

Die Empfehlungen sind Bestandteil des neuen Politikinstrumentes „Europäisches Semester“ zur gemeinsamen Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik von Mitgliedstaaten und Kommission. [bv]

- ▶ Länderspezifische Empfehlungen:
www.kurzlink.de/europ-sem-empf-2012

7. Umweltaktionsprogramm

Leitlinien verabschiedet

■ Die EU-Umweltminister haben sich im Juni auf ihre Prioritäten für das 7. EU-Umweltaktionsprogramm (UAP) verständigt. In ihren Schlussfolgerungen gaben sie der EU-Kommission den Auftrag, aufbauend auf dem Ressourceneffizienzfahrplan eine Langfristvision zu entwickeln und diese mit Zielen und Maßnahmen für 2020 zu unterfüttern. Das Jahr wurde für die Zwischenziele gewählt, um das UAP mit der Europa-2020-Strategie zu synchronisieren. Umweltverbände hatten gefordert, dass das Programm für zentrale Umweltbereiche schon Ziele für 2030 vorbereiten solle.

Ein Schwerpunkt des 7. UAP soll die bessere Umsetzung von EU-Umweltpolitik sein. Dazu wollen die Mitgliedstaaten vor allem den Austausch von Informationen und die Monitoringregelungen verbessern. Weitere Kernthemen sollen nach dem Willen der UmweltministerInnen Biodiversi-

„Gerade durch den intensiven Einsatz des Internets kann man sehr viele Ressourcen einsparen“

Die Piraten haben sich Transparenz und Partizipation auf die Fahne geschrieben. Das soll auch für die Umwelt- und Verkehrspolitik gelten. Bei der Energiewende sollen „generative“ Quellen den Vorzug vor regenerativen Energien und Energiesparen erhalten. Eine breite Debatte braucht jedoch auch Zeit, sagt der Umweltpolitiker der Piratenpartei Bernd Schreiner.

umwelt aktuell: Herr Schreiner, die Piratenpartei hat bisher kein detailliertes Umweltprogramm. Sind Umweltfragen für Piraten nicht so wichtig?

Bernd Schreiner: Doch, im Gegenteil. Wir wissen genau, dass die Umweltthemen sehr wichtig sind. Schon im EU-Wahlprogramm 2009 waren grundsätzliche Positionen dazu ausgeführt, zum Beispiel auch der Ausstieg aus der Atomkraft und eine dezentrale, alternative Energieerzeugung.

Die Piraten werben für einen neuen Politikstil. Wie soll das für die Umweltpolitik aussehen?

Unsere Arbeitsweise unterscheidet sich durch Offenheit und Transparenz von den anderen Parteien, auch versuchen wir die Themen breiter zu erfassen. Wir versuchen querzudenken und so zu Lösungsansätzen zu kommen. Beispielsweise dafür, wie mit dem knappen Vorkommen an Phosphat umgegangen werden kann, von dem weltweit die landwirtschaftliche Produktion abhängt. Unser Ansatz spannt sich dabei von globalen Faktoren wie dem Verbrauch fossiler Energieträger – denn ein recht bedeutender Teil des Weltenergieverbrauchs geht in die Düngemittelherstellung – über lokale Blickwinkel wie die Kostenbelastung der Haushalte durch Abwassergebühren gerade im ländlichen Raum bis zur Umsetzung von EU-Richtlinien.

Umweltschützer warnen, dass wir auch mit einer „Green Economy“ nicht aus der Ressourcenfalle kommen. Sehen Sie da einen Ausweg?

Die bisherigen Ansätze machen oft grundsätzliche Fehler. Es werden Dinge anhand oberflächlicher Kriterien gleichgesetzt und dann als „gut“ verkauft. Beim Begriff „regenerative Energie“ wird das gut sichtbar. Hier kann man Biomasse aus dem Wald oder vom Acker nicht mit Sonne und Wind gleichsetzen, wie es bisher gemacht wird. Wir Piraten verwenden dafür zwei unterschiedliche Begriffe: „regenerativ“ für „Nachwachsendes“ und „generativ“ für die in menschlichen Maßstäben endlos vorhandenen Ressourcen wie Sonne und Wind. Auch darf man ausgediente Geräte nicht als Abfall betrachten. Chinas Handelsbeschränkungen für Metalle der Seltenen Erden zeigen ganz klar, dass wir unsere Altgeräte als Rohstoff für neue Produkte einsetzen müssen. Damit

das wirtschaftlich möglich ist, sehen wir die Notwendigkeit, Energie billig verfügbar zu machen, denn es ist doch sehr gut, wenn wir Energie nutzen. Nur muss sie so bereitgestellt werden, dass wir dies nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen tun. Dazu sind generative Energien ideal geeignet.

Die „Internetpartei“ hat sicher auch Vorschläge für eine Ökologisierung der IT-Branche?

Die IT-Branche ist da schon sehr weit. Die Geräte werden seit Jahren optimiert. Setzt man die Leistungsfähigkeit der heutigen Geräte mit der Energieaufnahme und den enthaltenen Ressourcen in Beziehung, erkennt man ein Verhältnis, das in anderen Branchen, beispielsweise der Automobilbranche, kaum vorstellbar ist. Große IT-Unternehmen setzen auch schon auf generative Energien. Betreiber von Rechenzentren optimieren ihre Gebäude und die Technik, um mit immer weniger Energie immer mehr Daten zu verarbeiten. Das Internet ist unser Medium, das uns fantastische Möglichkeiten bietet, Zeit und Raum zu überwinden, um gemeinsam Politik zu machen. Gerade durch den intensiven Einsatz des Internets kann man sehr viele Ressourcen einsparen. Wir machen es vor: Unsere virtuellen Zusammenkünfte vermeiden echte Reisen mit all den Umweltbelastungen.

Einige Piraten haben interessante Vorschläge zum Recht auf Mobilität unabhängig vom Einkommen gemacht. Warum stehen die noch nicht im Bundesprogramm?

Auf Länderebene haben wir bereits Dinge wie den fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr oder flexible individuelle ÖPNV-Lösungen im Programm. Den Einzug dieser Punkte ins Bundesprogramm verhindert bisher nur der Zeitmangel auf den Bundesparteitagen, denn wir haben nur ein Wochenende im Jahr für programmatische Beschlüsse.

Können sich auch Interessierte von außerhalb an den Umweltdebatten der Piraten beteiligen?

Ja, jeder kann auf der Mailingliste mitschreiben und an den 14-tägigen Onlinesitzungen der Arbeitsgemeinschaft Umwelt teilnehmen. Wir sind da sehr offen. Das macht zwar manche Debatte langwieriger,

doch hilft es auch, vielfältige Anregungen zu berücksichtigen und Spezialisten zu beteiligen.

Wenn sich alle beteiligen sollen, sind aber die Benachteiligten, die nicht stundenlang am PC sitzen können.

Ja, das stimmt zum Teil, denn es wird bei uns wirklich sehr viel am Rechner gemacht, doch gerade dadurch kann ja auch jeder an den Sitzungen teilnehmen, ohne lange Anreise. Außerdem stellen wir auch Lösungen zur Verfügung, um ohne Computer, zum Beispiel per Telefon, an den Treffen teilzunehmen. Und natürlich kommen wir auch im echten Leben zusammen – vor Ort sind das die regelmäßigen Piratenstammtische, bei denen sich Piraten und Bürger treffen.

Wie kamen Sie selbst zum Umweltschutz?

Das begann schon in der Grundschulzeit Mitte der 1970er-Jahre. Große Themen waren damals die Geflügelhaltung und die Krötenwanderungen. Seitdem zieht sich der Umweltschutz durch mein Leben und ich suche nach Lösungen, die zeitgemäß und zukunftsweisend sind. Ich zeige, wie es besser und oft auch günstiger geht, auch bei mir zu Hause. Ich versorge Haus und Hof mit solarer Wärme, im Winter ergänzt mit selbst geerntetem Holz. Die ökologische Abwasserreinigung erspart den Kanalanschluss.

[Interview: Matthias Bauer]

Der selbstständige Architekt Bernd Schreiner aus Westhausen (Thüringen) gründete 2009 die Arbeitsgemeinschaft Umwelt der Piratenpartei.

Der Hobbyimker ist Gründungsmitglied der Piraten Thüringen und war dort drei Jahre im Landesvorstand, zuletzt als Landesvorsitzender.

Kontakt:
Tel. +49 (0)36875 /
61547, E-Mail:
bernd.schreiner@
piraten-thueringen.de,
http://umwelt.
piratenpartei.de



tät, Klimapolitik, Wasser, städtische Umwelt und Gesundheit werden. Der Umweltministerrat forderte auch Maßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung. Allerdings beruft sich der Rat dabei nicht auf die Klimaroadmap 2050 der Kommission, da Schlussfolgerungen zu dieser seit mehr als einem Jahr von Polen blockiert werden. Um den Abbau von umweltschädlichen Subventionen und die Ökologisierung der Steuersysteme voranzutreiben, soll die Kommission den Best-Practice-Austausch vorantreiben.

Der Vorschlag der Kommission für das 7. UAP wird für Ende des Jahres erwartet. Das 6. UAP endet im Juli. Das EU-Parlament und der Wirtschafts- und Sozialausschuss hatten im April ihre Erwartungen an den Entwurf verabschiedet. [am]

- ▶ Schlussfolgerungen des Umweltministerrates: www.kurzlink.de/7uap-umwelttrat2012-6
- ▶ Positionspapier der Umweltverbände: www.eu-koordination.de/PDF/7uap.pdf

OECD-Umweltprüfbericht

Lob deutscher Energiepolitik

■ Gute Noten für ihre Klimapolitik und für die Energiewende hat die Bundesregierung von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erhalten. Verbesserungen seien allerdings bei der Wasser- und Luftqualität, im Naturschutz und beim Verkehr notwendig, heißt es im neuen OECD-Umweltprüfbericht für Deutschland.

Der im Mai in Paris vorgestellte Bericht hebt positiv hervor, dass die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren die Energie- und Ressourceneffizienz erhöht habe. Deutschland sei damit eines der wenigen Industrieländer, die das Wirtschaftswachstum von den Treibhausgasemissionen entkoppelt hätten. In der Energieproduktion sei jedoch der CO₂-Ausstoß nach wie vor zu hoch. Auch die Steuerbegünstigung für Dieselmotoren sei klimapolitisch kontraproduktiv. Die OECD empfiehlt in ihrem Report unter anderem, eine CO₂-Steuer einzuführen, die Pendlerpauschale zu

kürzen und die Dienstwagenbesteuerung zu reformieren.

Der ökologisch orientierte Verkehrsclub VCD begrüßte die meisten der OECD-Vorschläge und forderte die Bundesregierung auf, die steuerpolitische Besserstellung des Straßen- und Flugverkehrs zu beenden. Deutschland war bereits 1994 und 2001 durch die OECD einer Prüfung unterzogen worden. [mb]

- ▶ OECD-Umweltprüfbericht: www.kurzlink.de/oecd-deutschland2012
- ▶ VCD: www.kurzlink.de/vcd-oecd-2012

Umweltgutachten 2012

Ökologische Grenzen beachten

■ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat Anfang Juni das diesjährige Umweltgutachten „Verantwortung in einer begrenzten Welt“ an Bundesumweltminister Peter Altmaier übergeben. Im Zentrum des Gutachtens steht das Konzept der ökologischen Grenzen, deren Einhaltung die zentrale Aufgabe einer nachhaltig ausgerichteten Ökonomie sei. Das Überschreiten dieser Grenzen könne nicht nur ökologische, sondern auch schwerwiegende wirtschaftliche, politische und soziale Folgen haben.

Das Gutachten beleuchtet die Potenziale einer Green Economy durch die Entkopplung von Wohlfahrt und Ressourcenverbrauch, die Bedeutung von Ökosystemleistungen am Beispiel von Wäldern, Mooren und Meeren sowie die konkrete Gestaltung integrativer Umweltkonzepte. Der SRU dringt angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums auf neue Rohstoffsteuern und auf Pfandsysteme für alte Handys und Computer.

Auch das 7. Umweltaktionsprogramm der EU (siehe Beitrag S. 21) müsse sich am Konzept der ökologischen Grenzen orientieren und über den Effizienzansatz des Ressourceneffizienzfahrplans von 2011 hinausgehen, einen übergeordneten Ansatz haben und erkennbare Schwerpunkte setzen, so die Sachverständigen. Entscheidend sei die Entwicklung langfristiger, an ökolo-

gischen Grenzen ausgerichteter Ziele. Der SRU ist ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung. [bv, am]

- ▶ www.kurzlink.de/umweltgutachten2012
- ▶ www.umwelttrat.de

Neuer Bundesumweltminister

Altmaier setzt auf Energie

■ Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier hat nach seinem Amtsantritt angekündigt, noch vor der Sommerpause ein umweltpolitisches Programm vorlegen zu wollen. Dieses werde etwa zehn Ziele beinhalten, die er während seiner Amtsperiode bis Ende 2013 erreichen wolle, so Altmaier.

Zentrales Thema soll die Energiewende sein. Diese sei allerdings nur mit „vereinten Kräften“ zu erreichen. Der Minister baut daher auf einen nationalen Konsens in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium. Dazu möchte er einen Eckpunkteplan für die Energiewende gemeinsam mit verschiedenen Akteuren erstellen. Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz müsse überdacht werden, sagte der Minister bei einem Treffen mit Wirtschaftsminister Philipp Rösler.

Mehrere Umweltverbände, darunter BUND, DNR, Germanwatch, Klima-Allianz und NABU, verlangten hingegen ehrgeizigere Ziele. [cs]

- ▶ BUND, Klimaexpertin Ann-Kathrin Schneider, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-468, www.bund.net/klima (Klimapolitik)
- ▶ www.die-klima-allianz.de/packensejettmalrichtigan

Schleswig-Holstein und NRW

Koalitionen besiegelt

■ Die neu gewählten Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (NRW) haben im Juni ihre Koalitionsvereinbarungen getroffen. Beide Koalitionen haben sich zum Ziel gesetzt, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um

40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu senken.

In Schleswig-Holstein möchte die Koalition aus SPD, Grünen und der Partei der dänischen Minderheit SSW dies in einem Klimaschutzgesetz festschreiben. Außerdem soll das Land bis 2020 drei Mal so viel Energie aus Erneuerbaren erzeugen, wie es selbst benötigt, und dadurch zum „grünen“ Energieexporteur werden. Für die dafür erforderlichen Stromtrassen setzt die Regierung vor allem auf Erdkabel. Auch lehnt sie Fracking und CCS ab. CCS soll sogar per Gesetz verboten werden. Weiterhin hat die Regierung vor, die zwei in Schleswig-Holstein befindlichen Atomkraftwerke sofort zurückzubauen. Da das Land zurzeit bundesweites Schlusslicht im Ökolandbau ist, sollen die Umstellungshilfen ausgebaut werden.

Auch für die Koalition in Nordrhein-Westfalen ist die Energiewende ein wichtiges Thema. Dafür möchte sich das Land vor allem auf Bundesebene einsetzen. Dennoch soll NRW ein „guter Standort“ für energieintensive Unternehmen bleiben. Dafür wird das Thema Energie nun im Wirtschaftsministerium angesiedelt sein. Nordrhein-Westfalen ist für mehr als ein Drittel des deutschen CO₂-Ausstoßes verantwortlich und will darum auch mithelfen, CO₂ einzusparen. Das Klimaschutzgesetz in NRW soll allerdings nur ein CO₂-Ziel von minus 25 Prozent für 2020 enthalten.

Der Bodenverlust soll verringert werden. Deshalb setzt sich NRW für eine EU-Bodenschutzrichtlinie ein und möchte den Flächenverbrauch bis 2020 auf fünf Hektar pro Tag begrenzen. Auch sollen Ressourcen effizient genutzt werden. Um dies zum Beispiel bei Kies zu gewährleisten, möchte Rot-Grün in dem Bundesland eine Kiesabgabe einführen.

Sowohl die neue Landesregierung in Kiel als auch die in Düsseldorf wollen außerdem das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände im Landesrecht verankern. [cs]

- Koalitionsverträge:
www.kurzlink.de/koalitionsver2012sh
www.kurzlink.de/koalitionsver2012nrw

Planfeststellungsverfahren

Öffentlichkeitsbeteiligung

■ Die Öffentlichkeit soll nach einem im Mai veröffentlichten Gesetzentwurf der Bundesregierung „Zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren“ vor allem bei der Planung von Großvorhaben stärker beteiligt werden. Besonders bei überregionalen Projekten seien Beteiligungsprozesse wichtig, so die Regierung. Ziele seien eine frühe Einbeziehung der Öffentlichkeit und mehr Transparenz sowie die Steigerung der Akzeptanz von Genehmigungs- und Planfeststellungsentscheidungen. [bv]

- <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/096/1709666>

Europäische Bürgerinitiative

EU-BürgerInnen haben bei Atomkraft nichts zu sagen

■ Die EU-Kommission hat eine Europäische Bürgerinitiative zum europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft abgewiesen. Die von mehreren Umweltverbänden, darunter dem BUND, gestartete Initiative forderte die Abschaltung von 62 Hochrisikoreaktoren und Ausstiegspläne für die restlichen 71 AKWs in der EU.

Die Kommission begründete ihre Entscheidung mit dem Euratom-Vertrag, der eine Europäische Bürgerinitiative gegen Atomkraft verbiete. Der BUND kritisierte dies und kündigte an, juristisch gegen das Urteil vorzugehen. Die Entscheidung sei ein „Affront gegen die europäische Umweltbewegung“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Die Ablehnung schade auch der Weiterentwicklung der Demokratie in der EU.

Währenddessen kündigten die Atomenergiekonzerne Eon, RWE und Vattenfall an, Verfassungsklage gegen den Atomausstieg einzulegen. Die Beschwerde von Eon sei bereits an die Bundesregierung und weitere Institutionen weitergeleitet

worden. Die Unternehmen erklärten zur Begründung, dass sie den Wertverlust sowie bereits getätigte Investitionen refinanzieren müssten. Sie erhoffen sich eine Entschädigung von insgesamt rund 15 Milliarden Euro. Eon bezifferte den „Schaden durch die Energiewende“ auf acht Milliarden Euro.

Die von den deutschen Umwelt- und Verbraucherverbänden getragene Kampagne „Atomausstieg selber machen“ forderte alle Kunden von Eon, RWE und Vattenfall auf, zu einem konzernunabhängigen Stromanbieter zu wechseln. [cs]

- BUND, Atomexperte Thorben Becker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-421, E-Mail: thorben.becker@bund.net, www.bund.net/atom
- www.my-voice.eu
- www.atomausstieg-selber-machen.de

Umweltrechtsbehelfsgesetz

Erweiterte Verbandsklage

■ Bis Ende Juni konnten Umweltverbände zum Gesetzentwurf zur Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes Stellung nehmen. Das 2006 verabschiedete Umweltrechtsbehelfsgesetz soll die Verbandsklage in Umweltangelegenheiten regeln und zusammen mit dem Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz die EU-Richtlinie 2003/35/EG zur Umsetzung der sogenannten Aarhus-Konvention umsetzen. Die internationale Konvention regelt den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungen und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

Allerdings hatte der Europäische Gerichtshof im Mai 2011 im „Trianel-Verfahren“ geurteilt, dass das Klagerecht von Umweltverbänden im Umweltrechtsbehelfsgesetz nicht weitreichend genug geht. Die Gesetzesänderung soll nun der Erweiterung der Klagerechte der anerkannten Umweltverbände bei der sogenannten Verbandsklage dienen. [bv]

- Gesetz: www.kurzlink.de/umweltrechtbehelf
- Trianel-Verfahren: www.kurzlink.de/trianel
- RL-2003/35/EG: www.kurzlink.de/rl-2003/35

Nachhaltigkeit

A-Z



F wie Flächenverbrauch

Etwa achtzig Hektar Land werden allein in Deutschland jeden Tag zugebaut – eine neue Straße hier, ein Einkaufszentrum da, und wo soll noch gleich die Windkraftanlage hin? Dieter Apel präsentiert Lösungen, um den Flächenverbrauch einzudämmen, und bietet einen fachübergreifenden Überblick zur Abwägung zwischen konkurrierenden Land- und Flächennutzungen.

D. Apel
Landschaft und Landnutzung
 Vom richtigen Umgang mit begrenzten Flächen

178 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-303-9

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**
 Die guten Seiten der Zukunft

VERKEHR & TOURISMUS

Straßennutzungsgebühr

Pkw-Maut als Flatrate

■ Nachdem die EU-Kommission Mitte Mai Leitlinien für die Einführung einer Pkw-Maut veröffentlicht hatte, präsentierte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) Pläne für die Erhebung von Gebühren für Autofahrer. Er schlägt eine Vignette zum Aufkleben wie in Österreich vor. Die Kosten für die Nutzer könnten bei etwa 80 Euro im Jahr liegen. Eine entfernungsabhängige, satellitengestützte Maut lehnt Ramsauer ab, weil die Einrichtung zu teuer und langwierig sei. Die Einnahmen aus der Maut sollen nach den Vorstellungen des Ministers in den Straßenbau fließen.

Sowohl der Koalitionspartner FDP als auch die Opposition kritisierten die Pläne. Die Grünen bevorzugen eine Gebührenerhebung nach der die tatsächlich gefahrenen Strecke. Ein solches Modell entspräche auch eher den EU-Leitlinien. Diese sollen verhindern, dass Autofahrer aus anderen EU-Ländern höhere Straßennutzungsgebühren zahlen müssen. [mbu]

► EU-Leitlinien: www.ec.europa.eu/transport/road/doc/com-2012-199.pdf

Nationaler Radverkehrsplan

Weniger Geld fürs Radfahren

■ Der im Juni vorgestellte Entwurf des Bundesverkehrsministeriums für den Nationalen Radverkehrsplan 2020 soll die Fahrradpolitik der nächsten Jahre vorgeben. Hauptziel ist ein steigender Anteil von Radfahrern am Verkehrsaufkommen. Dieser soll von heute zehn auf 15 Prozent im Jahr 2020 steigen. Dafür will das Bundesverkehrsministerium bis zu drei Millionen Euro jährlich für Kampagnen und andere Maßnahmen zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig wird das Ministerium die Finanzmittel für Bundesradwege und Radwege an Bundesstraßen aber auf 63 Mil-

lionen Euro in diesem Jahr und jeweils 50 Millionen bis 2015 kürzen. Gegenüber 2010 ist das fast eine Halbierung. Die Hauptverantwortung für Radwege liegt aus Sicht des Ministeriums bei Ländern und Kommunen, da die Mehrzahl der Radwege nicht unter Aufsicht des Bundes steht.

Der ökologische Verkehrsclub VCD kritisierte die Kürzungen. Anreize für mehr Radnutzung müssten auch bezahlt werden. Neben Radwegen sollten etwa mehr Abstellplätze geschaffen werden.

Der Nationale Radverkehrsplan 2020 soll noch vor der Sommerpause vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Er ist die Weiterentwicklung des Nationalen Radverkehrsplans 2002 bis 2012. In dieser Zeit stieg die Fahrradnutzung von neun auf zehn Prozent. [cs]

► www.kurzlink.de/nrvp_entwurf (PDF, 1,3 MB)

► VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2803510, www.vcd.de

Flughafen München

Stimmbürger stoppen Startbahn

■ Im Juni haben die Münchnerinnen und Münchner die dritte Startbahn des Flughafens im Erdinger Moos mit einem Bürgerentscheid abgewählt. 54 Prozent sagten Nein zum Ausbau des Airports, die Befürworter erreichten 46 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 33 Prozent, damit wurde das nötige Quorum deutlich überschritten. Die Startbahngegner brachten damit überraschend ein großes Verkehrsprojekt zu Fall. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) sagte, er werde das Votum der Münchner „ohne Wenn und Aber“ akzeptieren und in der Gesellschafterversammlung gegen den Bau der Startbahn stimmen. Die Entscheidung ist allerdings nur für ein Jahr rechtlich bindend. Die bayerische Landesregierung aus CSU und FDP sieht nach wie vor Chancen für den Bau. [mbu]

► Bündnis München gegen die 3. Startbahn:
www.keinestartbahn.de

WASSER & MEERE

Meere

Grundwasserentnahme lässt Meeresspiegel steigen

■ Eine Studie der Universität Utrecht hat einen Zusammenhang zwischen der Entnahme von Grundwasser und dem weltweiten Anstieg des Meeresspiegels hergestellt. So sei nur ein Teil des beobachteten Anstiegs der letzten Jahre durch den Klimawandel erklärbar. Ein Großteil des genutzten Grundwassers versickere anschließend nicht wieder im Boden, sondern fließe über Kanäle und Flüsse im Meer. Nach Berechnungen der niederländischen Forscher steigt der Meeresspiegel dadurch jährlich um etwa acht Millimeter – das ist in etwa so viel, wie die Prognosen auch für den Klimawandel vorhersagen, allerdings ohne die Eismassen Grönlands und der Antarktis einzurechnen. [am]

► Studie (kostenpflichtig):
www.kurzlink.de/gr-water-sea-lev0512

EU-Fischereipolitik I

Mehr Schutz für Roten Thun

■ Ende Mai verabschiedete das Europäische Parlament in erster Lesung strengere Regeln zum Schutz des Blauflossen-Thunfisches – auch Roter Thun genannt. Damit setzte das Parlament einen Beschluss der Internationalen Kommission zum Schutz des atlantischen Thunfisches (ICCAT) in EU-Recht um. Der Blauflossen-Thunfisch ist weltweit extrem überfischt und steht auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Arten der Weltnaturschutzorganisation (IUCN). In Europa kommt der Fisch im Mittelmeer und im Ostatlantik vor. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge sind aber auch hier nur noch rund sechs Prozent des ursprünglichen Bestandes vorhanden. Die neuen Regeln sollen daher vor allem gegen illegale Fänge vorgehen

und eine nachhaltigere Entwicklung der Bestände erreichen.

Die EU-Abgeordneten einigten sich unter anderem auf strengere Kontrollen und eine Verringerung der Fangflotten. Außerdem wollen sie die Fangsaison für die Ringwadenfischerei auf einen Monat pro Jahr begrenzen. Sie forderten auch mehr wissenschaftliche Informationen über die Laichgründe. Der Ministerrat muss den neuen Regeln noch zustimmen. [dh]

► www.kurzlink.de/ep-bluefin-240512

EU-Fischereipolitik II

Nachhaltig ... vielleicht später

■ Die EU-Fischereiminister haben Mitte Juni eine politische Einigung zu den Eckpunkten der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) erreicht. Dabei schwächten sie den Entwurf der Europäischen Kommission an wichtigen Stellen ab. So soll das ursprüngliche Ziel, bis 2015 die Bestände mit dem sogenannten Höchstmöglichen Dauerertrag zu befischen, nur noch „wo möglich“ und bis 2020 erreicht werden.

Maßnahmen, um Rückwürfe von ungewolltem Beifang zu verringern, sollen nur „graduell“ eingeführt werden. Dazu sagte Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament: „Der Rückwurf toter Meerestiere muss gestoppt werden, und dazu ist ein klares und unmissverständliches Verbot nötig. Dieses muss von Maßnahmen begleitet werden, um bessere, selektive Fischereitechniken zu fördern.“

Das europäische Verbändebündnis Ocean2012 kritisierte die Entscheidungen des Fischereiministerrates scharf. Es liege nun beim EU-Parlament, sich für eine GFP-Reform einzusetzen, die eine gesunde Meeresumwelt und eine lebensfähige Fischereiwirtschaft fördere. Als Berichterstatterin ist die deutsche Sozialdemokratin Ulrike Rodust federführend für die Debatte im Parlament. [am]

► Rat: www.kurzlink.de/fish-counc-cfp-1206
 ► www.ocean2012.eu/press_releases/84

EU-Wasserpolitik

Blaupause mit Fehlstellen

■ Der Umweltausschuss im EU-Parlament hat Anfang Juni seine Prioritäten für die sogenannte Blaupause Wasser der EU-Kommission festgelegt. Das Politikpapier wird für den Herbst erwartet. In einem Initiativbericht fordern die Abgeordneten unter anderem, Wasserzähler künftig in allen Sektoren und Mitgliedstaaten verbindlich einzusetzen.

Ein Schwerpunkt in der Blaupause Wasser soll die bessere Umsetzung bestehender Gesetzesakte, vor allem der Wasserrahmenrichtlinie, sein. Es müssten jedoch auch wichtige Gesetzeslücken gefüllt werden, heißt es in dem Bericht, so etwa beim Wassersparen sowie für die bessere Integration von Wasserbelangen in die europäische Agrar- und Strukturpolitik. Außerdem müssten die Mitgliedstaaten das Verursacherprinzip konsequent anwenden und eine transparente Bepreisung von Wasserdienstleistungen unter Berücksichtigung sozialer Fragen vornehmen. Über den Bericht wird im Juli im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt. [am]

► Berichtsentwurf und Änderungen:
www.kurzlink.de/ep-env-blueprint-512
www.kurzlink.de/amend-env-bluepr-512

Umsetzung von EU-Recht

Deutschland verklagt

■ Die EU-Kommission hat Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof aufgrund eines möglichen Verstoßes gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verklagt. Die Bundesregierung hatte bereits mehrere Warnungen aus Brüssel erhalten, da sie die Kostendeckung bei Wasserdienstleistungen nur auf die Trinkwasserversorgung und die Entsorgung und Behandlung von Abwasser anwendet. Die EU-Kommission fordert jedoch, die WRRL auch auf die Wasserentnahme in Industrie und Landwirtschaft zu beziehen. [cs]

► www.kurzlink.de/kom-pm-wrml-310512

Wasserqualität**Sauberer Badespaß in der EU**

■ 92 Prozent der Badegewässer in der Europäischen Union erfüllen die in der Badegewässerrichtlinie festgelegten Mindeststandards für Wasserqualität. Das teilten die Europäischen Umweltagentur (EEA) und die EU-Kommission Ende Mai in Brüssel mit. Für den Jahresbericht von EEA und Kommission zur Qualität der europäischen Badegewässer wurde die Wasserqualität von mehr als 22.000 Badegebieten an Stränden, Flüssen und Seen unter die Lupe genommen. Wasserproben wurden unter anderem auf Fäkalbakterien, Mineralölrückstände, Reinigungsmittel und giftige Säuren untersucht.

77 Prozent aller Badegebiete der EU weisen laut Bericht sogar eine exzellente Wasserqualität auf. Nur rund zwei Prozent der europäischen Badegewässer konnten die Mindestanforderungen nicht erfüllen. Die beste Wasserqualität haben wie schon im Vorjahr die Badegebiete in Zypern. Bis auf 15 Badegebiete in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen schnitten auch die 2.300 in Deutschland untersuchten Badegewässer sehr gut ab. [dh]

► EEA-Bericht: www.eea.europa.eu/de/publications/qualitat-der-europaischen-badegewasser-2011

Elbvertiefung**Naturschutzverbände wollen klagen**

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU) wollen vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Elbvertiefung einreichen. Gemeinsam mit der Stiftung WWF haben die beiden Verbände deshalb das Aktionsbündnis Tideelbe gegründet.

Die geplante Vertiefung der Elbe für Schiffe mit einem Tiefgang von bis zu 14,5 Metern verstößt nach Ansicht der Naturschützer gegen die Wasserrahmenrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU. „Das europäische Recht gibt ganz klar ein Verschlechterungsverbot für die ökologische Situation der Gewässer vor“, betonte Sebastian Schönauer, Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wasser. Die Verbände befürchten, dass das Fluss-ökosystem durch die Vertiefung kippt, und verweisen auf die Unterems, deren Gewässergüte infolge des starken Ausbaus von 1984 bis 2000 um drei Güteklassen heruntergestuft wurde. [am]

► Naturschutzverbände: www.kurzlink.de/nabu-bund-wwf-elbe06

EU-Agrarreform**Agrarminister haben Angst vor der Wasserrahmenrichtlinie**

■ Im Juni haben sich die EU-Landwirtschaftsminister dafür ausgesprochen, die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) aus den Umweltstandards herauszunehmen, die künftig im Rahmen der sogenannten Cross Compliance für die Vergabe der EU-Agrarsubventionen gelten sollen.

Das Umweltnetzwerk Grüne Liga kritisierte, damit würde aus öffentlichen Geldern eine Agrarwirtschaft gefördert, die den Zielen der WRRL entgegenstehe. Die Naturschützer verlangen, die Wasseranforderungen in die Cross-Compliance-Regeln der ersten Säule der Agrarpolitik aufzunehmen, also zur Voraussetzung für Direktzahlungen an die Landwirte zu machen. Außerdem müssten zehn Prozent der Agrarflächen in ökologische Vorrangflächen umgewandelt werden, die auch Feucht- und Ufergebiete einschließen müssten. Auch Verpflichtungen zu Fruchtfolge und Wiesenschutz bewahren nach Ansicht der Grünen Liga Gewässer vor Überdüngung und Verschmutzung. [am]

► Grüne Liga/DNR, Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 403935-30, www.wrrl-info.de
► Broschüre: www.kurzlink.de/gl-cap-water-0612



Europa braucht
Umwelt
braucht Europa

Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings in Berlin: EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Nutzen Sie unser Serviceangebot:

- Newsletter zur EU-Umweltpolitik
- Terminvorschau
- Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?
- Adressen von NGOs und ExpertInnen
- Themenhefte
- Factsheets

Mehr Informationen:
Tel. +49 (0)30 / 678177570
E-Mail: eu-info@dnr.de
oder im Internet:
www.eu-koordination.de



WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourcennutzung

Die Zukunft wird sehr grün oder sehr düster

■ Auseinandersetzungen um fossile Energieträger, Wasser, Nahrung, mineralische Rohstoffe und Land werden in den kommenden Jahren zunehmen. Durch den Klimawandel kann dies auch zu Ressourcenkriegen und Verwerfungen auf den globalen Märkten führen. Das sind die Ergebnisse des Berichts „The Global Resource Nexus“, den die Transatlantic Academy im Juni in Berlin vorgestellt hat. Um solchen Szenarien entgegenzuwirken, schlägt der Bericht eine Verdopplung der Ressourceneffizienz in den Industrieländern vor. Auch müssten bestehende globale Abkommen endlich ratifiziert und Brasilien, China und Indien stärker eingebunden werden.

Laut dem europäischen Entwicklungsbericht 2011/2012 „Confronting Scarcity“ können Rohstoffknappheiten durch „kollektive Verhaltensweisen“ von Wirtschaft und staatlichen Institutionen vermieden werden. Ziel sei es, so der Ende Mai veröffentlichte Bericht, trotz zunehmender Konflikte ein breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Der Staat müsse dabei vor allem die unterschiedlichen Akteure koordinieren, während die Privatwirtschaft die Chancen, die die Ressourcenverknappung mit sich bringe, nutzen solle. Allerdings sei das, was die Wirtschaft erreichen könne, begrenzt.

Die EU braucht heute so viele Rohstoffe, dass 20 bis 30 Prozent davon von außerhalb ihrer Grenzen herangeschafft werden müssen, zeigt ein ebenfalls im Juni vorgelegter Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA). Dabei würden oft die Ökosysteme und die Gesundheit der Bevölkerung in den Abbauländern geschädigt. Zwar sei die Ressourceneffizienz in den EU-Staaten gestiegen, doch wegen des Reboundeffekts würden trotzdem mehr Rohstoffe importiert. Das sei selbst bei „grünem Wachstum“ zu erwarten, so die

EEA. Dagegen helfe neben mehr Effizienz und Kreislaufwirtschaft nur ein Wandel der Konsummuster.

Starke Zweifel am Konzept der Green Economy haben auch die AutorInnen des Weltatlases zur Ressourcennutzung, den das Sustainable Europe Research Institute (SERI) im Juni in Wien vorstellte. Der Atlas zeigt erstmals für alle Länder die Verbrauchsentwicklung abiotischer und biotischer Rohstoffe sowie der Ressourceneffizienz in den letzten 30 Jahren. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass vor allem in den reichen Industrienationen eine Dematerialisierung der Ökonomien, ein radikales Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und ein fundamentaler Wertewandel nötig seien. **[cs, mb]**

- ▶ www.kurzlink.de/resource-nexus (PDF, 12 MB)
- ▶ www.kurzlink.de/confronting-scarcity
- ▶ www.kurzlink.de/eea-bericht
- ▶ www.seri.at/de/green-economies

Stromspeicherung

Neuer Milliardenmarkt, neue Rohstoffprobleme?

■ Batterien zur Stromspeicherung waren eines der wichtigsten Themen bei der Erneuerbare-Energien-Messe Intersolar im Juni in München. Wie die Financial Times Deutschland (FTD) berichtete, planen Unternehmen für die kommenden Jahre Milliardeninvestitionen in Speichertechnik. Die Batterien sollen Eigenheimbesitzer in die Lage versetzen, den Eigenverbrauchsanteil ihrer Fotovoltaikanlage von einem auf zwei Drittel zu steigern. Das soll den teuren und langwierigen Stromnetzausbau teilweise überflüssig machen. Nach Angaben von Batterieherstellern übersteigt die Nachfrage schon heute das Angebot.

Auch der Umweltverband BUND und der Solarenergie-Förderverein (SFV) fordern den Ausbau von dezentralen Speichersystemen, unter anderem mit Lithium-Ionen-Batterien. Die meisten Anbieter setzen ebenfalls auf Lithium-Ionen-Systeme. Diese Batterien, die auch für Elektroautos

und -fahrräder verwendet werden, benötigen neben Lithium auch Kobalt. Ein Hersteller sagte der FTD, dass aus Kostengründen vor allem Großspeicher zum Einsatz kommen sollen. Entsprechende lokale Netze können die privaten Solarstromanlagen einer ganzen Stadt bedienen.

Während Studien des Umweltbundesamtes und des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) trotz einer stark wachsenden weltweiten Nachfrage nach Lithium nicht mit absoluten Knappheiten rechnen, sehen Nichtregierungsorganisationen bereits neue Probleme. Die Organisation PowerShift warnte vor einem „im Rohstoffdiskurs typischen“ Optimismus. Umweltschützer sollten sich für faire Verträge mit Exportländern statt für billiges Lithium einsetzen. Laut einer PowerShift-Recherche gibt es auch Studien, nach denen „eine nachhaltige Produktion von hochreinem Lithium für Batterien nur für eine sehr begrenzte Zahl von Elektroautos ausreichen wird“. Andere Experten erwarteten keinen Engpass beim Lithium, dafür aber beim Kobalt. **[mb]**

- ▶ FTD: www.ftd.de/70048756.html
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-speicher.pdf
- ▶ SFV: www.sfv.de/stichwor/Speicher.htm
- ▶ Studien: www.kurzlink.de/lithium-studien
- ▶ ZSW-Studie: www.kurzlink.de/zsw-lithium.pdf

Nachhaltige Konsummuster

EU plant grünen Binnenmarkt

■ Die EU-Kommission arbeitet an einer Strategie für einen neuen „grünen Binnenmarkt“, der den Aktionsplan für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SCP) teilweise ersetzen soll. Dabei geht es auch um umweltfreundliche öffentliche Beschaffung und um Messmethoden für den ökologischen Fußabdruck von Produkten und Organisationen. Für Experten und Umweltverbände kommt der neue Ansatz aber zu kurzfristig und lässt die notwendige Breite vermissen. **[mb]**

- ▶ www.eu-koordination.de/umweltnews/news/produktspolitik/1541

Ressourceneffizienz**EU-Parlament für Fahrplan**

■ Das Europaparlament unterstützt mit breiter Mehrheit den Ressourceneffizienzfahrplan der EU-Kommission. Ende Mai nahmen die Abgeordneten eine entsprechende EntschlieÙung an, die teilweise noch über den Fahrplan hinausgeht. Bestätigt wurden so auch einige Änderungswünsche des Umweltausschusses an dem ursprünglichen Text des Abgeordneten Gerben-Jan Gerbrandy (umwelt aktuell 06.2012, S. 28). Dazu gehört eine Ausweitung der Ökodesignrichtlinie auf weitere Produkte. Bei der Forderung, den Ressourcenverbrauch zu senken, wurde allerdings das Wort „absolut“ gestrichen.

Wie die Ziele des Fahrplans erreicht werden können, soll die im Juni eingesetzte Europäische Plattform für Ressourceneffizienz (EREP) zeigen. Ihre 34 Mitglieder repräsentieren EU-Kommission, Ministerrat und Parlament sowie Unternehmen, internationale Organisationen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) und Friends of the Earth sind vertreten. Zur individuellen Teilnahme gibt es eine Onlineplattform für Konsultationen und Diskussionen. [mb]

- ▶ www.kurzlink.de/ep-gerbrandy
- ▶ www.kurzlink.de/erep

EU-Rohstoffpolitik**Grönland liefert Metalle und vielleicht auch Uran**

■ Die EU-Kommissare für Industrie und für Entwicklung, Antonio Tajani und Andris Piebalgs, haben Mitte Juni in Grönland ein Abkommen unterzeichnet, das der Europäischen Union den Zugang zu den dortigen Rohstoffvorkommen erleichtern soll. In Grönland lägen große Vorkommen an Seltenen Erden und anderen Metallen, die Europas Wirtschaft dringend für Hightechprodukte und die Energiewende benötige, so die Kommissare. Die EU will zusammen mit Grönland in die Rohstofferschließung und -gewinnung investieren.

Presseberichten zufolge entsteht jedoch beim Abbau der Erze uranverseuchter Abraum. Die Tageszeitung Taz zitierte eine schwedische Sicherheitsexpertin, der zufolge Grönland damit zum Uranexporteur werden könnte. Für den zu Dänemark, aber nicht zur EU gehörenden teilautonomen Inselstaat gelte aber seit 1988 ein Verbot der Exploration nach radioaktiven Elementen, das nun aufgeweicht werde. Während Naturschutzverbände und KommunalpolitikerInnen vor Problemen für Umwelt und Tourismus warnen, machen grönländische Wirtschaftsvertreter laut Taz Druck gegen Kritiker. Für die kom-

menden Monate wird eine Entscheidung des Parlaments in Nuuk erwartet. [mb]

- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-groenland
- ▶ Taz: www.taz.de/!95038
- ▶ Deutsche Studie zum Rohstoffpotenzial Grönlands: www.kurzlink.de/dera-groenland

Recyclingpapier**Papier kaufen wird Chefsache**

■ Die Initiative Pro Recyclingpapier hat gemeinsam mit dem NABU und der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome die Kampagne „CEOs pro Recyclingpapier“ gestartet. Damit soll Deutschland bis 2020 zur ressourceneffektivsten Volkswirtschaft werden, so die Initiative. In einem gemeinsamen Appell riefen die Kooperationspartner die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer der deutschen Wirtschaft auf, persönlich Verantwortung für den Ressourcenschutz zu übernehmen und Ziele für die Nutzung von Recyclingpapier in ihren Unternehmen festzulegen. Sowohl die Unterstützer der Kampagne als auch deren individuellen Ziele sollen im Internet veröffentlicht werden. [cs]

- ▶ Pro Recyclingpapier, Sönke Nissen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 3151818-90, www.papiernetz.de



Weg mit dem Wohlstandsschrott!

Noch kann die Welt nicht von der Droge »Wachstum« lassen. Aber die Diskussion über das Ende der Maßlosigkeit nimmt an Fahrt auf. Der Nachhaltigkeitsforscher Niko Paech liefert dazu die passende Streitschrift, die ein »grünes« Wachstum als Mythos entlarvt. In seinem Gegenentwurf, der Postwachstumsökonomie, fordert er industrielle Wertschöpfungsprozesse einzuschränken und lokale Selbstversorgungsmuster zu stärken. Ein Plädoyer für eine entschleunigte und entrümpelte Welt.

N. Paech

Befreiung vom Überfluss

Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie

160 Seiten, Hardcover, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-181-3

Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Die erfolgreiche Kampagne gegen neue Kohlekraftwerke

Ausgerechnet im „Klimajahr“ 2007 investierten Energiekonzerne reihenweise in den Neubau von Kohlekraftwerken. Mehr als 30 solcher Projekte drohten Deutschland für Jahrzehnte auf einen klimaschädlichen Pfad festzulegen. Deshalb richtete die Klima-Allianz 2008 ein Anti-Kohle-Büro ein, das schon mehr als ein Dutzend Kohlekraftwerke verhindert hat. Dabei kam es immer auf die Verzahnung verschiedener Protestformen an.

■ Als die Klima-Allianz Deutschland 2007 als breites gesellschaftliches Bündnis von Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche und weiteren Initiativen gegründet wurde, hatte das Thema Klimaschutz Hochkonjunktur. Die Bundesregierung kündigte eine ganze Reihe klimapolitischer Maßnahmen an, Bundeskanzlerin Angela Merkel profilierte sich international mit dem deutschen 40-Prozent-Reduktionsziel für CO₂-Emissionen. Doch gleichzeitig blockierte die deutsche Regierung auf europäischer Ebene Fortschritte beim Klimaschutz und packte wichtige Probleme auf nationaler Ebene nicht an. So konnte sich Deutschland ausgerechnet im „Klimajahr“ 2007 zu einem neuen Mekka klimaschädlicher Großinvestitionen entwickeln. Nicht nur deutsche Energiekonzerne, auch Unternehmen aus der Schweiz, Österreich, Dänemark, Frankreich und Belgien investierten plötzlich hierzulande reihenweise in den Neubau von Kohlekraftwerken. Sogar Hunderte von Stadtwerken schlossen sich in Konsortien zusammen, um in das Geschäft mit der Kohleverstromung einzusteigen.

Weichenstellung für 40 Jahre

Ende 2007 gab es in Deutschland mehr als 30 Neubauplanungen für Kohlekraftwerke, von denen einige binnen kurzer Zeit bereits die Genehmigungsverfahren durchlaufen hatten und sich im Bau befanden. Diese Projekte drohten Deutschland für weitere Jahrzehnte auf einen emissionsintensiven und klimaschädlichen Energiepfad festzulegen und die bereits damals anvisierte Energiewende zu gefährden. Allein die geplanten Kohlekraftwerke würden im Jahr 2050 mehr klimaschädliche Emissionen ausstoßen als Deutschland insgesamt noch emittieren darf, wenn die international zugesicherten CO₂-Minderungsziele von

80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 eingehalten werden sollen. Mit anderen Worten: Es musste dringend verhindert werden, dass sich Deutschland mit dem Bau zahlreicher neuer Kohlekraftwerke auf einen Pfad sehr hoher Emissionen festlegt, von dem es über 40 oder 50 Jahre nur zu unvertretbar hohen Kosten abweichen könnte – so lange laufen Kohlekraftwerke im Schnitt.

Um einen solchen Lock-in-Effekt zu verhindern, hat die Klima-Allianz den Neubau von Kohlekraftwerken zu einem ihrer Schwerpunktthemen gemacht. Mit Unterstützung der European Climate Foundation (ECF) richtete das breite Bündnis im Sommer 2008 ein Anti-Kohle-Büro ein, dessen Aufgabe einzigartig ist. Als eine Art „mobile Eingreiftruppe“ koordiniert das Anti-Kohle-Büro Kampagnen gegen neue Kohlekraftwerke an den jeweiligen Standorten und stimmt sich dabei eng mit den dort aktiven Umweltverbänden und Bürgerinitiativen ab. Das Büro ist vor allem an den Standorten aktiv, an denen der größte Handlungsbedarf besteht und wo es politischen Spielraum gibt, das jeweilige Kraftwerksprojekt zu stoppen.

Für die Schwerpunktstandorte ermittelt das Kampagnenteam mögliche politische Hebel zur Verhinderung der Kohlekraftwerke und entwickelt – nach Möglichkeit gemeinsam mit den Bündnispartnern – Strategien, die zeigen, mit welchen Aktivitäten die größtmögliche Wirksamkeit erzielt werden kann. Das setzt eine sehr gründliche und stets aktuelle Analyse der rechtlichen und politischen Konstellation vor Ort voraus. Dabei ergeben sich völlig unterschiedliche politische Ansatzpunkte, je nachdem, in welchem Planungsstand sich das Projekt befindet, wie der lokale Protest verankert ist, welche Investoren beteiligt sind – etwa Stadtwerke oder ausländische Staatsunternehmen – und welche politischen Mehrheitsverhältnisse oder lo-

kalen Besonderheiten es gibt. In Sachsen-Anhalt bedroht zum Beispiel ein neuer Tauberg das Geburtshaus und die Grabstätte von Friedrich Nietzsche.

Je nach Bedarf entfaltet die Klima-Allianz dann gemeinsam mit den Partnern vor Ort unterschiedliche Aktivitäten: Protestaktionen, Brief- und Onlineaktionen, Studien und Kurzgutachten, Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen, Lobbygespräche und Pressearbeit. Sofern es erforderlich ist, unterstützt und berät die Klima-Allianz auch die Bürgerinitiativen und weitere Aktive vor Ort, etwa bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und bei der strategischen Planung.

Eine besondere Stärke des Anti-Kohle-Teams ist es, schnell und flexibel auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Darüber hinaus verfügt die Klima-Allianz dank der ECF über flexibel einsetzbare Finanzmittel und kann aufgrund ihrer breiten Netzwerke schnell weitere Akteure einbinden.

Viele neue Kraftwerke verhindert

Wie die Erfahrungen vor Ort zeigen, ist es für den Erfolg des Anti-Kohle-Protests entscheidend, verschiedene Hebel und Instrumente gleichzeitig nutzen zu können. Dabei kommt es auf die Verzahnung des juristischen und politischen Protests an. Bei den Planungsverfahren geht es beispielsweise darum, sowohl tragfähige juristische Argumente vorzubringen als auch durch das Sammeln von Unterschriften für Einwendungen die massenhafte Ablehnung der Projekte deutlich zu machen. Deshalb arbeitet das Kampagnenteam der Klima-Allianz eng mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zusammen, die lokale Initiativen dabei unterstützt, alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel auszuschöpfen.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Finanzierung der Kohlekraftwerke und der Koh-

lefordering. Oft ermöglichen private, öffentliche und staatliche Banken durch ihre Kreditvergabe überhaupt erst den Neubau von Kohlekraftwerken und die Kohlefordering – zum Teil unter menschenverachtenden Bedingungen. Tatsächlich stellt die Finanzierung von Kohlekraftwerken und Bergbauprojekten für die beteiligten Banken ein hohes Reputationsrisiko dar. Die Anti-Kohle-Kampagne arbeitet hier mit der Organisation Urgewald zusammen, die die Arbeit gegen die Finanzierung von Kohleprojekten auch auf europäischer Ebene koordiniert.

Seit 2008 hat die Anti-Kohle-Kampagne viel erreicht. Gemeinsam mit den Partnern aus den Reihen der Bürgerinitiativen und Umweltverbände konnten schon mehr als ein Dutzend neuer Kohlekraftwerke verhindert werden. Insgesamt hat der Protest gegen neue Kohlekraftwerke bewirkt, dass dem Klima jährlich fast 90 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen erspart bleiben. Doch noch immer sind 20 neue Kohlekraftwerke geplant. Das bleibt eine der größten klimapolitischen Herausforderungen für die deutsche Energiepolitik. Allein die momentan in Deutschland geplanten und im Bau befindlichen Kohlekraftwerke würden in den nächsten 40 bis 50 Jahren mehr als 143 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen – jedes Jahr. Das entspricht den gesamten CO₂-Emissionen von Schweden, Finnland und Irland zusammen!

Will Deutschland im Klimaschutz glaubwürdig bleiben, muss es die Kohleerstromung zugunsten des Energiesparens und des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien Schritt für Schritt zurückfahren. Deutschland kann zeigen, dass eine emissionsarme und klimaverträgliche Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien auch in einem hochindustrialisierten Land gelingen kann. Investitionen, die uns auf Jahrzehnte an ein technisch und ökologisch überholtes fossiles Energiesystem ketten, müssen verhindert werden.

[Daniela Setton]

- klima-allianz deutschland, Daniela Setton, Leiterin der Anti-Kohle-Kampagne, c/o DNR, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-71, E-Mail: setton@klima-allianz.de, www.klima-allianz.de

DNR INTERN

Transformationskongress

Weitreichende Vorschläge – aber der Weg ist noch weit

■ Auf dem „Transformationskongress“ am 8. und 9. Juni in Berlin haben Natur- und Umweltschützer, Vertreter der Gewerkschaften und der evangelischen Kirchen, Wissenschaftler und Politiker über neue Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle diskutiert. Das Motto des Kongresses zwölf Tage vor der UN-Konferenz „Rio+20“ lautete: „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“. Zum ersten Mal schlossen sich die drei wichtigen gesellschaftlichen Kräfte DNR, DGB und EKD mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten und Traditionen zusammen, um Lösungsansätze, Strategien und Debatten für das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen, gerechten Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben und dafür die politischen Rahmenbedingungen zu verändern.

Den inhaltlichen Kern des Transformationskongresses bildeten acht parallel laufende thematische Workshops. Dabei diskutierten und erarbeiteten die Teilnehmer Thesen über regulierte Märkte, einen neuen Gesellschaftsvertrag, nachhaltige Mobilität, die Energiewende sowie über eine neue Innovations- und Technologiepolitik, Ernährungssicherheit, Biodiversität und die Zukunft der Arbeit. Die Ergebnisse aus den acht Arbeitsgruppen wurden am Abend auf dem Kongress vorgestellt, um zu verdeutlichen, „was zu tun ist“.

Die Dominanz der Finanzmärkte habe zu gewaltigen ökonomischen Risiken geführt, hieß es aus den Arbeitsgruppen. Die Finanzwirtschaft müsse wieder eine „dienende Rolle“ für die Realwirtschaft übernehmen. Eine nachhaltige Entwicklung könne es nur geben, wenn das Primat der Politik über die Märkte wiederhergestellt werde. Für die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft bedürfe es einer Demokratisierung wirtschaftlicher

Prozesse. Notwendig sei ein nachhaltiges Wettbewerbsrecht.

Die Chancen der Energiewende sollten für ein neues, weltweites Vorbild einer nachhaltigen Wirtschaft mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen genutzt werden. Nachdem die Grenzen des bisherigen Wachstumsmodells auf der Basis fossiler Ressourcen erreicht oder bereits überschritten worden seien, gehe das nicht ohne eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen. Nachhaltige Mobilität werde ohne effektive Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung kaum gelingen.

Zunehmend werde erkannt, wie sehr die biologische Vielfalt als Grundlage für die Ernährung von Mensch und Tier weltweit gefährdet sei und wie weit wir von einem Recht auf Nahrung entfernt seien, wenn ein Siebtel der Weltbevölkerung unterernährt sei. Die Forderung nach einer Kurskorrektur finde immer mehr Unterstützung. Dazu gehöre eine Gemeinwohlorientierung des Lebensmittelsektors und der Wasserversorgung.

Nach den Ergebnissen der Arbeitsgruppen bleibt nur das Fazit: weitermachen und diese Erkenntnisse schrittweise umsetzen. Es stellen sich viele drängende Aufgaben für Gewerkschaften, Natur- und Umweltschützer und Kirchen. [Helmut Röscheisen]

- DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 67817750, E-Mail: info@dnr.de
- Kongressdokumentation: www.transformationskongress.de/?27

Publikation

„Ideen pflanzen“

■ Das DNR-Projekt „Ökologische Gerechtigkeit“ hat eine neue Broschüre über nachhaltige Projekte zum Mit- und Nachmachen veröffentlicht. Unter dem Titel „Ideen pflanzen“ stellt das 54-seitige Heft 20 Projekte aus Deutschland vor, die ökologische Nachhaltigkeitsaspekte mit sozialen und häufig auch ökonomischen Aspekten verknüpfen. Dabei geht es um Konzepte wie Ökologische Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit oder

Barrierefreiheit. Die Projekte tragen nicht nur zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bei, sie fördern auch die Vernetzung von Interessenvertretern und von neuen Zielgruppen. Alle Projekte haben eine spürbare Wirkung und regen zum Handeln an. Die einleitenden Beiträge von ExpertInnen aus der Umweltbewegung wie Helga Inden-Heinrich, Beate Seitz-Weinzierl und Michael Müller ordnen die Broschüre in den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Kontext ein. [ij]

- DNR (Hrsg.): Ideen pflanzen. Nachhaltige Projekte zum Mit- und Nachmachen. Berlin 2012, 54 S., 2,- € Spendenempfehlung. Bezug: DNR, Tel. +49 (0)30 / 6781775-0, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de. Download (5 MB): www.nachhaltigkeits-check.de/Broschuere_Nachhaltigkeitsprojekte.pdf

EU-Seminar

Viel Lärm um vieles

■ Einen Tagesworkshop für UmweltjournalistInnen und KommunikationsexpertInnen in den Umweltverbänden hat die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings im Juni veranstaltet. ReferentInnen aus Brüssel, Helsinki, Kopenhagen und Berlin stellten ihre Arbeit vor. „Viel Lärm um nichts? Die EU-Umweltpolitik auf dem Prüfstand“ – so der Titel der Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Aktion Europa im Europäischen Haus in Berlin. Die rund 30 TeilnehmerInnen konnten durch den persönlichen Kontakt viele Details und Hintergrundinformationen in Erfahrung bringen. Dabei ging es um EU-Agrarpolitik, Gewässerschutz, Chemikalienpolitik, um den neuen Finanzrahmen ab 2014, die Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten und um Möglichkeiten zum Einmischen für Umweltverbände. Darüber hinaus gab der langjährige Brüssel-Korrespondent Christopher Plass Einblicke in den journalistischen Alltag. [jg]

- Beiträge der ReferentInnen und Kurzbericht: www.eu-koordination.de/ueber-uns/veranstaltungen/1429

AUS DEN VERBÄNDEN

Good Food March

Radtour für faire Agrarpolitik

■ Mit vielen europäischen Partnern organisiert die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ im Sommer den Good Food March 2012 quer durch Europa nach Brüssel. Dabei wollen Tausende für faire Preise, umweltfreundliche und bäuerliche Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und gutes Essen auf die Straße gehen. Die deutsche Südroute beginnt am 25. August in München mit einer „Teller-statt-Tonne“-Aktion. Mit Rädern und Traktoren geht es über Augsburg, Ulm und die schwäbische Alb Richtung Schwarzwald. Am 5. September treffen die TeilnehmerInnen in Straßburg auf die anderen europäischen Routen. Wichtige Stationen sind Luxemburg am 11. September und die große Abschlussveranstaltung am 19. September vor dem EU-Parlament in Brüssel. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, mitzufahren und die Tour mitzugestalten. [Iris Kiefer]

- www.goodfoodmarch.eu
- DNR, Meine Landwirtschaft, Iris Kiefer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482437, E-Mail: info@meine-landwirtschaft.de, www.meine-landwirtschaft.de

EHRENAMT

Zehn Jahre Engagement-Enquete

Bürokratie behindert Bürgergesellschaft

■ Vor zehn Jahren hat die Bundestags-Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ihren Abschlussbericht übergeben. Seitdem ist einiges erreicht worden. So wurde im Jahr 2007 das Gemeinnützigkeitsrecht reformiert, wobei auch Vorschläge der Enquetekommission aufgenommen wurden. Dennoch

bemängeln der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der Deutsche Kulturrat, dass der von der Enquetekommission vorgeschlagene Abbau bürokratischer Hemmnisse von der Bundesregierung torpediert werde – trotz nachdrücklicher Unterstützung durch den beim Bundeskanzleramt angesiedelten Normenkontrollrat. Durch eine stärkere Festbetrags- und Anteilsfinanzierung und die Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements als Eigenanteil könne die Arbeit wesentlich vereinfacht werden, betonten die beiden Dachverbände im Juni.

Doch das Gegenteil sei der Fall: „Die Bundesregierung versucht durch den Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 unbemessenen Organisationen die Gemeinnützigkeit und damit häufig deren Existenzrecht zu entziehen“, kritisierte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Künftig solle dafür die bloße Erwähnung eines Verbandes im Verfassungsschutzbericht genügen. Röscheisen vermisst auch die im Abschlussbericht der Enquetekommission geforderten bundesweiten direktdemokratischen Verfahren wie Volksbegehren und Volksentscheid: „Wie dringend notwendig ein Ausbau der Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten ist, zeigen die skandalösen Vorgänge um Stuttgart 21.“

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Mitglied der damaligen Enquetekommission, übte ebenfalls herbe Kritik: „Das Verständnis des Staates von der Zivilgesellschaft ist auch zehn Jahre nach der Vorlage des Abschlussberichts immer noch durch ein tief sitzendes Misstrauen geprägt.“ Statt wie von der Enquetekommission gefordert ein partnerschaftliches Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft anzustreben, gingen viele öffentliche Stellen weiter davon aus, dass sie der Zivilgesellschaft die Richtung vorgeben dürften, sagte Zimmermann. „Das widerspricht eklatant den Empfehlungen der Enquetekommission.“ [mb]

- DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, www.dnr.de
- Deutscher Kulturrat, Geschäftsführer Olaf Zimmermann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 24728014, www.kulturrat.de

REZENSIONEN

Der grüne „Spirit“ einer Kämpferin

Für die Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai ist Wissenschaft nicht die einzige Antwort auf die ökologische Krise. Naturzerstörung sei Wirkung wie auch Ursache des Verlustes der (Selbst-)Achtung. Diese „spirituelle Krise“ brauche ein neues Bewusstsein und alte Werte.



■ 45 Millionen Bäume hat das Green Belt Movement (GBM) seit 1977 in Afrika gepflanzt. Das von der kenianischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai gegründete Netzwerk hat außerdem

die Bodenerosion bekämpft und sich um das Sammeln von Regenwasser und die Lebensmittelversorgung gekümmert. Umweltseminare und die Mobilisierung von Gemeinschaften brachten unzählige engagierte Menschen zusammen.

Vier Werte sind es, auf die sich die Arbeit von GBM stützt: Liebe zur Umwelt, Dankbarkeit und Achtung gegenüber den Ressourcen der Erde, Selbstermächtigung und Weiterentwicklung sowie der Geist des Dienens und des ehrenamtlichen Engagements. Maathai beschreibt in ihrem Buch, was ihre Motivation war, auch schwierige Situationen zu überstehen. Es ist ein beeindruckend bodenständiges „Vermächtnis“ der 2011 verstorbenen Umweltaktivistin geworden. Wangari Maathai ist trotz ihrer weltweiten Erfolge so bescheiden geblieben, sich als Laie in Sachen Religion zu sehen. In einer Kikuyu-Gemeinschaft geboren und aufgewachsen, verbindet sie deren Gepflogenheiten mit christlichen, jüdischen und islamischen Traditionen zu einer sehr pragmatischen Spiritualität, um „die Wunden der Schöpfung zu heilen“. Undogmatisch verwendet sie Begriffe wie Gott, Natur, Schöpfung oder „Quelle“ – eben „alles, was unerklärlich ist“ –, zitiert die Bibel und afrikanische Fabeln.

Schon früh kam die zur Bildungselite gehörende Biologin in Kontakt mit Landfrauen, deren Probleme mit Wasser-, Nahrungs- und Energiemangel vor allem auf

grund der zerstörten ländlichen Umwelt entstanden waren. „Das Pflanzen von Bäumen erschien mir als konkrete und machbare Antwort darauf“, schreibt sie. Mit dieser schlichten Wahrheit eckte Maathai an: bei denjenigen, die nicht verstehen konnten, dass eine Professorin auf dem Feld steht und Löcher gräbt. Bei allen, denen die damit verbundene Eigenverantwortung politisch gegen den Strich ging. Und auch bei denen, die nicht einsehen wollten, dass sie selbst etwas tun müssen, um aus der Armutsspirale herauszukommen.

Die Sonderbotschafterin des Ökosystems Kongobecken legt den Finger in die „Wunden“, die die Menschen der Schöpfung schlagen, und lässt auch Gier und innere Leere als Triebfedern für das zerstörerische Verhalten nicht aus: Werden wichtige Werte ignoriert, „dann treten an ihre Stelle Laster wie Selbstsucht, Korruption, Habgier und Ausbeutung“. Ohne Werte würden Ressourcen nur als etwas gesehen, dessen Wert in totem Zustand größer sei als im lebendigen Zustand. Bei den Industrieländern liege die Gier primär am zu hohen Konsum, in den ärmeren Regionen an der Not. „Es erfordert gewaltige Disziplin, diese Gier zu beherrschen“ schreibt Maathai. Es brauche ein neues Bewusstsein für Ausgleich und Einklang und auch für selbst gesetzte Grenzen. „Wenn wir die Heilung der Erde unterstützen, dann helfen wir auch uns selbst.“ So ermutigt Wangari Maathai diejenigen, die frustriert sind, weil ihre Kräfte angesichts der Gewalt oder der schier unaufhaltsamen Zerstörung nicht auszureichen scheinen. „Man erreicht nichts, wenn man es nicht versucht.“

[Juliane Grüning]

► Maathai, W.: Die Wunden der Schöpfung heilen. Wie wir zu uns selbst finden, wenn wir die Erde erneuern. Herder, Freiburg 2012, 240 S., 19,99 €, ISBN 978-0-307-59114-2

Weder Markt noch Staat

Commons, Allmende, Open Source: Seit dem Nobelpreis für Elinor Ostrom reden alle über Gemeingüter. Aber was ist das eigentlich? Ein Sammelband gibt Antworten.



■ „Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat“ ist kein Buch, das man von vorne bis hinten liest. Nicht wegen der mehr als 500 Seiten, sondern weil

jede etwas dabei, aber nicht für alle alles in diesem Sammelband gleich gut lesbar ist. Wer einfach nur wissen will, was Commons sind und wie sie sich entwickelt haben – ganz ohne Ideologie oder Romanisierung –, beginne mit Ugo Matteis Beitrag „Eine kurze Phänomenologie der Commons“. Wer sich eher als Markttheoretiker versteht, lese Stefan Meretz' Aufsatz zur „Ubuntu-Philosophie“. Wer dagegen Bergsteigergleichnisse mag, wähle „Mein steiniger Weg zu den Commons“ von Jacques Paysan.

Mehr als 70 Autoren und Autorinnen hat Herausgeberin Silke Helfrich zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem neuen Werk vereint. Sie sind Wissenschaftlerinnen ganz unterschiedlicher Disziplinen, Praktiker und Journalistinnen. Diese Vielfalt macht das Buch zu einer Schatzkarte, die, wer sie zu lesen weiß, zum Schatz führt. So richtet es sich auch an „Leserinnen und Leser, die offen sind, sich inspirieren, aber auch irritieren zu lassen“, wie Barbara Unmüßig vom Vorstand der Böll-Stiftung im Vorwort schreibt. Gleichzeitig hält sie fest: „Einen endgültigen Bauplan liefert dieser Sammelband nicht.“ Silke Helfrich und David Bollier, der für die englische Fassung des Buches verantwortlich ist, schreiben ihrerseits in der Einführung, der Band bleibe „trotz aller Fülle ein bescheidener, selektiver Überblick“.

Während sich das erste Kapitel hauptsächlich der Definition und Entstehung

der Commons widmet, erzählt Kapitel II die Geschichte der Einhegungen – der Privatisierung und Kommerzialisierung gemeinsam genutzter Ressourcen: Taz-Korrespondent Gerhard Dilger berichtet vom Bau des Belo-Monte-Staudamms in Brasilien, der Wasser zu einem kontrollierten Gut macht, Liz Alden Wily bringt das Beispiel vom Landraub in Staaten des globalen Südens.

Kapitel III stellt Projekte vor, die das Commoning vorantreiben, wie das Mietshäuser-Syndikat und die Transition-Towns-Bewegung. In Kapitel IV geht es um die Wissensallmende: Creative Commons und Open Access (auch dieses Buch ist in einer Open-Access-Version online frei verfügbar). Kapitel V schließlich macht Vorschläge für die Commonance – eine Politik der Commons.

Was nehmen wir aus der Lektüre dieser Anthologie mit? Vor allem wollten wir wissen, was Commons sind. Eine konkrete Definition ist schwer zu finden. Nach Helfrich und Bollier sind Commons die Allmende oder die Gemeingüter, die allerdings erst durch gemeinschaftliches Tun, durch Commoning, zu Commons werden. Für die beiden Herausgeber geht es nicht nur um eine Bezeichnung von Dingen, sondern um eine neue Art der Betrachtung und Bewertung unserer Welt: Commons „weisen Wege und Strategien, um unsere Zukunft neu zu denken und selbstbestimmt zu gestalten“, schreiben sie in der Einführung. „Wer im Laufe der Lektüre lernt, die Welt durch die Brille der Commons zu sehen, wird diese Brille fortan bei sich tragen.“

Wer diese Brille trägt, gilt als einer der Commoners, die „eine Kultur der Treuhänderschaft, Mitverantwortung und Teilhabe für die gemeinsamen Ressourcen (...) entwickeln und zugleich das Recht auf die Gestaltung des eigenen Lebensraums und der eigenen Lebensverhältnisse (...) verteidigen“.

Stefan Meretz definiert Commons darüber, was sie vom Markt unterscheidet: „Der Markt ignoriert Unterschiede, Commons berücksichtigen sie. Mehr noch: Der Markt verdrängt Unterschiede, Commons leben von ihnen.“ Commoners wissen: „Verschiedenheit ist kein Mangel, sondern

eine Qualität. Sie bedeutet mehr Kreativität, mehr Vielfalt, mehr Lernmöglichkeiten, mehr Lebensqualität.“

Gemeingüter werden also zu Commons, wenn Menschen eine Sozialbeziehung eingehen, die diese Gemeingüter einbezieht. Den Wert der Commons macht unter anderem ihre Verschiedenheit aus. Beispiele dafür sind das Onlinelexikon Wikipedia, Open-Source-Software wie das offene Betriebssystem Linux und – ganz einfach – die Luft, die wir atmen. [Johanna Treblin]

► Helfrich, S.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Transcript, Bielefeld 2012, 528 S., 24,80 €, ISBN 978-3-8376-2036-8. Download: www.transcript-verlag.de/commons (Open Access)

Versachlichung der Partizipationsdebatte



■ Vor etwa 30 Jahren brachte der Politikwissenschaftler Max Kaase die seit Anfang der 1970er-Jahre wachsende Bedeutung von Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligungsverfahren auf

den Begriff „Partizipatorische Revolution“. Was damals revolutionär erschien, stellt sich rückblickend eher als fortschreitender Prozess dar, der bis heute keinesfalls abgeschlossen ist. Seit Anfang dieses Jahrhunderts haben das Internet und die damit verbundenen Möglichkeiten politischer Einflussnahme der Beteiligungsidee zusätzlich neuen Schub verliehen.

Dialogorientierte Beteiligungsverfahren – ob als Präsenzveranstaltungen oder in der digitalen Variante – sehen sich aber auch zunehmender Kritik ausgesetzt, und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen. So prognostiziert der Politikwissenschaftler Markus Linden, dass „digitale Beteiligungsformen (...) in Zukunft wohl immer häufiger vonseiten der Exekutive und angestammter Eliten eingesetzt werden, um

eigene Interessen besser vermarkten zu können. Der Dialog nimmt dann die Form der Reklame und PR an.“ Andere befürchten die Aushöhlung der repräsentativen Demokratie oder halten auf Dialogen basierende Beteiligung dem Wesen nach für paternalistisch.

Den Kritikern der klassischen und digitalen Bürgerbeteiligung dient gegenwärtig vor allem der von Bundeskanzlerin Angela Merkel veranstaltete Dialog über Deutschlands Zukunft (umwelt aktuell 03.2012, S. 31) als Beispiel für Pseudopartizipation oder symbolische Politik. Eine lange Entwicklung, so der Subtext, die in diesen Dialog mündet, ist ganz offensichtlich in der Sackgasse angekommen.

Gerade zur rechten Zeit haben jetzt Patrizia Nanz und Miriam Fritsche ihr „Handbuch Bürgerbeteiligung“ veröffentlicht, um uns unaufgeregt, aber eindrücklich vor Augen zu führen, wie breit das Spektrum von Beteiligungsverfahren mittlerweile geworden ist; Verfahren, die für unterschiedliche Anwendungsfelder entwickelt und häufig erfolgreich eingesetzt worden sind.

Das Handbuch gibt aber nicht nur einen Methodenüberblick, sondern ordnet die Methoden auch nach den Kriterien Verfahrensdauer, Teilnehmerzahl und -auswahl, Kommunikationsarten und Funktion. Gleich zu Beginn werden zudem ausgewählte Organisationen vorgestellt, die professionelle oder ehrenamtliche Partizipationsberatung anbieten, und schließlich scheuen die Autorinnen auch nicht vor einer vergleichenden Bewertung der unterschiedlichen Ansätze zurück.

Für Nanz und Fritsche, das wird in ihrem Handbuch an vielen Stellen deutlich, führen dialogorientierte Beteiligungsverfahren nicht in die Sackgasse, sondern im besten Fall aus dieser heraus. Die Potenziale sind den Autorinnen zufolge noch nicht ausgeschöpft. Sie schlagen im Schlusskapitel daher die Bildung eines Kompetenzzentrums vor, das „Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung verbindet und zugleich Netzwerkknoten und Transferstelle für Informationen“ ist. „Es ginge darum, zu zeigen, dass die Einführung von Bürgerbeteiligungsverfahren nicht zur Schwächung der repräsentativen De-

Eine andere Welt ist pflanzbar

Die neuen urbanen Gärtner sorgen für Farbe in Deutschlands Städten. Was sie treibt, ist das archaische Vergnügen, zu pflanzen und zu säen und einen Teil ihrer Nahrung selbst zu erzeugen. Dieses Buch ist ein kundiger Führer durch die urbane Gartenszene. Aber es erzählt auch von der tiefen Verwurzelung des Gartens in unserer Kultur, von der bedrohten Sortenvielfalt oder vom Garten als Ökosystem. Viele Praxistipps und Adressen machen es zu einem unentbehrlichen Ratgeber für Stadtgärtner.

M. Rasper

Vom Gärtnern in der Stadt
Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt

208 Seiten, Klappenbroschur, mit vielen farbigen Abbildungen, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-183-7



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



mokratie führt, sondern im Gegenteil den gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern dazu verhelfen kann, eine verantwortungsbewusste Politik jenseits von Parteidisziplin und kurzfristigen Wahlkampfinteressen durchzusetzen.“ [Rolf Lührs]

► Nanz, P.; Fritsche, M.: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012, 144 S., 4,50 €, ISBN 978-3-8389-0200-5

Baumwunder im Land der Burgen und Schlösser



■ Ein Vierteljahrhundert brauchten die Autoren des Natur- und Reiseführers, um die ältesten Bäume des Landes zu beschreiben und zu fotografieren. Über diese

Zeitspanne können die Wolframslinde in Ried im Bayerischen Wald (geschätzt auf bis zu 850 Jahre), die Hohle Eiche im holsteinischen Egenbüttel (600 Jahre) oder die Silkebuche in der Schorfheide (280 Jahre) nur müde lachen.

Echte Baumpersönlichkeiten haben Bernd Ullrich und die Brüder Stefan und Uwe Kühn besucht und mit einem wissenschaftlich ausgeklügelten Verfahren vermessen. Ihre Auswahl ist nach Bundesländern gegliedert. Übersichtskarten helfen bei der Standortsuche, falls man eine Reise zu den alten Riesen plant. Jede der eindrucksvollen Baumgestalten ist mit einem Kurzportrait versehen, in dem unter anderem Alter, Umfang und die Geschichte des Baumes aufgelistet sind. Über 500 Baumveteranen von Ahorn bis Zeder sind vertreten. Auch Exoten wie ein Ginkgo in Eltville am Rhein oder der Mammutbaum im Schwarzwalddorf Hofstett finden sich in der vom Deutschen Baumarchiv der Kühn-Brüder unterstützten Sammlung.

„Deutschland, das ist nicht nur das Land der alten Burgen und Schlösser. Es ist auch das Land der alten Eichen und

Linden. Was für den Kulturfreund der Reichsapfel Karls des Großen, ist für uns der kürzlich entdeckte Apfelbaum bei Meierhof, Oberfranken“, heißt es in der Einleitung. Streifzüge durch die Historie mit Fotografien um 1900 zeigen, dass die beblätterten Giganten auch früher schon echte Anziehungspunkte waren. Und wirklich stellt sich bei einer Altersangabe, die bis ins Jahr 1345 reicht, und einem Umfang von fast zehn Metern wie bei der Kirchlinde in Zurow ehrfürchtiges Staunen ein. Jeder Baum ist eine Reise wert. [Juliane Grüning]

► Ullrich, B.; Kühn, S.; Kühn, U.: Unsere 500 ältesten Bäume. BLV, München 2012, 320 S., 19,95 €, ISBN 978-3-83540957-6

Wegweiser durch den Brüsseler Dschungel

■ Das „Brüsseler 1×1“ des Deutschen Naturschutzrings (DNR) informiert über die EU-Institutionen und -Gesetzgebungsprozesse, gibt Tipps für die Lobbyarbeit auf europäischer Ebene und erleichtert den Kontakt zu EU-Abgeordneten und Brüsseler Umweltorganisationen. Die 60-seitige Broschüre der DNR-EU-Koordination ist nun in der fünften, völlig überarbeiteten Auflage erschienen. Seit der letzten Bearbeitung vor zwei Jahren hat sich bei den EU-Institutionen und den Brüsseler Umweltverbänden einiges geändert. Auch neue Verfahren und Beteiligungsmöglichkeiten sind hinzugekommen.

Neu erschienen ist ein DNR-Steckbrief zum EU-Umweltrecht. Die Mitgliedstaaten setzen dieses oft unvollständig, viel zu spät oder gar nicht in nationales Recht um. Die EU-Kommission hat nun Gegenmaßnahmen vorgeschlagen, die das zweiseitige Papier zusammenfasst. Hinzu kommen die Forderungen der Umweltverbände. [ej, dh]

► DNR (Hrsg.): Brüsseler 1×1 für Umweltbewegte. Wie funktioniert die EU? Berlin 2012, 60 S., 2,- €, ISBN 978-3-923458-76-9. Kostenloser Download: www.eu-koordination.de/PDF/bruesseler1x1.pdf
► Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-umsetzung-umweltrecht.pdf

INTERNET

Umsteuern mit Energiesteuern

■ Energie statt Arbeit besteuern, das ist eine alte Forderung von Umweltverbänden und Grünen. Erste

Ansätze seit den 1990er-Jahren wurden aber nach und nach wieder aufgeweicht, von einem Durchbruch ganz zu schweigen. Eine Initiative von Wissenschaftlern möchte die Debatte wieder in Gang bringen. Ihre neu gestaltete Webseite bringt einen konkreten Reformvorschlag und viele, gut aufbereitete Argumente, die auch auf die gängigen Einwände und Scheinlösungen eingehen. Hinzu kommen Kommentarfunktionen, eine Petition und andere Möglichkeiten, selbst etwas zu tun. [mb]

► www.umsteuern-mit-energiesteuern.de

EU-Entscheidungen werden transparenter

■ Mit einem neuen Webportal will die Europäische Kommission die Entscheidungsprozesse in der EU transparenter darstellen. Das zu einem großen Teil auch deutschsprachige Portal soll die öffentliche Kontrolle erleichtern und es für die BürgerInnen einfacher machen, ihre Rechte auszuüben. Geboten werden Informationen über Rechtsvorschriften, Folgenabschätzungen, Sachverständigen Gruppen und beratende Ausschüsse, über Anhörungen, Interessenvertretung und Lobbying sowie über die Empfänger von EU-Finanzhilfen. Nichtregierungsorganisationen lobten die Initiative der Kommission, forderten aber noch mehr Informationen. [cs]

► www.ec.europa.eu/transparency/index_de.htm

Der stille Tod der Albatrosse

■ Manche Bilder vergisst man nicht, obwohl man gern möchte: so auch die Aufnahmen des Filmemachers Chris Jordan von mit Plastikmüll verstopften Mägen verendeter Albatrosse. Entstanden sind die beeindruckenden Portraits auf den zwischen Japan und Hawaii gelegenen

Midway-Inseln im Rahmen eines wissenschaftlichen Filmprojekts. Wie ein Spiegel unserer Wegwerfgesellschaft wirkt das, was die Flugakrobaten mit der Nahrung aufnehmen und woran sie letztlich zugrunde gehen. Abgesehen von dem überall herumliegenden Plastikmüll gibt es aber auch großartige Aufnahmen der Brutkolonie und aus dem Leben der Albatrosse zu bewundern. [jg]

► www.midwayfilm.com
 ► Hintergrund: www.ptc.com/news/20120510002

Gemeinsam für den Wandel forschen

■ Sieben führende außeruniversitäre Umweltforschungsinstitute in Deutschland – vom Öko-Institut bis zum Wuppertal-Institut – haben sich zusammengeschlossen. Sie bilden das Ecological Research Network (Ecornet). Ecornet will ein wissenschaftliches Fundament für gesellschaftliche Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit schaffen. Die Ecornet-Institute wollen dafür praxisnah und über die Grenzen der wissenschaftlichen Disziplinen hinweg nach Wegen in die postfossile und postnukleare Gesellschaft suchen. Seit Juni hat das Netzwerk eine Internetseite mit News und Terminen. [mb]

► www.ecornet.de

Mit dem Fahrrad im Nahverkehr

■ Wer das Fahrrad im Nahverkehr mitnehmen möchte, zum Beispiel am Urlaubsort, muss sich jetzt nur noch eine einzige Internetadresse für ganz Deutschland merken. Der Fahrradclub ADFC und die Deutsche Bahn haben gemeinsam ein Portal entwickelt, über das die Preise und Mitnahmeregeln in allen 60 Verkehrsverbänden erreichbar sind. Die Webadresse gab es auch bisher schon, allerdings nur mit Informationen für den Fernverkehr. Radurlaube und -touren lassen sich nun einfacher und schneller planen. Das Projekt ist ein Ergebnis der neuen Mobilitätspartnerschaft von Bahn und ADFC. [mb]

► www.bahn.de/fahrrad (Im Nahverkehr)

Impressum

umwelt aktuell Juli 2012
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Julia Glahe [jgl], Daniel Hiss [dh], Ines Jentsch [jj], Clemens Schwanhold [cs], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD], Rolf Lührs/Demos-Monitor. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel); Axel Anders (S. 21). **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group. **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang. **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -67570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Firma memo bei.



TERMINE

JULI

03.07., Berlin (D)
Copacabana Blues?
Perspektiven der internationalen Politik nach dem Rio-Gipfel.
 Auswertungstagung

► Forum Umwelt und Entwicklung, Sabine Spilles, Tel. +49 (0)30 / 6781775-92, -93, E-Mail: spilles@forumue.de, www.forumue.de

07.–11.07., Notre Dame bei Nantes (F)

Forum gegen unnütze Großprojekte

► Arbeitskreis Stuttgart 21 ist überall, www.stuttgart21international.wordpress.com/forum-2012

13.–15.07., Attaching bei München (D)

Klimacamp gegen die 3. Startbahn

► Jugend im Bund Naturschutz, Tel. +49 (0)89 / 159896-30, Fax -33, E-Mail: info@jbn.de, www.jbn.de

15.–20.07., Wien (A)

Building Dialogues in the Americas. Socio-Ecological Crisis, Environmental and Resource Politics. Kongress

► Universität Wien, Tel. +43 (0)1 / 427717575, E-Mail: office-54ica@univie.ac.at, www.ica2012.univie.ac.at

15.07.–05.08., Escherode bei Kassel (D)

Permaculture, Art and Society in Europe. European Permaculture Design Course

► Gastwerke Ecovillage, Vera Hemme, E-Mail: v.hemme@permakultur-akademie.net, www.permakultur-akademie.de

21.–29.07., Barby/Elbe (D)

20. Elbe-Saale-Camp. Fest und Aktionen

► Netzwerk Flusslandschaften, Jutta Röseler, Tel. +49 (0)39298 / 28477, E-Mail: elbe-saale@t-online.de, www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa

22.07.–04.08., Halle/Saale – Greifswald (D)

Tour de Natur. Demonstration/Radtour

► Tour de Natur, Tel. +49 (0)5602 / 5631, E-Mail: buero@tourdenatur.net, www.tourdenatur.net

27.–28.07., München (D)

BodenLeben. Sommersymposium

► Beatrice Voigt, Tel. +49 (0)89 / 3400-10, Fax -17, E-Mail: info@bea-voigt.de, www.bodensymposium.de

AUGUST

01.–05.08., Mainz (D)

Ökologische Transformation. Sommerakademie

► Attac, Fabian Scheidler, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 66652550, E-Mail: fabian.scheidler@attac.de, www.attac.de/soak

03.–12.08., Manheim bei Köln (D)

Klimacamp im Rheinland 2012

► AusgeCO₂hlt, Tel. +49 (0)1578 / 6822040, E-Mail: info@ausgeco2hlt.de, www.klimacamp.ausgeco2hlt.de

11.–19.08., Jänschwalde bei Cottbus (D)

Ecotopia 2012. Lausitzer Klima- und Energiecamp

► Robin Wood, Daniel Häfner, Tel. +49 (0)152 / 59608317, E-Mail: info@lausitzcamp.info, www.lausitzcamp.info

17.–19.08., Ammersbek bei Hamburg (D)

Zukunftsfähig essen. Weniger Fleisch in der Gemeinschaftsverpflegung. Seminar

► Agrarkoordination, Julia Sievers-Langer, Tel. +49 (0)40 / 392526, Fax 39900629, E-Mail: julia.sievers@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de (siehe S. 40)

23.–25.08., Hamburg (D)

Grün Macht Geld – Sport Macht Grün. Kongress

► Internationale Gartenschau, Mareike Reetz, Tel. +49 (0)40 / 2263198-106, E-Mail: fachkonferenz@igs-hamburg.de, www.igs-hamburg.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

17.–21.09., Erfurt (D)

31. Deutscher Naturschutztag (DNT)

► www.deutscher-naturschutztag.de
 ► Information: Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de



Auf der Suche nach Vielfalt

Wir leben im Zeitalter des Verschwindens: Arten werden verdrängt, Arten sterben aus. Was bedeutet es für unser Denken, wenn die Vielfalt schwindet? Verlieren wir mit den Farben und Klängen nicht ein wichtiges Instrument zur Schärfung unserer Sinne und damit ein Reservoir, aus dem unsere Kultur seit Jahrtausenden schöpft? Marcel Robischon ist dem Verschwinden nachgereist und hat seine Eindrücke in einem Buch voll wunderbarer Poetik und Melancholie niedergeschrieben.

M. Robischon

Vom Verstummen der Welt

Wie uns der Verlust der Artenvielfalt kulturell verarmen lässt
 320 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-182-0
 Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Ernährung und Landwirtschaft

Woher kommen meine Lebensmittel?

Jede Bürgerin und jeder Bürger in der Europäischen Union unterstützt die Landwirtschaft im Durchschnitt mit etwa 100 Euro im Jahr. Was wollen die Menschen dafür erhalten? Welche Art von Landwirtschaft soll es in der Zukunft in Europa geben? Diese Fragen müssen zwischen den KonsumentInnen und den LandwirtInnen ausdiskutiert werden.

□ „Wir haben es satt! – Bauernhöfe statt Agrarindustrie!“ Unter diesem Motto haben 23.000 Menschen im Januar dieses Jahres in Berlin demonstriert. Sie verlangten von der Bundesregierung eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. Die Agrarzählungen müssten an ökologische, soziale und Tierschutzkriterien gekoppelt und für Großbetriebe gedeckelt werden. Sämtliche Subventionen für den Agrarexport seien zu stoppen. Zu der Demonstration hatte ein Bündnis aus über 90 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier-, Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit aufgerufen, die sich zur Kampagne „Meine Landwirtschaft“ zusammengeschlossen haben. Im Juni fand eine Rundreise von Bäuerinnen und Bauern aus Kenia, den USA und Europa statt. Die nächste Aktion ist dann der Good Food March im Spätsommer (siehe S. 31). Die deutsche Südroute soll dafür am 25. August in München starten und am 19. September in Brüssel ankommen.

Wie 4.600 Kilokalorien skandalös schrumpfen

Es sind die Fakten des Weltagrarberichts von 2008 und die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, die die Menschen auf die Straße bringen. Fast eine Milliarde Menschen hungern, obwohl es ausreichend Lebensmittel für alle auf der Welt gäbe: Weltweit erzeugt die Landwirtschaft 4.600 Kilokalorien pro Person und Tag, davon gehen 13 Prozent durch Ernte- und Lagerverluste verloren, 26 Prozent verschwinden in der Tierfütterung und weitere 17 Prozent sind Verteilungseffekte und Abfall. Am Ende bleiben 2.000 Kilokalorien pro Person – das reicht nicht mehr aus, um alle Menschen ernähren zu können.

Im Durchschnitt isst jeder Bundesbürger im Jahr 86 Kilogramm Fleisch. Selbst die Deutsche Gesellschaft für Ernährung

(DGE) hält 23 Kilogramm für völlig ausreichend. Wir könnten also deutlich weniger pflanzliche Energie in der Tierfütterung verschwenden. Auch gibt es zwischen den Tierarten große Unterschiede in der Umsetzung von pflanzlichen Kalorien in tierische.

Turbokuh und Billighähnchen

Während Rind und Schaf etwa elf pflanzliche Kalorien benötigen, um eine tierische

THEMENHEFT: ERNÄHRUNG

zu produzieren, brauchen Schwein und Huhn nur rund vier. Das spräche für weniger Rindfleisch auf dem Teller. Dem ist entgegenzuhalten, dass Rind, Schaf und Ziege Grünland verwerten, das für Mensch, Schwein oder Huhn nicht als unmittelbare Nahrungsquelle dienen kann. Doch es ist heute billiger, Kühe mit Importsoja und -getreide zu füttern, als das Grünland dafür zu nutzen. Damit das Hochleistungstier Kuh mehr als 10.000 Liter Milch im Jahr gibt, braucht es zu Gras, Heu und Silage ergänzendes Kraftfutter.

Heute schon haben wir bei Hähnchenfleisch in Europa einen Selbstversorgungsgrad von über 100 Prozent. Trotzdem ist 2011 in Wietze bei Celle ein neuer großer Schlachthof mit einer Tagesleistung von 430.000 Hähnchen entstanden. Deren Leben dauert heute nur noch rund 35 Tage. Dann sind sie auf ihr Schlachtgewicht von zwei Kilogramm gemästet. Ihr kurzes Leben fristen bis zu 21 dieser Tiere auf einem Quadratmeter. Da ist von Bewegung – selbst wenn die Knochen dieses schnelle Wachstum mitmachen würden – keine Rede mehr. Unser billiges Hähnchenfleisch beruht auf dem Leiden der Tiere.

Nicht nur das Wohl der Tiere sollte unsere Essensgewohnheiten beeinflussen. Mit einer fleischarmen Ernährung verringern wir unsere Produktion an CO₂. Während die Erzeugung tierischer Lebensmittel 44 Prozent der ernährungsbedingten Treibhausgase ausmacht, trägt die Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel dazu nur acht Prozent bei.

Klimaschonende Ernährung: Wir können etwas tun!

Eine deutliche Einsparung an CO₂ erreichen wir auch mit dem Verzehr von regionalen und saisonalen Produkten. Die Produktion von Obst und Gemüse im beheizten Treibhaus während der kalten Jahreszeit verbraucht bis zu 60 Mal mehr Energie als im Freiland, weil zum Heizen zumeist fossile Energieträger dienen. Auch die Lagerung von Obst und Gemüse über den Winter ist energieaufwendig. Da der Transport mit Schiffen nur wenig CO₂-Äquivalente erzeugt, ist im Juni ein Apfel aus Südamerika sinnvoller als einer aus Deutschland. Am klimafreundlichsten ist immer saisonales Obst aus Deutschland. Äpfel und Birnen aus deutscher Produktion gibt es dann zum Beispiel erst wieder im September.

Angesichts der Entwicklungen in der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel ist es notwendig, Alternativen aufzuzeigen. Agrarpolitik muss im Interesse von Mensch, Tier und Pflanze nicht nur gesunde Lebensmittel liefern, sondern auch ressourcenschonend, klimagerecht und umweltschonend sein. Dafür gibt es etliche Ansätze weltweit und auch in Deutschland. Sowohl unser Handeln als auch unsere Agrarpolitik können diese Ansätze stärken und unterstützen. Die Erde kann die heutige Menschheit tragen und ernähren, ►

BLICKPUNKT

Wieso die Ernährung in der Schule so wichtig ist

Vom IQ (Intelligenzquotient) über den EQ (Emotionale Intelligenz) zum ÖQ (Ökologische Intelligenz): Nachhaltigkeit in der Verpflegung bedeutet mehr als Biolebensmittel einzusetzen oder den Energie- und Wasserverbrauch zu reduzieren.

Großküchen müssen heute viele Herausforderungen ganzheitlich und gleichzeitig bewältigen: Wie gestalte ich eine Verpflegungsleistung, die gleichermaßen attraktiv und wirtschaftlich tragfähig ist, mit der die Gesundheit und Leistungsfähigkeit aller erhalten und gefördert wird und die schließlich den aktuellen ökologischen und ethischen Anforderungen genügt?

Das trifft ganz besonders auf die Schulverpflegung zu. Hier besteht die Chance auf eine frühzeitige Verknüpfung zwischen der Verpflegungsdienstleistung im schulischen Umfeld und der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) im Unterricht. Die Erzeugung unserer Lebensmittel, ihre Verarbeitung, der Handel, die Zubereitung und die gemeinsamen Mahlzeiten sowie nicht zuletzt die Entsorgung von Abfällen dienen als äußerst ergiebige Tür in alle Themen einer nachhaltigen Entwicklung.

Bio in Kitas und Schulen

A'verdis – Beratungsagentur für nachhaltige Verpflegungslösungen – setzt sich an der „Schnittstelle Küche“ für diese Überzeugung ein, zum Beispiel als Partner der bundesweiten Kampagne „Bio kann jeder – nachhaltig essen in Kita und Schule“. Ziel des Informationsprogramms ist es, die Verantwortlichen in der Verwaltung und den Kantinen von Schulen und Kindertagesstätten sowie ErzieherInnen, LehrerInnen und Eltern auf den Wert einer gesunden und kindgerechten Ernährung aufmerksam zu machen. Das Konzept ist Teil der Initiative „In Form“ der Bundesregierung und seit 2008 offizielle Maßnahme des Nationalen Aktionsplans der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Es beruft sich auf ein bundesweites Netzwerk aus Ernährungsexperten, Fachleuten der Biobranche und der Außer-Haus-Verpflegung. A'verdis unterstützt Schulvertreter und Cateringunternehmen bei der Entwicklung oder Umstellung ihres Verpflegungsangebots zugunsten von ausgewogenen und bedarfsgerechten Speisen, deren Zutaten sich durch besondere Nachhaltigkeitsleistungen auszeichnen. Auf regionalen Workshops geben die Experten praktische Tipps, wie Küchenver-

antwortliche kostenneutral Produkte aus Bioerzeugung, saisonale und regionale Lebensmittel sowie Produkte, die umweltschonende Standards erfüllen oder Tierschutzbelange in besonderer Weise beachten, in ihre Speisepläne integrieren können.

Durch die berufliche Bildung schon vor dem Beruf mit bio anfangen

Vielfältige Produkte und Dienstleistungen sowie damit fasste Berufe gewährleisten unsere Lebensmittelversorgung und Ernährung. Diese nachhaltig zu gestalten, setzt gut ausgebildetes Personal voraus. Ein Projekt am Institut für Berufliche Lehrerbildung (IBL) der Fachhochschule Münster will die Lücke zwischen der Relevanz der Ernährung für eine nachhaltige Entwicklung und der fehlenden Verankerung in der Berufsbildung schließen.

Als fachlicher Partner für Nachhaltigkeit in der beruflichen Praxis arbeitet A'verdis am Projekt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Ernährungsbranche“ mit. Ziel ist die Erarbeitung und Etablierung eines modular aufgebauten Rahmencurriculums zur beruflichen BNE in Ernährung und Hauswirtschaft. Dabei sollen die wichtigsten Qualifikationsebenen des Berufsbildungssystems einbezogen werden – von der Helferstufe über die Fachkraft und Meisterausbildung bis zu einschlägigen Studiengängen. Gleichzeitig finden alle Berufe des Berufsfeldes Ernährung und Hauswirtschaft Berücksichtigung.

Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung fördert das auf zwei Jahre angelegte Projekt im Rahmen seines Förderschwerpunkts Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

[Carola Strassner]

- ▷ a'verdis, Dr. Carola Strassner, www.a-verdis.com
- ▷ www.biokannjeder.de
- ▷ www.fh-muenster.de/ibl (Projekte – Nachhaltigkeitsorientiertes Rahmencurriculum für die Ernährungs- und Hauswirtschaftsberufe)

wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Seite www.meine-landwirtschaft.de bietet dafür eine Möglichkeit, indem sie den notwendigen Erzeuger-Verbraucher-Dialog organisiert. [Claudia Leibrock]

Die Autorin ist Vorsitzende der ANU Rheinland-Pfalz.

- ▷ Idel, A. (2010): Die Kuh ist kein Klima-Killer! Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können. Marburg
- ▷ Von Koerber, K.; Kretschmer, J. (2009): Ernährung und Klima. Nachhaltiger Konsum ist ein Beitrag zum Klimaschutz. In: Der kritische Agrarbericht 2009, Kassel, S. 280–285
- ▷ Von Koerber, K.; Männle, T.; Leitzmann, C. (2012): Vollwert-Ernährung. Konzeption einer zeitgemäßen und nachhaltigen Ernährung. Stuttgart
- ▷ Bürgerinitiative Wietze: www.bi-wietze.de
- ▷ Lernort Bauernhof: www.baglob.de
- ▷ Informationen zum Weltagrарbericht der UN: www.weltagrарbericht.de
- ▷ Informationsportal der Agraropposition: www.meine-landwirtschaft.de

SCHWERPUNKT: ERNÄHRUNG

ANU Bayern

Gscheit essen

□ Seit März ist die Bildungskampagne „Gscheit essen – mit Genuss und Verantwortung“ im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zum Jahresthema Ernährung in vollem Gange. Sie wurde vom Kampagnenteam Umweltbildung.Bayern konzipiert und beinhaltet neben zahlreichen Veranstaltungen in ganz Bayern auch landesweit interessante Informationsmaterialien wie den Newsletter „Nachhaltige Ernährung/Ernährungsökologie“ von Karl von Koerber mit Wissenswertem zu nachhaltiger Ernährung, Materialien und Terminen. Die stets aktuelle Website bietet auch eine von der ANU Bayern durchgeführte Recherche über Ernährung und Nachhaltigkeit.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de/marketing-kampagne-ernaehrung.html

Deutsche Unesco-Kommission**Materialsammlung Ernährung**

□ Mehr als 70 aktuelle Publikationen aus verschiedenen Bildungsbereichen stellt die Deutsche Unesco-Kommission in einer Broschüre nach Bildungsbereichen sortiert vor. Kurze Beschreibungen erläutern die Materialien, ihren Aufbau und den Zielgruppenbezug und ermöglichen einen raschen Überblick. Unter anderem werden die aktualisierten Materialien „Biopoli“ der Agrarkoordination e.V. und die Ausstellung „KlimaGourmet“ des Energiereferats der Stadt Frankfurt am Main sowie begleitende Materialien und Lernwerkstätten von UmweltLernen in Frankfurt e.V. vorgestellt.

Die Materialbeschreibungen sind online im BNE-Portal verfügbar und stehen als PDF zum Download bereit.

▷ www.kurzlink.de/material-ernaehrung

Rezension**Welternährung:
Global denken, lokal säen**

□ Welche globalen Auswirkungen hat unser Ernährungsstil? Welche politischen Wege können zur Ernährungssouveränität führen? Diesen Fragen widmet sich Band 128 der im Münchner oekom verlag erscheinenden Fachzeitschrift politische ökologie. Die in die Kategorien „Häppchen“, „Magenknurren“, „Völlerei“ und „Sättigung“ eingeteilten Artikel und Essays nähern sich dem problematischen Istzustand aus ganz verschiedenen Blickwinkeln: Essen als Mittel zur Identitätsfindung, als Handelsware an der Börse, als Teil von politischen Prozessen. Gut geschrieben und auch für Laien verständlich, bietet die Fachzeitschrift auf 144 Seiten eine Mischung aus Analysen, Hintergrundwissen und Lösungsansätzen.

▷ Welternährung. Global denken – lokal säen. politische ökologie Band 128. oekom, München 2012, 144 S., 16,95 €, ISBN 978-3-86581-268-1

Newsletter**Eine-Welt-Internet-Konferenz**

□ Das Portal Globales Lernen enthält für Lehrkräfte und MultiplikatorInnen umfangreiche kostenlose Serviceangebote wie Online-Bildungsmaterialien und eine Fülle von Hintergrundinformationen. Verschiedene Fragen zum Thema Ernährung werden in dem sehr guten Newsletter näher beleuchtet: Wie wirkt sich unsere Ernährungsweise global aus? Wie werden Nahrungsmittel produziert und gehandelt? Wie steht dies wiederum in Zusammenhang mit Hunger und landwirtschaftlichen Produktionsvorgängen? Der Newsletter „Eine Welt Internet Konferenz“ hält dazu eine gut sortierte Sammlung von Materialien bereit.

▷ www.eine-welt-netz.de/coremedia/generator/ewik/de/Newsletter (Ausgabe März 2012)

AUS ANU UND UMWELTZENTRENErnährungspädagogik**Hamburg schaut
über den Tellerrand**

□ Mit ihrer Jahreskampagne „Zukunftsfähig essen – Hamburg schaut über den Tellerrand“ greift die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ das diesjährige UN-Dekadethema Ernährung auf und stellt dabei den Zusammenhang mit dem Ressourcenverbrauch in den Mittelpunkt. Schulen und Unternehmen erhalten Unterstützung durch Vermittlung erfahrener Projektpartner oder bei der Umsetzung pädagogischer Aktivitäten. Durchführender Projektträger für die Hamburger Umweltbehörde ist der Verein Ökomarkt. Auch wenn es nicht immer leicht ist, die divergierenden Ernährungsansätze „unter einen Hut zu bekommen“, sind das Interesse und die Bereitschaft zu kooperieren doch erfreulich groß.

▷ www.hamburg.de/jahresthema-ernaehrung-2012

Haus am Strom**Die Aliens kommen**

□ Die oberösterreichische Marktgemeinde Engelhartzell und das ANU-Mitglied Haus am Strom in Jochenstein bei Passau sind Partner im Projekt „Gemeinsame nachhaltige Umweltbildung im Donautal“. Als Teil der grenzüberschreitenden Kooperation begann im Mai das Teilprojekt „Die Aliens kommen – neue Tier- und Pflanzenarten in unserer Heimat“. Außerdem nimmt das Haus am Strom das Jahresthema Ernährung der UN-Dekade in das bestehende Programm auf und ergänzt beispielsweise den eigenen Schwerpunkt Energie um den Aspekt „Hunger nach Energie“ und die Wasserstationen um den Aspekt „Lebensmittel Wasser“. Im schulischen Bereich arbeitet das Haus an Kochprojekten, Schülerfirmen und Verpflegungsprojekten.

▷ www.hausamstrom.de

Historisch-Ökologische Bildungsstätte**BNE nach Bulgarien tragen**

□ Die Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg (HÖB) arbeitet an einem Projekt, das in Bulgarien außerschulische Umweltbildung etablieren und ein dauerhaftes Lehrernetzwerk in dem südosteuropäischen Land aufbauen soll. Das Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung nach Bulgarien tragen“ wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt mit 93.000 Euro gefördert. In sechs mehrtägigen Kursen werden etwa 120 Schülerinnen und Schüler deutschsprachiger Gymnasien in der Landeshauptstadt Sofia und der Kleinstadt Vratsa an diverse Umweltthemen herangeführt. Die Lehrer der Gymnasiasten werden in das Projekt einbezogen, um ein bleibendes Netzwerk der beteiligten Schulen entstehen zu lassen. Das ANU-Mitglied HÖB organisiert das Projekt gemeinsam mit der bulgarischen Umweltstiftung EcoCentric Foundation.

▷ www.hoeb.de

Philosophieren in Schule und Kita

Wem gehört die Natur? Eine philosophische Frage, auf die Kinder mit überraschend tief sinnigen und erfrischend lebendigen Ansichten antworten. Philosophieren über Nachhaltigkeit in der Vor- und Grundschule – wie das geht, zeigt dieses Buch: Praxiserprobte Anleitungen mit Einstiegen, Mindmaps, Vertiefungsfragen, Kreativimpulsen und Aktionsvorschlägen bilden zusammen mit theoretischen Grundwissen das perfekte Handwerkszeug für die pädagogische Praxis.

Eberhard von Kuenheim Stiftung, Akademie Kinder philosophieren (Hrsg.)
Wie wollen wir leben?

Kinder philosophieren über Nachhaltigkeit

144 Seiten, broschiert, komplett in Farbe, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-229-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Broschüre

Mitteilungen aus der NNA

Das Heft enthält neben Berichten aus den Veranstaltungen „Wildtiermanagement“ und „Pferde in der Landschaftspflege“ Informationen zum Aktionstag „Natur aktiv erleben“. Ein Zwischenbericht zum Projekt „BD Skills“ befasst sich mit der Entwicklung innovativer Fortbildungsmaterialien und -methoden für MitarbeiterInnen kleinerer Städte und Gemeinden zum Thema Biodiversität.

▷ www.kurzlink.de/nna-mittel-2012-1

WISSENSWERT

Kurzfilme zum fairen Handel

Humoristische Spots

Social Spots aus einem Kurzfilmwettbewerb für den fairen Handel enthält die DVD „Twentyfair“. Die Auswahl der mehrheitlich humoristischen Spots bietet SchülerInnen die Möglichkeit, sich fairem Handel grundsätzlich anzunähern. Einzelne Filme eignen sich auch für den Einsatz im Bildungsbereich zu einem bestimmten Thema oder für Veranstaltungen. Die DVD kann kostenlos bestellt werden.

▷ www.recafair.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de

Buchrezension

Nachhaltigkeit erleben

Der Praxistentwurf enthält viele konkrete Unterrichtsvorschläge zum Thema Wald für die 3. bis 10. Klasse. Die Themenpalette ist von Wolf bis Waldnutzung breit gefächert. Genaue Materiallisten und eine CD mit Bildern und Ablaufplänen machen das Buch zu einer Fundgrube. Außerschulische Bildungsanbieter können sich nur einzelne Ideen aus den thematisch geordneten Praxistentwürfen ziehen.

▷ Kohler, B.; Lude, A: Nachhaltigkeit erleben. Praxistentwürfe für die Bildungsarbeit in Wald und Schule. oekom, München 2012, 224 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-222-3

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

17.–19.08., Ammersbek bei Hamburg (D)

Zukunftsfähig essen. Weniger Fleisch in der Gemeinschaftsverpflegung. Seminar

Die Agrarkoordination lädt (Mit-)Verantwortliche für die Gemeinschaftsverpflegung zu diesem Informations- und Trainingsseminar ein. Neben Hintergrundinformationen, Berichten von erfolgreichen Initiativen sowie Motivations- und Überzeugungsstrategien ist auch ein Kochworkshop mit einem Schulungskoch Teil des Programms.

▷ www.agrarkoordination.de/veranstaltungen

27.–28.08., Lüneburg (D)

Theorie und Praxis: Globales Lernen und BNE.

Positionen, Potenziale, Perspektiven. Tagung

Die Tagung richtet sich an MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen, WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus allen Lernbereichen, die sich mit Globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beschäftigen. Ziel ist es, Positionen, Potenziale und Perspektiven des Globalen Lernens und der BNE zu verbinden, zu beleuchten und weiterzuentwickeln.

▷ www.leuphana.de/tagung-globales-lernen-und-bne